

Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien

Wirksamkeitsbeginn:

1. Juli 2025, hinsichtlich der Änderungen der Allgemeinen Grundsätze, der Geschäfte der Magistratsdirektorin bzw. des Magistratsdirektors und der Magistratsabteilung 63 – Gewerberecht, Datenschutz und Personenstand im Zusammenhang mit dem Informationsfreiheitsgesetz

1. September 2025

Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien

Wirksamkeitsbeginn:
1. Juli 2025 bzw. 1. September 2025

INHALTSÜBERSICHT

Erlassen vom Bürgermeister der
Bundeshauptstadt Wien auf Grund der
Genehmigung des Gemeinderates vom
25. Juni 2025, Zl. 794331-2025,
am 25. Juni 2025 gemäß § 91 Abs. 4
der Wiener Stadtverfassung

Allgemeine Grundsätze
Seite 7

Geschäfte der Magistratsdirektorin
bzw. des Magistratsdirektors
Seite 8

Geschäftsgruppe „Bildung,
Jugend, Integration, Transparenz
und Märkte“
Seite 13

- Magistratsabteilung 10** Kindergärten
- Magistratsabteilung 11** Kinder- und Jugendhilfe
- Magistratsabteilung 13** Bildung und Jugend
- Magistratsabteilung 17** Integration und Diversität
- Magistratsabteilung 35** Einwanderung und Staatsbürgerschaft
- Magistratsabteilung 56** Schulen
- Magistratsabteilung 59** Marktamt

Geschäftsgruppe „Finanzen,
Wirtschaft, Arbeit, Internationales
und Digitales“
Seite 15

- Magistratsabteilung 01** Wien Digital
- Magistratsabteilung 5** Finanzwesen
- Magistratsabteilung 6** Rechnungs- und Abgabenwesen
- Magistratsabteilung 23** Wirtschaft, Arbeit und Statistik
- Magistratsabteilung 27** Europäische Angelegenheiten
- Magistratsabteilung 53** Kommunikation und Medien
- Magistratsabteilung 63** Gewerberecht, Datenschutz und Personenstand
- Magistratsabteilung 68** Feuerwehr und Katastrophenschutz

Geschäftsgruppe „Stadtentwicklung,
Mobilität und Wiener Stadtwerke“
Seite 22

- Magistratsabteilung 18** Stadtentwicklung und Stadtplanung
- Magistratsabteilung 19** Architektur und Stadtgestaltung
- Magistratsabteilung 21A** Stadtteilplanung und Flächenwidmung
Innen-Südwest
- Magistratsabteilung 21B** Stadtteilplanung und Flächenwidmung Nordost
- Magistratsabteilung 28** Straßenverwaltung und Straßenbau
- Magistratsabteilung 29** Brückenbau und Grundbau
- Magistratsabteilung 33** Wien leuchtet
- Magistratsabteilung 41** Stadtvermessung und Geoinformation
- Magistratsabteilung 45** Wiener Gewässer

	Magistratsabteilung 46	Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten
	Magistratsabteilung 65	Rechtliche Verkehrsangelegenheiten
	Magistratsabteilung 67	Parkraumüberwachung
Geschäftsgruppe „Klima, Umwelt, Demokratie und Personal“ Seite 28	Magistratsabteilung 2	Personalservice
	Magistratsabteilung 20	Energieplanung
	Magistratsabteilung 22	Umweltschutz
	Magistratsabteilung 31	Wiener Wasser
	Magistratsabteilung 36	Gewerbetechnik, Feuerpolizei und Veranstaltungen
	Magistratsabteilung 42	Wiener Stadtgärten
	Magistratsabteilung 44	Bäder
	Magistratsabteilung 48	Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark
	Magistratsabteilung 49	Forst- und Landwirtschaftsbetrieb
	Magistratsabteilung 54	Zentraler Einkauf und Logistik
	Magistratsabteilung 58	Wasserrecht
	Magistratsabteilung 60	Veterinäramt und Tierschutz
	Magistratsabteilung 62	Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten
	Wien Kanal	
Geschäftsgruppe „Kultur und Wissenschaft“ Seite 36	Magistratsabteilung 7	Kultur
	Magistratsabteilung 8	Wiener Stadt- und Landesarchiv
	Magistratsabteilung 9	Wienbibliothek im Rathaus
Geschäftsgruppe „Soziales, Gesundheit und Sport“ Seite 37	Magistratsabteilung 15	Gesundheitsdienst
	Magistratsabteilung 24	Strategische Gesundheitsversorgung
	Magistratsabteilung 40	Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht
	Magistratsabteilung 51	Sport Wien
	Magistratsabteilung 70	Berufsrettung Wien
	Wiener Gesundheitsverbund	
Geschäftsgruppe „Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen“ Seite 40	Magistratsabteilung 25	Technische Stadterneuerung
	Magistratsabteilung 34	Bau- und Gebäudemanagement
	Magistratsabteilung 37	Baupolizei
	Magistratsabteilung 39	Prüf-, Inspektions- und Zertifizierungsstelle
	Magistratsabteilung 50	Wohnbauförderung und Schlichtungsstelle für wohnrechtliche Angelegenheiten
	Magistratsabteilung 57	Frauenservice Wien
	Magistratsabteilung 64	Bau-, Energie-, Eisenbahn- und Luftfahrtrecht
	Magistratsabteilung 69	Immobilienmanagement
	Stadt Wien – Wiener Wohnen	
Magistratische Bezirksämter Seite 45		

Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien

Wirksamkeitsbeginn:
1. Juli 2025 bzw. 1. September 2025

VERZEICHNIS

Verzeichnis der Magistrats-
abteilungen in numerischer
Reihenfolge unter Anführung
ihrer Zugehörigkeit zu den
Geschäftsgruppen

	Geschäftsgruppe
Magistratsabteilung 01	Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales
Magistratsabteilung 2	Geschäftsgruppe Klima, Umwelt, Demokratie und Personal
Magistratsabteilung 3	derzeit nicht bestehend
Magistratsabteilung 4	derzeit nicht bestehend
Magistratsabteilung 5	Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales
Magistratsabteilung 6	Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales
Magistratsabteilung 7	Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft
Magistratsabteilung 8	Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft
Magistratsabteilung 9	Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft
Magistratsabteilung 10	Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Integration, Transparenz und Märkte
Magistratsabteilung 11	Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Integration, Transparenz und Märkte
Magistratsabteilung 12	derzeit nicht bestehend
Magistratsabteilung 13	Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Integration, Transparenz und Märkte
Magistratsabteilung 14	derzeit nicht bestehend
Magistratsabteilung 15	Geschäftsgruppe Soziales, Gesundheit und Sport
Magistratsabteilung 16	derzeit nicht bestehend
Magistratsabteilung 17	Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Integration, Transparenz und Märkte
Magistratsabteilung 18	Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke
Magistratsabteilung 19	Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke
Magistratsabteilung 20	Geschäftsgruppe Klima, Umwelt, Demokratie und Personal
Magistratsabteilung 21 A	Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke
Magistratsabteilung 21 B	Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke
Magistratsabteilung 22	Geschäftsgruppe Klima, Umwelt, Demokratie und Personal
Magistratsabteilung 23	Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales
Magistratsabteilung 24	Geschäftsgruppe Soziales, Gesundheit und Sport
Magistratsabteilung 25	Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen
Magistratsabteilung 26	derzeit nicht bestehend
Magistratsabteilung 27	Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales
Magistratsabteilung 28	Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke
Magistratsabteilung 29	Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke
Magistratsabteilung 30	derzeit nicht bestehend
Magistratsabteilung 31	Geschäftsgruppe Klima, Umwelt, Demokratie und Personal
Magistratsabteilung 32	derzeit nicht bestehend

Magistratsabteilung 33	Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke
Magistratsabteilung 34	Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen
Magistratsabteilung 35	Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Integration, Transparenz und Märkte
Magistratsabteilung 36	Geschäftsgruppe Klima, Umwelt, Demokratie und Personal
Magistratsabteilung 37	Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen
Magistratsabteilung 38	derzeit nicht bestehend
Magistratsabteilung 39	Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen
Magistratsabteilung 40	Geschäftsgruppe Soziales, Gesundheit und Sport
Magistratsabteilung 41	Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke
Magistratsabteilung 42	Geschäftsgruppe Klima, Umwelt, Demokratie und Personal
Magistratsabteilung 43	derzeit nicht bestehend
Magistratsabteilung 44	Geschäftsgruppe Klima, Umwelt, Demokratie und Personal
Magistratsabteilung 45	Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke
Magistratsabteilung 46	Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke
Magistratsabteilung 47	derzeit nicht bestehend
Magistratsabteilung 48	Geschäftsgruppe Klima, Umwelt, Demokratie und Personal
Magistratsabteilung 49	Geschäftsgruppe Klima, Umwelt, Demokratie und Personal
Magistratsabteilung 50	Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen
Magistratsabteilung 51	Geschäftsgruppe Soziales, Gesundheit und Sport
Magistratsabteilung 52	derzeit nicht bestehend
Magistratsabteilung 53	Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales
Magistratsabteilung 54	Geschäftsgruppe Klima, Umwelt, Demokratie und Personal
Magistratsabteilung 55	derzeit nicht bestehend
Magistratsabteilung 56	Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Integration, Transparenz und Märkte
Magistratsabteilung 57	Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen
Magistratsabteilung 58	Geschäftsgruppe Klima, Umwelt, Demokratie und Personal
Magistratsabteilung 59	Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Integration, Transparenz und Märkte
Magistratsabteilung 60	Geschäftsgruppe Klima, Umwelt, Demokratie und Personal
Magistratsabteilung 61	derzeit nicht bestehend
Magistratsabteilung 62	Geschäftsgruppe Klima, Umwelt, Demokratie und Personal
Magistratsabteilung 63	Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales
Magistratsabteilung 64	Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen
Magistratsabteilung 65	Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke
Magistratsabteilung 66	derzeit nicht bestehend
Magistratsabteilung 67	Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke
Magistratsabteilung 68	Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales
Magistratsabteilung 69	Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen
Magistratsabteilung 70	Geschäftsgruppe Soziales, Gesundheit und Sport

Allgemeine Grundsätze

I.

Diese Allgemeinen Grundsätze gelten für alle Geschäftsgruppen des Magistrats, die Magistratsdirektorin bzw. den Magistratsdirektor und die Magistratischen Bezirksämter. Für die Unternehmungen der Stadt Wien sind jedoch die Bestimmungen des jeweiligen Statuts maßgebend. Die Geschäftseinteilung regelt die interne Aufteilung der vom Magistrat der Stadt Wien zu besorgenden Angelegenheiten. Durch diese wird weder eine behördliche Zuständigkeit begründet, noch eine Aufgabenverteilung geschaffen, auf deren Einhaltung ein subjektives Recht besteht.

II.

Die Geschäfte werden vom Magistrat der Stadt Wien teils zentral, teils dezentral besorgt.

Die zentrale Geschäftsbesorgung erfolgt durch die Magistratsabteilungen und die sonstigen zentralen Ämter.

Die dezentrale Geschäftsbesorgung erfolgt durch die Magistratischen Bezirksämter. Ihnen obliegt innerhalb ihres örtlichen Wirkungsbereiches die Besorgung aller der Bezirksverwaltungsbehörde zugewiesenen Angelegenheiten der mittelbaren Bundesverwaltung und der Landesverwaltung, sofern hierfür nach dieser Geschäftseinteilung nicht eine andere Dienststelle des Magistrats zuständig ist.

III.

Die der Landeshauptfrau bzw. dem Landeshauptmann zukommenden Angelegenheiten der mittelbaren Bundesverwaltung sind in Anwendung des Art. 103 Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes von den Magistratsabteilungen unter Leitung und Verantwortung der zuständigen amtsführenden Stadträtin bzw. des zuständigen amtsführenden Stadtrats als Mitglied der Landesregierung zu besorgen, sofern die Geschäftseinteilung nichts anderes bestimmt. Dies gilt sinngemäß für die gemäß Art. 104 Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes der Landeshauptfrau bzw. dem Landeshauptmann übertragene Verwaltung des Bundesvermögens.

IV.

Die Aufzählung der Geschäftsgebiete in dieser Geschäftseinteilung ist nicht erschöpfend. Falls durch einen Akt der Gesetzgebung den Verwaltungsbehörden neue Aufgabengebiete zugewiesen werden, ist hinsichtlich der Zuständigkeit innerhalb des Magistrats der Stadt Wien nach obigen Grundsätzen vorzugehen, sofern die Geschäftseinteilung nicht ausdrücklich geändert oder ergänzt wird.

Die Magistratsdirektorin bzw. der Magistratsdirektor kann bis zu einer Änderung der Geschäftseinteilung geringfügige Anpassungen hinsichtlich der Zuständigkeiten einzelner Dienststellen vornehmen, wenn dies aus organisatorischen, wirtschaftlichen oder rechtlichen Gründen zweckmäßig oder notwendig erscheint und ein Zuwarten bis zu einer Änderung der Geschäftseinteilung den Grundsätzen einer zweckmäßigen, raschen, einfachen und wirtschaftlichen Verwaltung widersprechen würde. Führt diese Entscheidung zu Meinungsverschiedenheiten mit amtsführenden Stadträtinnen bzw. Stadträten, so entscheidet die Bürgermeisterin bzw. der Bürgermeister nach Anhörung der Magistratsdirektorin bzw. des Magistratsdirektors. Die von der Magistratsdirektorin bzw. vom Magistratsdirektor getroffene Entscheidung bleibt jedoch bis zur Entscheidung der Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters aufrecht.

V.

Bei Kompetenzkonflikten zwischen Magistratsabteilungen und Magistratischen Bezirksämtern entscheidet die Magistratsdirektorin bzw. der

Magistratsdirektor. Nehmen in ein und derselben Sache zwei oder mehrere Magistratsabteilungen die Zuständigkeit in Anspruch, so ist, wenn diese derselben Geschäftsgruppe angehören, die Entscheidung der amtsführenden Stadträtin bzw. des amtsführenden Stadtrates einzuholen, die bzw. der das Einvernehmen mit der Magistratsdirektorin bzw. dem Magistratsdirektor zu pflegen hat; falls die Magistratsabteilungen verschiedenen Geschäftsgruppen angehören, entscheiden die amtsführenden Stadträtinnen bzw. Stadträte im Einvernehmen mit der Magistratsdirektorin bzw. dem Magistratsdirektor. Falls keine Einigung zu Stande kommt, entscheidet die Bürgermeisterin bzw. der Bürgermeister nach Anhörung der Magistratsdirektorin bzw. des Magistratsdirektors. Lehnen Magistratsabteilungen in ein und derselben Sache ihre Zuständigkeit ab, so entscheidet hierüber sofort die Magistratsdirektorin bzw. der Magistratsdirektor. Führt diese Entscheidung zu Meinungsverschiedenheiten mit amtsführenden Stadträtinnen bzw. Stadträten, so entscheidet die Bürgermeisterin bzw. der Bürgermeister nach Anhörung der Magistratsdirektorin bzw. des Magistratsdirektors. Die von der Magistratsdirektorin bzw. vom Magistratsdirektor getroffene Entscheidung bleibt jedoch bis zur Entscheidung der Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters aufrecht.

VI.

Auch wenn in dieser Geschäftseinteilung eine ausdrückliche Mitwirkung bei der Besorgung von Geschäften durch eine andere Magistratsabteilung (ein anderes Magistratisches Bezirksamt) nicht festgelegt ist, hat eine Magistratsabteilung (ein Magistratisches Bezirksamt) dennoch in besonderen Fällen an der Besorgung der Geschäfte durch die nach der Geschäftseinteilung zuständige Magistratsabteilung (durch das nach der Geschäftseinteilung zuständige Magistratische Bezirksamt) mitzuwirken, wenn Gesichtspunkte aus dem Geschäftsbereich der mitwirkenden Magistratsabteilung (des mitwirkenden Magistratischen Bezirksamts) berührt werden.

Bestehen zwischen Magistratsabteilungen und Magistratischen Bezirksämtern Meinungsverschiedenheiten über die Ausübung des Mitwirkungsrechtes, entscheidet die Magistratsdirektorin bzw. der Magistratsdirektor. Bei Vorliegen einer solchen Meinungsverschiedenheit zwischen Magistratsabteilungen ist, wenn diese derselben Geschäftsgruppe angehören, die Entscheidung der amtsführenden Stadträtin bzw. des amtsführenden Stadtrates einzuholen, der das Einvernehmen mit der Magistratsdirektorin bzw. dem Magistratsdirektor zu pflegen hat; falls die Magistratsabteilungen verschiedenen Geschäftsgruppen angehören, entscheiden die amtsführenden Stadträtinnen bzw. Stadträte im Einvernehmen mit der Magistratsdirektorin bzw. dem Magistratsdirektor. Falls keine Einigung zu Stande kommt, entscheidet die Bürgermeisterin bzw. der Bürgermeister nach Anhörung der Magistratsdirektorin bzw. des Magistratsdirektors.

VII.

Mit Zustimmung der Magistratsdirektorin bzw. des Magistratsdirektors können Dienststellen Leistungen für Unternehmungen der Stadt Wien und für juristische Personen, die von der Stadt Wien eingerichtet wurden und von dieser maßgeblich beeinflusst sind, sowie Unternehmungen der Stadt Wien Leistungen für Dienststellen erbringen.

VIII.

Folgende Angelegenheiten obliegen jeder Dienststelle im Rahmen ihres geschäftseinteilungsmäßigen Wirkungsbereiches:

Auskunftserteilung nach dem Wiener Auskunftspflichtgesetz und den Umweltinformationsgesetzen des Bundes und des Landes Wien sowie Erlassung von Bescheiden im Zusammenhang mit der Auskunftserteilungsverpflichtung;

Handhabung des Wiener Informationsweiterverwendungsgesetzes, insbesondere die praktischen Vorkehrungen zur Erleichterung des Informationszuganges, die Behandlung von Weiterverwendungsbegehren sowie die Erlassung von Bescheiden;
Handhabung des Wiener Geodateninfrastrukturgesetzes, insbesondere die Erlassung von Bescheiden bei Beanstandung von Nutzungsbedingungen und Entgelten im Zusammenhang mit der Geodateninfrastruktur.

Dieser Artikel lautet mit Wirksamkeit 1. September 2025:

Folgende Angelegenheiten obliegen jeder Dienststelle im Rahmen ihres geschäftseinteilungsmäßigen Wirkungsbereiches:
Veröffentlichung von Informationen und Behandlung von Informationsbegehren nach dem Informationsfreiheitsgesetz sowie Erlassung von Bescheiden in diesem Zusammenhang;
Auskunftserteilung nach den Umweltinformationsgesetzen des Bundes und des Landes Wien sowie Erlassung von Bescheiden im Zusammenhang mit der Auskunftserteilungsverpflichtung;
Handhabung des Wiener Informationsweiterverwendungsgesetzes, insbesondere die praktischen Vorkehrungen zur Erleichterung des Informationszuganges, die Behandlung von Weiterverwendungsbegehren sowie die Erlassung von Bescheiden;
Handhabung des Wiener Geodateninfrastrukturgesetzes, insbesondere die Erlassung von Bescheiden bei Beanstandung von Nutzungsbedingungen und Entgelten im Zusammenhang mit der Geodateninfrastruktur.

IX.

Die Bearbeitung von Rechtsmitteln an den Berufungssenat ist, sofern die Geschäftseinteilung nicht anderes bestimmt, von jener Dienststelle wahrzunehmen, die den angefochtenen Bescheid erlassen hat.
Die Aufgaben der belangten Behörde im Zusammenhang mit den verwaltungsgerichtlichen Verfahren einschließlich der Verfahren vor dem Verwaltungs- und dem Verfassungsgerichtshof sind, sofern die Geschäftseinteilung nicht anderes bestimmt, von jener Dienststelle wahrzunehmen, die den angefochtenen Bescheid in der Verwaltungsinstanz erlassen hat.
Erforderlichenfalls ist sie hinsichtlich spezieller materienspezifischer Rechtsfragen durch die für die jeweilige Rechtsmaterie zuständige Fachdienststelle zu unterstützen.

X.

Bei der Verwendung personenbezogener Bezeichnungen wird der sprachlichen Gleichbehandlung von Frau und Mann Rechnung getragen, soweit nicht rechtliche Bestimmungen sowie davon abgeleitete Begriffe oder Eigennamen im Originalwortlaut wiederzugeben sind.

Geschäfte der Magistratsdirektorin bzw. des Magistratsdirektors

Leitung des gesamten inneren Dienstes des Magistrats der Stadt Wien; oberste Aufsicht über seine Ämter, Anstalten und sonstigen Dienststellen und deren oberste Leitung in Vertretung der Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters als Vorstand des Magistrats gemäß § 94 Abs. 4 der Wiener Stadtverfassung; Unterstützung der Bürgermeisterin als Landeshauptfrau bzw. des Bürgermeisters als Landeshauptmann in den Angelegenheiten der mittelbaren Bundesverwaltung gemäß § 136 der Wiener Stadtverfassung.

Wahrnehmung der Koordinationsaufgaben, unter besonderer Bedacht-nahme auf den Bereich der Unternehmungen der Stadt Wien, der Magistratischen Bezirksämter sowie der ausgelagerten Verwaltungsbe-reiche.

Allgemeine Strategie und Kommunikation.

Besorgung der nachstehenden Agenden: Dienst um die Person der Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters, Erledigung der laufenden Bürogeschäfte und persönlichen Aufträge der Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters.

Durchführung von Empfängen und Feierlichkeiten.

Betreuung der Gäste der Stadt Wien und Vorbereitung der offiziellen Reisen der Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters.

Kontakt mit ausländischen Stellen, mit den in Wien ansässigen diploma-tischen Vertretungen und internationalen Organisationen, mit Dienst-stellen des Bundes und anderer Gebietskörperschaften, sofern es sich um die Erledigung von wichtigeren oder grundsätzlichen oder solchen Ange-legenheiten handelt, die nicht in den regelmäßigen Geschäftsumfang einer Dienststelle oder einer Unternehmung der Stadt Wien fallen.

Vergabe der Säle im Rathaus.

Veranlassung der Beflaggung von öffentlichen Verkehrsflächen und städtischen Gebäuden.

Führung der Bürogeschäfte des Landtages, des Gemeinderates, der Landesregierung und des Stadtsenates; Weiterleitung der in den Bezirks-vertretungen gestellten Anträge.

Stenografinnen- bzw. Stenografendienst.

Mitwirkung an der Gesetzgebung und Vollziehung des Landes in den in der Wiener Stadtverfassung vorgesehenen Fällen.

Verfassungsrechtliche Angelegenheiten (Verfassungsdienst).

Grundsätzliche rechtliche Angelegenheiten des Datenschutzes.

Überprüfung der Vorlagen von Landesgesetzen, Verordnungen und sonstigen allgemeinen Anordnungen des Magistrats, insbesondere auch hinsichtlich Gesetzestchnik, Verfassungsmäßigkeit und Einklang mit dem Bundes- und dem Wiener Landes- und Ortsrecht, mit Ausnahme jener Verordnungen, die von der Magistratsdirektorin bzw. vom Magistratsdirektor hievon ausdrücklich ausgenommen wurden; Stellung-nahme zu Entwürfen von Gesetzen, Verordnungen und sonstigen all-gemeinen Anordnungen des Bundes oder anderer Gebietskörperschaften (Legistischer Dienst), soweit keine andere Dienststelle zuständig ist.
Verlautbarung von Gesetzen, Verordnungen und Kundmachungen im Landesgesetzblatt.

Grundsätzliche Beziehungen zu den Bundesländern und den anderen Gebietskörperschaften auf dem Gebiet der Verfassung und Verwaltung; Vertretung der Interessen der Stadt Wien, soweit sie nicht anderen Dienststellen übertragen ist.

Abschluss von Vereinbarungen mit anderen Bundesländern nach Art. 15a B-VG und nach dem Gebietsänderungsgesetz; gemeinsame Angelegen-heiten von Wien und Niederösterreich nach dem Trennungsgesetz mit Ausnahme finanzieller Angelegenheiten.

Grundsätzliche Angelegenheiten der Verbindungsstelle der Bundes-länder.

Genehmigung und Mitwirkung bei allen grundsätzlichen Personal-angelegenheiten.

Personalangelegenheiten und Amtsraumangelegenheiten der Büros der Stadträtinnen und Stadträte und der sonstigen gewählten Funktionä-rinnen und Funktionäre des Bundeslandes (der Stadt) Wien sowie der Klubs der politischen Parteien.

Dienstaufsicht, jeweils mit Ausnahme des dem Stadtrechnungshof zuge-wiesenen Personals, über

die Leiterinnen und Leiter der Magistratsabteilungen, der Magis-tratischen Bezirksämter, die Direktorinnen und Direktoren der Unter-

nehmungen der Stadt Wien, die Leitung der Wiener Pflege-, Patientinnen- und Patientenanwaltschaft, die Leitung der Umwelthanwaltschaft, die Leitung der Kinder- und Jugendanwaltschaft, die Leitung der Stelle der Tierschutzombudsperson, die Leitung der Externen Meldestelle für EU-Rechtsverstöße, die unabhängige Bedienstetenschutzbeauftragte bzw. den unabhängigen Bedienstetenschutzbeauftragten, die Gleichbehandlungsbeauftragte bzw. den Gleichbehandlungsbeauftragten sowie die Datenschutzbeauftragte bzw. den Datenschutzbeauftragten,

Bedienstete mit Sonderaufgaben gemäß der Geschäftsordnung für den Magistrat der Stadt Wien,

Bedienstete der Magistratsdirektion,

Bedienstete der Berufsfamilien „Management Allgemein“, „Führung Allgemein“, „Führung Feuerwehr“, „Führung Berufsrettung“ und „Führung IKT“,

Rechtskundige Bedienstete mit Ausnahme der Mitglieder des Verwaltungsgerichtes Wien,

Bedienstete des höheren Verwaltungsdienstes,

Bedienstete der Berufsfamilie „Verwaltung/Administration“ mit Ausnahme des dem Verwaltungsgericht zugewiesenen Personals,

Bedienstete der Berufsfamilie „Interne Revision“,

Ärztinnen und Ärzte bzw. Bedienstete der Berufsfamilie „Ärztinnen und Ärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst“, soweit sie nicht im Bereich der MA 11, 15 und 70 verwendet werden,

Tierärztinnen und Tierärzte der MA 60,

Psychologinnen und Psychologen bzw. Bedienstete der Berufsfamilie „Psychologie/Klinische Psychologie“,

Bedienstete der MA 01, 7, 8, 9, 13 (ausgenommen Lehrerinnen und Lehrer bzw. Bedienstete der Berufsfamilie „Lehrerinnen und Lehrer“), 17, 22, 34, 51, 53, 54, 57 und 60,

Redakteurinnen und Redakteure der Stadt Wien,

das den Dienststellen des technischen Bereichs zugewiesene technische Personal sowie das den anderen Dienststellen zugewiesene technische Personal der Schemata II und IV,

Bedienstete der Berufsfamilie „Technik“,

Fachbedienstete des Verwaltungsdienstes mit Ausnahme des dem Verwaltungsgericht Wien zugewiesenen Personals,

Fachbedienstete des Büchereidienstes, mit Ausnahme des der MA 13 und der MA 56 zugewiesenen Personals,

Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter,

Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, mit Ausnahme des der MA 11 zugewiesenen Personals,

Bedienstete der Berufsfamilie „Soziale Arbeit/Sozialer Dienst“,

Kanzleibedienstete, mit Ausnahme des dem Verwaltungsgericht Wien zugewiesenen Personals,

Büchereibedienstete, mit Ausnahme des der MA 13 zugewiesenen Personals,

Hausinspektorinnen und Hausinspektoren der Verwendungsgruppe C,

Amtsgehilfinnen und Amtsgehilfen, mit Ausnahme des dem Verwaltungsgericht Wien zugewiesenen Personals,

Sondervertragsbedienstete mit Ausnahme des dem Verwaltungsgericht Wien zugewiesenen Personals,

Überwachungsorgane für den ruhenden Verkehr und für Kurzparkzonen bzw. Bedienstete der Berufsfamilie „Parkraumüberwachung“,

Bedienstete der elektronischen Datenverarbeitung bzw. der Berufsfamilie „Informations-/Kommunikationstechnologie“.

Zuteilung und Versetzung der vorgenannten Bediensteten sowie Stellenbesetzungen, soweit nicht die Magistratsdirektorin bzw. der Magistratsdirektor die Wahrnehmung dieser Aufgaben einzelnen Dienststellen übertragen hat.

Zuteilung der von der Landesregierung ernannten Mitglieder und des sonstigen Personals an das Verwaltungsgericht Wien.

Wahrnehmung der Aufgaben gemäß § 3 Abs. 2 Wiener Stadtwerke – Zuweisungsgesetz.

Wahrnehmung der Aufgaben gemäß § 6 Wiener Zuweisungsgesetz gegenüber den Bediensteten der Gemeinde Wien, die auf Basis dieses Gesetzes einem Unternehmen der Wiener Stadtwerke zugewiesen sind, sowie Abschluss des entsprechenden Zuweisungsvertrages.

Zuteilung und Versetzung des Personals zwischen den Unternehmungen der Stadt Wien und dem übrigen Magistrat sowie zwischen Dienstaufsichtsstellen; Zuteilung des Personals an den Stadtrechnungshof auf Grund der Genehmigung der Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters mit Ausnahme jener Bediensteten, die eine Prüftätigkeit ausüben und neu in ein Dienstverhältnis zur Gemeinde Wien aufgenommen werden.

Prüfung für den rechtskundigen Dienst.

Vorbereitung und Evidenzhaltung der Delegierung von Funktionärinnen und Funktionären und Bediensteten der Stadt Wien in Kollegialorgane, Organe von wirtschaftlichen Unternehmungen, Vereine und dergleichen.

Nominierung von rechtskundigen Bediensteten als Mitglieder des Verwaltungsgerichtes Wien.

Nominierung von Bediensteten des Fachverwaltungsdienstes und des technischen Fachdienstes zu Landesrechtspflegerinnen bzw. Landesrechtspflegern.

Festlegung von Beförderungsrichtlinien, Globalzahlen für Beförderungen in eine höhere Dienstklasse und ad personam-Beförderungen.

Auszeichnungen (Beförderungen, außerordentliche Stufenvorrückungen), Titelverleihungen und Anerkennungsabgaben an städtische Bedienstete mit Ausnahme der Jubiläumsgaben.

Feststellung des Anspruches auf die Ausgleichszulage bei Verwendung auf einem höherwertigen Dienstposten, soweit nicht die Magistratsdirektorin bzw. der Magistratsdirektor die Wahrnehmung dieser Aufgabe einzelnen Dienststellen übertragen hat.

Mitwirkung bei allen Stellensystemisierungen und allen wichtigeren Personalangelegenheiten des Stadtrechnungshofes, des Verwaltungsgerichtes Wien und der Unternehmungen der Stadt Wien gemäß den jeweiligen Statuten.

Ausschreibung von Dienstposten, soweit nicht die Magistratsdirektorin bzw. der Magistratsdirektor die Wahrnehmung dieser Aufgabe einzelnen Dienststellen übertragen hat.

Festlegung des wesentlichsten Inhalts von Sonderverträgen.

Anträge an die Bürgermeisterin bzw. den Bürgermeister auf Bestellung von Bediensteten mit Sonderaufgaben gemäß der Geschäftsordnung für den Magistrat der Stadt Wien.

Herausgabe von Erlässen, soweit sie nicht nur im Bereich einer Abteilung ergehen.

Entsendung von Funktionärinnen und Funktionären und Bediensteten als Vertreterinnen und Vertreter des Bundeslandes (der Stadt) Wien zu Tagungen, Kongressen und dergleichen.

Fahrservice, soweit die Fahrzeuge den Dienststellen nicht direkt zugeteilt sind, mit Ausnahme der technischen Angelegenheiten.

Prüfung von Vorschlägen städtischer Bediensteter zur Vereinfachung und Reform der Verwaltung (Betriebliches Vorschlagswesen).

Angelegenheiten, die der Magistratsdirektorin bzw. dem Magistratsdirektor durch besondere Rechtsvorschriften zugewiesen sind.

Angelegenheiten, die nach der Geschäftseinteilung für den Magistrat nicht ausdrücklich einer anderen Dienststelle zugewiesen sind, sofern nicht eine Dienststelle von der Magistratsdirektorin bzw. vom Magistratsdirektor mit der Behandlung der Angelegenheit betraut wird.

Anträge auf Ehrungen durch Verleihung

eines Ehrenzeichens für Verdienste um das Bundesland Wien, der Wiener Rettungsmedaille, des Ehrenzeichens für Verdienste im Wiener Feuerwehr- und Rettungswesen, der Einsatzmedaille des Landes Wien, der Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien und der Otto Glöckel-Medaille.

Anträge auf Ehrungen in Form von Ernennungen zu Bürgerinnen und Bürgern oder Ehrenbürgerinnen und Ehrenbürgern und auf alle sonstigen Ehrungen durch die Stadt oder durch das Land Wien, soweit solche Anträge nicht einer Magistratsabteilung vorbehalten sind.

Antragstellung für Bundesauszeichnungen.

Verkehr mit der Volksanwaltschaft; Kontaktnahme in allen von der Volksanwaltschaft an das Bundesland (die Stadt) Wien herangetragenen Fällen und Vorbearbeitung der an die Volksanwaltschaft gerichteten und die Verwaltung des Bundeslandes (der Stadt) Wien betreffenden Erledigungen.

Restitutionsangelegenheiten hinsichtlich der sich für die Stadt Wien aus dem Notenwechsel vom 17. Jänner 2001 zwischen der österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika ergebenden Verpflichtungen und unter Bedachtnahme auf die Regelungen des Bundesgesetzes über den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, des Entschädigungsfondsgesetzes und des Versöhnungsfonds-Gesetzes.

Grundsätzliche Angelegenheiten der Kooperation, Information und Koordination im Bereich der Stadt Wien.

Bereitstellung von grundlegenden Informationen über Wien und die Tätigkeit der Stadtverwaltung.

Mitwirkung bei der Ausbildung der städtischen Bediensteten in Fragen der europäischen Integration.

Beobachtung von für die Stadt Wien wichtigen Entwicklungen und Beurteilung deren Auswirkungen auf die Stadtentwicklung.

Entscheidungsvorbereitung für die Stadtentwicklungspolitik im Zusammenwirken mit der für die Stadtplanung zuständigen Geschäftsgruppe des Magistrats.

Evidenthaltung von mit Bundesdienststellen in Verhandlung stehenden grundsätzlichen Angelegenheiten.

Führung der Bürogeschäfte des Bund/Land Wien – Koordinationskomitees für Rohstoff- und Energieforschung.

Wahrnehmung der Partei- bzw. Beteiligtenstellung der Gemeinde nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz.

Wahrnehmung der Parteistellung der Gemeinde nach dem Abfallwirtschaftsgesetz.

Ausarbeitung von Strategien, Richtlinien und Veranstaltungsprogrammen auf dem Gebiet der Ausbildung, Weiterbildung, Prüfung und Potenzialerhebung.

Organisation von Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen, Prüfungen und Potenzialerhebungsmaßnahmen sowie Herausgabe von Lernbehelfen, soweit keine andere Dienststelle zuständig ist.

Koordination von grundsätzlichen Angelegenheiten der Aus- und Weiterbildung.

Organisation und Betreuung des Unterrichts in Sprachen.

Genehmigung der Teilnahme städtischer Bediensteter an Aus- und Fortbildungsveranstaltungen sowie Zuerkennung von Kostenersätzen im Zusammenhang mit Aus- und Fortbildungsveranstaltungen, soweit nicht die Magistratsdirektorin bzw. der Magistratsdirektor die Wahrnehmung dieser Aufgabe einer anderen Dienststelle übertragen hat.

Kulturelle Betreuung (Veranstaltungen, Schulungskurse, Exkursionen und dergleichen) für Gemeindebedienstete, die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Betreuungsmaßnahmen im Rahmen von Bildungsaustauschprogrammen. Bereinigung der Wiener Rechtsvorschriften.

Revision des Dienstbetriebes der städtischen Dienststellen in sachlicher, personeller und organisatorischer Hinsicht.

Prüfung der Bildungsdirektion für Wien gemäß § 31 Bildungsdirektionen-Einrichtungsgesetz.

Führung und Weiterentwicklung des Wiener Antikorruptionsprogramms. Wahrnehmung der Aufgaben der internen Meldestelle nach dem Wiener Hinweisgeberinnen- und Hinweisgeber-Schutzgesetz.

Genehmigung der Erteilung der Zeichnungsberechtigung an mehr als vier unterstellte Bedienstete.

Prüfung und Veranlassung von Sofortmaßnahmen auf Grund von Wahrnehmungen, die die Wiener Stadtverwaltung betreffen; Messungen von Lärmbelastigungen im Rahmen von Sofortmaßnahmen und Schwerpunkttaktionen.

Mitwirkung bei Hilfeleistungen bei Bränden und anderen durch Elementarereignisse verursachten Notständen sowie Führung eines entsprechenden Bereitschaftsdienstes.

Koordination und Einsatzleitung von dienststellen- und behördenübergreifenden Schwerpunkttaktionen und Schwerpunkteinsätzen.

Leitung des Einsatzteams der Stadt Wien.

Leitung der Koordinierungsstelle für Stadtteil- und Grätzarbeit.

Unterstützung der MA 48 bei der Vollziehung des Wiener Reinhaltengesetzes.

Überprüfungen nach dem Gebrauchsabgabengesetz hinsichtlich des kommerziellen Verkaufes, der kommerziellen Vermittlung des Verkaufes, des sonstigen kommerziellen Vertriebes von Eintrittskarten für Musikdarbietungen, Konzerte, Theaterveranstaltungen, sonstige künstlerische Veranstaltungen u. dgl. einschließlich Anweisungen auf Eintrittskarten und der damit zusammenhängenden Tätigkeiten.

Behandlung von Dienstaufsichtsbeschwerden.

Schaffung, Streichung und Bewertung von Dienstposten.

Führung des Dienstpostenplanes.

Führung der Personalausgleichsstelle.

Eignungsfeststellungen im Rahmen der Dienstaufsicht, soweit nicht die Magistratsdirektorin bzw. der Magistratsdirektor die Wahrnehmung dieser Aufgaben einzelnen Dienststellen übertragen hat.

Zuerkennung von Nebengebühren (Personal-, Bau-, Sonder-, Außendienst-, Kassierzulagen, Überstundenvergütungen, EDV-spezifische Zulagen).

Zuerkennung von Entschädigungen gemäß § 10 Abs. 2 der Reisegebührenvorschrift (Kilometergeld).

Dienstaufsicht über Lehrlinge, soweit keine andere Dienststelle zuständig ist.

Koordination der an der Lehrlingsausbildung mitwirkenden Dienststellen und Einrichtungen; Festlegung von Anforderungsprofilen sowie Ausbildungsinhalten und -methoden für Lehrlingsausbilderinnen und Lehrlingsausbilder.

Festlegung von Anforderungsprofilen, Leistungsbewertungskriterien sowie sonstiger Standards für Lehrlinge; Organisation und Durchführung der Auswahlverfahren für die Aufnahme in ein Lehrverhältnis, soweit diese nicht für einzelne Lehrberufe einzelnen Dienststellen übertragen ist.

Festlegung von Ausbildungsinhalten und -methoden für Lehrlinge; Organisation, Koordination und Umsetzung der Aus- und Weiterbildung der Lehrlinge, soweit diese nicht für einzelne Lehrberufe einzelnen Dienststellen übertragen ist.

Grundsätzliche strategische Angelegenheiten des ArbeitnehmerInnen- bzw. Bedienstetenschutzrechts sowie der Gesundheitsförderung.
Genehmigung von Diensttelefonanschlüssen in Ämtern und Wohnungen.
Genehmigung von Dienst- und Studienreisen außerhalb des Dienstortes.
Verwaltungs- und Betriebsreform und damit zusammenhängende grundsätzliche Personalangelegenheiten.

Angelegenheiten der Einführung und Verankerung von Controlling (im Sinne systematischer, informationsgestützter, zielorientierter Steuerung) in allen Dienststellen des Magistrats, insbesondere Veranlassung der Schaffung der Rahmenbedingungen sowie Festlegung von Grundsätzen und Richtlinien für die Einführung, Gestaltung und Durchführung von Controlling, Beratung bei der Einführung und Gestaltung von Bereichs- und Abteilungscontrollingsystemen sowie ständige Koordination dieser Systeme.

Aufbau und Führung eines auf Bereichs- und Abteilungscontrollingsysteme gestützten zentralen Controllingsystems zur Verwirklichung der Zielsetzungen des Magistrats und als ständige Unterstützung bei der Steuerung des GesamtMagistrats nach strategischen Gesichtspunkten, insbesondere Auswahl und Veranlassung der Beschaffung, Strukturierung und Auswertung der erforderlichen Daten, Aufbereitung und Darstellung von steuerungsrelevanten Informationen und Rahmenbedingungen, Aufzeigen erforderlicher Maßnahmen, Mitwirkung bei der Erstellung und ständigen Anpassung von controllingrelevanten Zielsystemen und der entsprechenden Umsetzungspläne, Durchführung von Abweichungsanalysen sowie Darstellung, Analyse und Bewertung von Maßnahmenalternativen und Handlungskonsequenzen.

Organisation von Verwaltungsvorgängen.

Vergabe und Betreuung von Aufträgen an private Betriebsberatungen.
Führung des Registers über die privaten Adressen und Telefonnummern der Dienststellenleiterinnen und Dienststellenleiter sowie ihrer Stellvertreterinnen und Stellvertreter.

Genehmigung von Dienst- und Organisationsvorschriften, soweit sie den Wirkungsbereich einer Dienststelle überschreiten.

Entscheidung über die Inanspruchnahme von Dienstleistungen, ausgenommen in der Unternehmung „Wiener Gesundheitsverbund“.

Anträge an die Bürgermeisterin bzw. den Bürgermeister und an den Gemeinderat über die Erlassung und Abänderung der Geschäftsordnung, die Organisation, Aufassung und Errichtung von städtischen Ämtern, Anstalten und sonstigen Dienststellen des Magistrats sowie über die Erlassung und Abänderung der Geschäftseinteilung für den Magistrat.

Genehmigung der Errichtung, Verlegung und Aufassung von Teildienststellen, auch wenn in diesem Zusammenhang keine Anträge an die Bürgermeisterin bzw. den Bürgermeister und an den Gemeinderat zu stellen sind, ausgenommen die Dienststellen der Unternehmungen der Stadt Wien.

Schaffung der organisatorischen Voraussetzungen für die weitergehende Dezentralisierung der Verwaltung der Stadt Wien.

Auslegung der Geschäftseinteilung für den Magistrat.

Entwicklung von Grundlagen und strategische Weiterentwicklung von Gender Mainstreaming im Magistrat.

Festlegung von Grundsätzen und Koordinierung der Umsetzung von Gender Mainstreaming, einschließlich der Wissensvermittlung und Beratung von Dienststellen.

Durchführung von Gender Analysen und Evaluierung von Gender Maßnahmen.

Strategische Angelegenheiten der Klimagovernance.

Strategische Angelegenheiten der Versorgungssicherheit.

Grundsätzliche Angelegenheiten der Verwaltung des Rathauses.

Entgegennahme von Meldungen über Schäden am Gemeindevermögen.

Zentrale Verteilstelle von Meldungen anderer Behörden über Beschädigungen von im Eigentum der Stadt Wien stehenden Einrichtungen.
Koordination von Sicherheitsmaßnahmen, ausgenommen in Angelegenheiten des Brandschutzes und in bautechnischen Angelegenheiten;
Erteilung von Einsatzaufträgen an die Rathauswache.

Erstellung des Schutz- und des Alarmplans sowie die Organisation und Führung des öffentlichen Alarmsystems der Gemeinde nach dem Wiener Katastrophenhilfe- und Krisenmanagementgesetz.

Anordnung von Einsatzübungen nach dem Wiener Katastrophenhilfe- und Krisenmanagementgesetz.

Führung der Bürogeschäfte des Krisenmanagements.

Führung der Bürogeschäfte des Landesversorgungssicherungsausschusses, des Landeslenkungsausschusses und des Landeskoordinationsausschusses.

Außenbeziehungen der Stadt Wien soweit nicht die Magistratsabteilung 27 zuständig ist.

Bereitstellung von Informationen zu europäischen und internationalen Angelegenheiten der Stadt Wien.

Administrative Angelegenheiten des Zivilschutzes einschließlich der umfassenden Landesverteidigung, sofern keine andere Dienststelle zuständig ist.

Koordination der Angelegenheiten des Katastrophenschutzes und des Einsatzes bei Katastrophen, Großschadensereignissen und komplexen Schadensereignissen.

Allgemeine und grundsätzliche Rechtsangelegenheiten nach dem Wiener Katastrophenhilfe- und Krisenmanagementgesetz.

Strategische und organisatorische Angelegenheiten der psychosozialen Akutbetreuung und der Informationsstelle nach dem Wiener Katastrophenhilfe- und Krisenmanagementgesetz.

Organisation von Hilfsmaßnahmen der Stadt Wien im Inland unbeschadet der Genehmigung durch die zuständigen Gemeindeorgane.

Entwicklung, laufende Weiterentwicklung und Anpassung der Prozessmanagement- und IKT-Strategie für den gesamten Magistrat der Stadt Wien.

Festlegung, Koordination und Kommunikation von strategischen Rahmenbedingungen im Bereich des Prozessmanagements sowie der Informations- und Kommunikationstechnologie.

Grundsätzliche Angelegenheiten des Prozessmanagements und der Informations- und Kommunikationstechnologie.

Koordination und Überprüfung hinsichtlich aller organisatorischen und technischen Maßnahmen auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologie.

Festlegung von Rahmenbedingungen für den zweckmäßigen und wirtschaftlichen Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologie.

Festlegung von Grundsätzen für die von der MA 01 und der Unternehmung „Wiener Gesundheitsverbund“ wahrzunehmenden Koordinations-tätigkeiten auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikations-technologie.

Grundsätzliche Angelegenheiten der Prozessmanagement- und IKT-Ausbildung.

Führung der Bürogeschäfte des Berufungssenats.

Wahrnehmung der Aufgaben der belangten Behörde im Zusammenhang mit den verwaltungsgerichtlichen Verfahren einschließlich der Verfahren vor dem Verwaltungs- und dem Verfassungsgerichtshof betreffend Entscheidungen des Berufungssenats.

Überprüfung aller Revisionen an den Verwaltungsgerichtshof und Eingaben an den Verfassungsgerichtshof vor deren Einbringung.

Koordinierung der Verwaltungsstrafatbestände und Verwaltungsstrafen.

Entscheidung über die Zulässigkeit von schriftlichen Ausfertigungen hoheitlicher Erledigungen ohne Angabe des Namens der bzw. des Genehmigenden.

Erstellung von Programmen auf dem Gebiet der Führungskräfteausbildung, unter Berücksichtigung moderner Managementmethoden, sowie Erstellung von Ausbildungskonzepten zur Stärkung der Personalentwicklungskompetenz.

Entwicklung und Festlegung von Richtlinien und Verfahren für die Leistungsbewertung des Personals und für die strukturierte Gesprächsführung zwischen Vorgesetzten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (MitarbeiterInnenorientierungsgespräch); Koordination und Controlling des Einsatzes dieser Instrumente.

Personalforschung, auch im Wege interner Meinungsumfragen.

Festlegung von Richtlinien für Personalmarketing und die Auslese der Bewerberinnen und Bewerber.

Allgemeine Angelegenheiten des Wiener Integrierten Personalinformationssystems.

Koordination aller weiteren, die Automatisierung von Aufgaben im Bereich des Personalwesens betreffenden Vorhaben oder Maßnahmen.

Koordination der im Personalbereich nach den datenschutzrechtlichen Vorschriften wahrzunehmenden Aufgaben der verantwortlichen Stellen betreffend die Verfügung über die Daten und die Erstellung der Dokumentation der Verarbeitungstätigkeiten.

Erstellung und Veröffentlichung des Personalberichtes der Stadt Wien.

Normierung und Zurverfügungstellung von einheitlich definierten, Magistratsweit gültigen, qualitätsgesicherten Personalkennzahlen.

Entwicklung und Pflege von Personalkennzahlenprodukten in Form von Berichten, Dashboards, Planungs- und Analysetools.

Rechtsberatung der Dienststellen der Stadt Wien und deren Anstalten, Stiftungen und Fonds sowie Erstellung von Rechtsgutachten in wichtigen Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten.

Mitwirkung beim Abschluss wichtiger oder schwieriger Rechtsgeschäfte. Rechtsberatung in Fragen des Vergabewesens und Mitwirkung in Vergabekommissionen.

Begutachtung strafrechtlicher Tatbestände zur Wahrung der Interessen der Stadt Wien.

Entbindung der Dienststellenleiterinnen und Dienststellenleiter von der Amtsverschwiegenheit; Entbindung der übrigen Bediensteten (mit Ausnahme jener Bediensteten, die den Direktorinnen und Direktoren der Unternehmungen der Stadt Wien unterstellt sind) von der Amtsverschwiegenheit bei Einvernahmen durch Strafverfolgungsbehörden, sofern es sich nicht um Verwaltungsstrafverfahren handelt.

Der vorige Absatz lautet mit Wirksamkeit 1. September 2025:

Entbindung der Dienststellenleiterinnen und Dienststellenleiter von Geheimhaltungspflichten; Entbindung der übrigen Bediensteten (mit Ausnahme jener Bediensteten, die den Direktorinnen und Direktoren der Unternehmungen der Stadt Wien unterstellt sind) von Geheimhaltungspflichten bei Einvernahmen durch Strafverfolgungsbehörden, sofern es sich nicht um Verwaltungsstrafverfahren handelt.

Ausstellung von Vollmachten namens der Stadt Wien zum Zwecke der Rechtsvertretung und -beratung, einschließlich der Koordination und Gewährleistung der damit verbundenen Informationsflüsse, soweit nicht die Magistratsabteilung 41 zuständig ist.

Genehmigung der Beistellung einer Rechtsanwältin bzw. eines Rechtsanwalts im Sinne der Fürsorgepflicht der Dienstgeberin.

Führung der Aktiv- und Passivprozesse der Stadt Wien einschließlich Exekutionsführungen sowie Vertretung der zivilrechtlichen Interessen in

Strafprozessen, soweit diese Angelegenheiten im Rahmen ihrer operativen Aufgabenstellungen nicht Magistratsabteilungen zugewiesen sind.

Behandlung von Anspruchstellungen nach dem Amtshaftungsgesetz.

Vertretung der Interessen der Stadt Wien im Zusammenhang mit Verlassenschaftsangelegenheiten zu ihren Gunsten.

Interessenwahrung in bedeutsamen oder schwierigen Exekutions- und Insolvenzverfahren.

Außergerichtliche Bereinigung strittiger zivilrechtlicher Ansprüche.

Überprüfung der Angemessenheit der Honorare von Anwältinnen und Anwälten bzw. von Notarinnen und Notaren.

Wahrnehmung der Aufgaben der Disziplinaranwaltschaft.

Erstattung eines Dreivorschlags an die Magistratsabteilung 7 hinsichtlich eines Mitglieds/Ersatzmitglieds des rechtskundigen Dienstes der Stadt Wien im Kuratorium der Anstalt „Museen der Stadt Wien“.

Genehmigung von Verträgen, in denen die Befugnis eingeräumt wird, Namen, Embleme oder Symbole städtischer Dienststellen zu verwenden.

Grundsätzliche Angelegenheiten der Kooperation und Koordination im Bereich Bauten und Technik.

Koordination der Finanzierung von geschäftsgruppenübergreifenden Projekten.

Koordination und Beratung im Bereich Bauten und Technik beim Einsatz moderner Arbeitsmethoden und Arbeitstechniken, insbesondere im IT-Bereich.

Koordination der Dienststellen und Sicherstellung des Zusammenwirkens mit den Fonds sowie Erarbeitung neuer Inhalte, Strategien und genereller Maßnahmen für den Bereich der Stadterneuerung.

Schaffung der Voraussetzungen für die Sicherstellung der sozialen und technischen Infrastruktur.

Koordination der Mitarbeit technischer Bediensteter in Instituten, Gremien, Kongressen usw.

Allgemeine und grundsätzliche Angelegenheiten des Ausschreibungs- und Vergabewesens sowie der Vertragsabwicklung, soweit keine andere Dienststelle zuständig ist; Beratung der Dienststellen in diesen Fragen; Verhandlungen mit Interessenvertretungen und öffentlichen Auftraggeberinnen und Auftraggebern hinsichtlich der Veränderung von Preisgrundlagen.

Herausgabe von Richtlinien für die Berücksichtigung von Kostenveränderungen bei laufenden Verträgen.

Kontrolle des Planungsablaufes und der Projektabwicklung bis zur Projektfertigstellung einschließlich der Abrechnung.

Prüfung und Veranlassung der Eintragung und Aufhebung von Statushinweisen der Stadt Wien im Auftragnehmerkataster Österreich.

Angelegenheiten der Ziviltechnikerinnen und Ziviltechniker einschließlich der Prüfung der Ziviltechnikerinnen und Ziviltechniker.

Führung des Permanenzdienstes der Magistratsdirektion; Einteilung des technischen Aufsichtsdienstes, Unterweisung der aufsichtsführenden Bediensteten in Theatern, Zirkussen usw., soweit diese Agenda nicht anderen Dienststellen des technischen Bereichs zugewiesen ist.

Stellungnahme zu Anträgen auf Verleihung von Berufstiteln durch die Bundespräsidentin bzw. den Bundespräsidenten, soweit nicht eine andere Dienststelle zuständig ist, und Ausstellung von Verwendungsbestätigungen nach dem Ingenieurgesetz.

Koordination der Zielvereinbarungen der Dienststellen des technischen Bereichs und Feststellung des Zielerreichungsgrades.

Grundsätzliche und strategische Angelegenheiten des städtischen Immobilienwesens.

Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Integration, Transparenz und Märkte

Bildungspolitik, elementare Bildung, Schulfragen, außerschulische Jugendarbeit, Integrationspolitik, fremdenrechtliche Angelegenheiten, Staatsbürgerschaftsangelegenheiten, Koordination sämtlicher Fragen der Kinder- und Jugendhilfe, Angelegenheiten der Transparenz, LGBTIQ und Menschenrechte; Märkte und Lebensmittelkontrollen, KonsumentInnenschutz, Preiskontrolle.

Zugehörige Magistratsabteilungen:

Magistratsabteilung 10	Kindergärten
Magistratsabteilung 11	Kinder- und Jugendhilfe
Magistratsabteilung 13	Bildung und Jugend
Magistratsabteilung 17	Integration und Diversität
Magistratsabteilung 35	Einwanderung und Staatsbürgerschaft
Magistratsabteilung 56	Schulen
Magistratsabteilung 59	Marktamt

Magistratsabteilung 10 Kindergärten

Allgemeine und grundsätzliche Angelegenheiten der elementaren Bildung von Kindern soweit nicht die MA 11 zuständig ist.
Führen der Kindergärten und Horte der Stadt Wien.
Essensversorgung der Kinder in den Kindergärten und Horten der Stadt Wien.
Führen von Kompetenzstellen für Entwicklungsförderung.
Förderungen im Zusammenhang mit der elementaren Bildung von Kindern.
Abschluss von Vereinbarungen mit Dritten (Privaten) über die Besorgung von Angelegenheiten der elementaren Bildung von Kindern.
Führen einer Ausbildungseinrichtung für elementarpädagogische Berufe; Geltendmachung von Bundessubventionen zum Personalaufwand dieser Einrichtung.
Verwaltung der und Wahrnehmung der Funktion als Bauherrin für Kindergärten, Horte und Betriebseinrichtungen, die für die Erfüllung der eigenen Aufgaben erforderlich sind.
Beratung von Privaten bei der Planung und bei der Durchführung von baulichen Maßnahmen, die Kindergärten und Horte betreffen.
Mitwirkung bei der Einrichtung und fachliche Beratung bei der Betriebsführung von Betriebskindergärten der Stadt Wien, ausgenommen für den Bereich der Unternehmungen der Stadt Wien.
Erstattung von Vorschlägen und Vorbereitung der Aufnahme von Bediensteten in das öffentlich-rechtliche oder privatrechtliche Dienstverhältnis, soweit die betreffende Bedienstetengruppe der Dienstaufsicht der MA 10 untersteht, ausgenommen Lehrerinnen und Lehrer der Ausbildungseinrichtung für elementarpädagogische Berufe.
Dienstaufsicht über das zugewiesene Personal, soweit es nicht der Dienstaufsicht der Magistratsdirektorin bzw. des Magistratsdirektors untersteht.

Magistratsabteilung 11 Kinder- und Jugendhilfe

Angelegenheiten der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere Vollziehung des Bundes-Kinder- und Jugendhilfegesetzes und des Wiener Kinder- und Jugendhilfegesetzes, soweit nicht die Magistrats-

abteilung 13 zuständig ist, sowie Wahrnehmung der behördlichen Aufgaben des Wiener Kindergartengesetzes, des Wiener Tagesbetreuungsgesetzes und des Wiener Frühförderungsgesetzes; grundsätzliche Angelegenheiten des Jugendschutzes.

Anerkennung von Einrichtungen der privaten Kinder- und Jugendhilfe nach dem Wiener Kinder- und Jugendhilfegesetz, soweit nicht die Magistratsabteilung 13 zuständig ist, sowie Erteilung von Bewilligungen für sozialpädagogische Einrichtungen für Minderjährige nach dem Wiener Kinder- und Jugendhilfegesetz und Ausübung der Fachaufsicht. Wahrnehmung der Aufgaben als Zentrale Behörde nach dem Haager-Adoptionsschutzübereinkommen.

Anerkennung von Ausbildungen aus dem Europäischen Wirtschaftsraum und gleichgestellten Ländern in den Bereichen Kindergartenpädagogik, Hortpädagogik sowie Sozialarbeit und Sozialpädagogik im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe.

Erteilung von Bewilligungen nach dem Bundesgesetz über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen.

Führen der Servicestelle.

Beratungsangebote im Bereich der materiellen Hilfen.

Verbindungsdienst zu den geburtshilflichen Abteilungen, zu den Kinder- und jugendpsychiatrischen Abteilungen, zum Institut für Paar- und Familientherapie sowie zum Institut für Erziehungshilfe.

Information, Schulungs- und Förderungsangebote für Wiener Familien als Prophylaxe.

Führen der Paar- und Familienberatungsstellen einschließlich der Bestellung des erforderlichen Personals sowie der Geltendmachung von Förderungen des Bundes zum Personalaufwand.

Führen von Familienzentren.

Einleitung und Durchführung von Hilfen zur Erziehung, Feststellung der Eignung von Pflegepersonen und Aufsicht über Pflegeverhältnisse sowie Erteilung von Bewilligungen für private Pflegeverhältnisse, Vermittlung der Annahme an Kindes statt.

Führen der sozialpädagogischen Einrichtungen der Stadt Wien für Kinder und Jugendliche; Organisation und Administration der Betreuung in sozialpädagogischen Einrichtungen sowie bei Pflegepersonen. Vertretung von Minderjährigen in den der Kinder- und Jugendhilfeträgerin nach dem Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch, nach dem Unterhaltsvorschussgesetz sowie nach asyl- und fremdenrechtlichen Vorschriften obliegenden Angelegenheiten; Geltendmachung der gesetzlichen Ansprüche; Geltendmachung von Kostenersatz nach dem Wiener Kinder- und Jugendhilfegesetz für Minderjährige in voller Erziehung und Vertretung bei Gerichten und Verwaltungsbehörden in Wahrnehmung dieser Agenden.

Angelegenheiten des Wiener Familienzuschusses und Ersatzleistungen hinsichtlich des Essensbeitrages 0- bis 6-Jähriger in Kinderbetreuungseinrichtungen.

Psychologischer Dienst für Kinder, Jugendliche und Familien.

Öffentlichkeitsarbeit für den Tätigkeitsbereich der Abteilung, soweit nicht die Magistratsabteilung 53 dafür zuständig ist.

Planung und Forschung im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe.

Verwaltung der und Wahrnehmung der Funktion als Bauherrin für Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe.

Beschaffung von Räumlichkeiten für sozialpädagogische Wohngemeinschaften, betreutes Wohnen sowie regionale Krisenzentren und Verwaltungsstützpunkte.

Dienstaufsicht über das zugewiesene Personal, soweit es nicht der Dienstaufsicht der Magistratsdirektorin bzw. des Magistratsdirektors oder der Magistratsabteilung 2 untersteht.

Heimholung und Heimbeförderung Minderjähriger, Einleitung der Repatriierung ausländischer Minderjähriger.
Förderungen an Organisationen, die Leistungen im Zusammenhang mit Angelegenheiten der Kinder- und Jugendhilfe erbringen.
Förderung und Mitwirkung bei der Durchführung von Erholungsaktionen des Vereins „Wiener Jugendberholung“.

Magistratsabteilung 13 Bildung und Jugend

Allgemeine und grundsätzliche Angelegenheiten der Erwachsenenbildung und der außerschulischen Jugendbetreuung.
Planung, Förderung, Durchführung von und Mitwirkung an Veranstaltungen, Aktionen und Projekten in den Bereichen (Erwachsenen-)Bildung und Jugend.
Förderung, Betreuung und Koordinierung von Einrichtungen der Erwachsenenbildung.
Beratung über Einrichtungen und Möglichkeiten der Erwachsenenbildung.
Förderung von Maßnahmen, Projekten, Initiativen und Organisationen zur Gleichstellung von Menschen unabhängig ihrer Geschlechtsidentität und ihrer sexuellen Orientierung und zur Anerkennung von Diversität individueller Lebensentwürfe in Abstimmung mit der Wiener Antidiskriminierungsstelle für LGBTIQ-Angelegenheiten.
Führen des Landesjugendreferates im Fachbereich Jugend.
Zusammenarbeit mit den Bundesländer-Landesjugendreferaten sowie fachlich einschlägigen Einrichtungen des In- und Auslandes.
Förderung der Wiener Kinder- und Jugendarbeit (Wiener Kinder- und Jugendorganisationen, Wien weite Angebote, Offene Kinder- und Jugendarbeit, Gemeinwesen orientierte Angebote).
Planung, Steuerung und Qualitätsentwicklung der gesamten außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit in Wien.
Durchführung der JungbürgerInnenveranstaltungen.
Handhabung des Wiener Kinder- und Jugendhilfegesetzes betreffend soziale Dienste von Einrichtungen der privaten Kinder- und Jugendhilfe im Rahmen von Streetwork-Projekten gemäß § 10 Wiener Kinder- und Jugendhilfegesetz.
Verwaltung der und Wahrnehmung der Funktion als Bauherrin für Betriebseinrichtungen, die für die Erfüllung der eigenen Aufgaben erforderlich sind.
Führen der Musikschulen der Stadt Wien.
Führen der Modeschule Hetzendorf.
Führen der Büchereien der Stadt Wien inklusive des Bibliothekspädagogischen Zentrums (Bereitstellung von audio-visuellen Unterrichtsmedien für Schulen und sonstige Bildungseinrichtungen).
Abgeltung von urheber- und leistungsschutzrechtlichen Ansprüchen für das Verleihen von Werkstücken im Sinne des Urheberrechtsgesetzes durch der Öffentlichkeit zugängliche Einrichtungen in pauschaler Form für das Land Wien.
Dienstaufsicht über das zugewiesene Personal, soweit es nicht der Dienstaufsicht der Magistratsdirektorin bzw. des Magistratsdirektors untersteht.
Personalverwaltung für die Lehrerinnen und Lehrer der Musikschulen der Stadt Wien sowie für die der Musik und Kunst Privatuniversität der Stadt Wien GmbH zugewiesenen Lehrerinnen und Lehrer.
Wahrnehmung der Aufgaben als Dienstbehörde bzw. als Dienstgeberin gegenüber den der Musik und Kunst Privatuniversität der Stadt Wien GmbH zugewiesenen Bediensteten der Gemeinde Wien.

Magistratsabteilung 17 Integration und Diversität

Erarbeitung von Grundlagen für die Umsetzung und Weiterentwicklung der Wiener Integrations- und Diversitätspolitik; insbesondere Verbesserung der Kenntnisse über Migration und Zuwanderung, der kulturellen Sensibilität und Erfassung von Zugangsbarrieren und deren Abbau.
Information und Unterstützung von Dienststellen sowie mit Zuwanderung befassten Organisationen mit dem Ziel einer Stärkung der interkulturellen Kompetenz bei der Aufgabenerfüllung (Diversitätsmanagement).
Anregung von und Mitwirkung bei integrations- und diversitätsrelevanten Modellprojekten und Maßnahmen der Stadt Wien.
Entwicklung und Durchführung von niederlassungsbegleitenden Maßnahmen und Projekten für neu aus dem Ausland Zugewanderte.
Anregung, Förderung und Durchführung von Spracherwerbsmaßnahmen und Bildungsmaßnahmen für zugewanderte Personen, insbesondere auch im Sinn einer „Niederlassungsbegleitung“ für neu aus dem Ausland Zugewanderte.
Kooperation mit internen und externen Partnerinnen und Partnern; insbesondere mit Organisationen von zugewanderten Personen.
Beobachtung von und Mitwirkung an integrationsspezifischen Entwicklungen und Projekten anderer Bundesländer, des Bundes auf europäischer und internationaler Ebene.
Förderung von integrationsrelevanten Maßnahmen, Projekten und Initiativen sowie von diversitätsrelevanten Projekten.
Evaluierung von diversitäts- und integrationsrelevanten Maßnahmen.
Wahrnehmung der Rechte der Eigentümerin Stadt Wien an der Interface Wien GmbH.

Magistratsabteilung 35 Einwanderung und Staatsbürgerschaft

Handhabung des Bundesgesetzes, mit dem die Niederlassung und der Aufenthalt von Fremden in Österreich geregelt wird, ausgenommen Verwaltungsstrafverfahren.
Handhabung des Wiener Ausländergrunderwerbsgesetzes.
Handhabung des Staatsbürgerschaftsrechtes für das Bundesland und die Gemeinde Wien, ausgenommen Verwaltungsstrafverfahren.
Einstiegsinformation entsprechend den Bedürfnissen der neu aus dem Ausland Zugewanderten und Information von Migrantinnen und Migranten auf dem Weg zur Staatsbürgerschaft.
Ausstellung von gewöhnlichen Reisepässen und weiteren Reisepässen im Anlassfall der Einbürgerung.
Durchführung von Änderungen im Melderegister im Zusammenhang mit Angelegenheiten des Fremden-, Staatsbürgerschafts- und Personenstandsrechtes sowie mit Angelegenheiten des Namensänderungsgesetzes.
Führung der Zentralkartothek.
Mitwirkung bei der Handhabung des Personenstands-, Ehe-, Namens- und Matrikenrechtes.
Beglaubigung von Unterschriften auf Personenstandsurkunden aus den zivilen Altmatriken.

Magistratsabteilung 56 Schulen

Angelegenheiten des Schulwesens, soweit diese in die Vollziehung des Landes Wien fallen, mit Ausnahme jener auf dem Gebiet des Dienstrechts für Landeslehrerinnen und Landeslehrer.

Ausarbeitung der den Bedienstetenschutz der Landeslehrerinnen und Landeslehrer betreffenden Rechtsvorschriften.

Wahrnehmung der Interessen des Landes Wien betreffend Studienpläne nach dem Universitätsgesetz.

Stellungnahme zu Entwürfen von Verordnungen des Bundes betreffend akademische Grade, die Einrichtung von Studien und Lehrgängen sowie die Verleihung der Bezeichnung „Lehrgang universitären Charakters“ bzw. „Fachhochschule“.

Angelegenheiten des land- und forstwirtschaftlichen Schulwesens.

Besorgung der Aufgaben, die die Gemeinde Wien als Schulerhalterin nach dem Wiener Schulgesetz für die öffentlichen allgemeinbildenden und berufsbildenden Pflichtschulen und die damit im Zusammenhang stehenden Sport- und Spielplätze wahrzunehmen hat.

Führung, Schulerhaltung und Verwaltung der Fachschule für wirtschaftliche Berufe sowie der Fachschule für Sozialberufe mit Pflegevorbereitung.

Verwaltung und Erhaltung der Lehrmittel, der Schulmöbel, der erforderlichen Maschinen und Geräte für Lehrzwecke und des Schulmöbel- und Lehrmittellagers.

Wahrnehmung der Funktion als Bauherrin für die Einrichtungen des Schulwesens.

Unterstützung der MA 10 bei der Wahrnehmung ihrer Funktion als Bauherrin für Kindergärten und Horte.

Erwerb und Verwaltung von Gastgewerbeberechtigungen in städtischen Schulen im Einvernehmen mit der Magistratsabteilung 69.

Dienstaufsicht über das zugewiesene Personal, soweit es nicht der Dienstaufsicht der Magistratsdirektorin bzw. des Magistratsdirektors untersteht.

Erstattung von Vorschlägen und Vorbereitung der Aufnahme von Bediensteten in das öffentlich-rechtliche oder privatrechtliche Dienstverhältnis, soweit die betreffende Bedienstetengruppe der Dienstaufsicht der Magistratsabteilung 56 unterliegt.

Vorbereitung der Beschlussfassung der Landesregierung betreffend Dienstpostenpläne der Landeslehrerinnen und Landeslehrer für öffentliche Pflichtschulen.

Magistratsabteilung 59 Marktamt

Aufsichtsdienst auf dem Gebiet des KonsumentInnenschutzes, insbesondere bezüglich der folgenden Gesetze und der auf Grund dieser Gesetze erlassenen Verordnungen:

Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz sowie einschlägige EU-Verordnungen einschließlich Erlassung von Bescheiden, wenn es sich um die lebensmittelrechtliche Zulassung von Betrieben oder um warenbezogene Maßnahmen handelt, außer Kontrollen in der landwirtschaftlichen Tierhaltung.

Gewerbeordnung 1994, Maß- und Eichgesetz 1950, Preisgesetz, Preisauszeichnungsgesetz, Vermarktungsnormengesetz, Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, Wiener Buschenschankgesetz.

Vollziehung des Produktsicherheitsgesetzes 2004 (Marktüberwachung und Aufsichtsdienst).

Wahrnehmung der Aufgaben der Landeshauptfrau bzw. des Landeshauptmannes als Zoonosenkoordinatorin bzw. Zoonosenkoordinator nach dem Zoonosengesetz sowie Leitung der Wiener Landeskommision für Zoonosen.

Vollziehung der EU-Verordnung betreffend die Etikettierung von Rindfleisch und Rindfleischerzeugnissen.

Kontrollen nach dem Tiermaterialiengesetz in Betrieben, die dem Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz und der Zuständigkeit der MA 59 unterliegen.

Ausbildung und Prüfung von Fleischuntersucherinnen und Fleischuntersuchern (Trichinenuntersucherinnen und Trichinenuntersucher).

Beistellung von Sachverständigen im Rahmen von Genehmigungsverfahren mit lebensmittelrechtlichem Bezug und zur Überwachung der biozidrechtlichen Bestimmungen im Anwendungsbereich des Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetzes.

Errichtung, Betriebsführung, Verwaltung und Erhaltung von Märkten nach der Marktordnung.

Erhebungen über Preise und Zufuhren, Marktbeobachtungsdienst einschließlich der Überwachung der Lebensmittelversorgung und Marktnachrichtendienst sowie Führung der Marktstatistik.

Allgemeiner Erhebungsdienst, insbesondere solcher wirtschaftlicher Art.

Begutachtung der Genusstauglichkeit von Pilzen.

Bemessung und Einhebung der Entgelte, Kosten und Gebühren für die Inanspruchnahme der Märkte.

Mitwirkung bei Kontrollen der Einhaltung des Arbeitskräfteüberlassungsgesetzes; Durchführung von Kontrollen hinsichtlich Fahrerbescheinigungen im grenzüberschreitenden Güterverkehr.

Wahrnehmung der Aufgaben als Dienstbehörde bzw. als Dienstgeberin gegenüber den der GMW Großmarkt Wien Betrieb GmbH zugewiesenen Bediensteten der Gemeinde Wien.

Dienstaufsicht über das zugewiesene Personal, soweit es nicht der Dienstaufsicht der Magistratsdirektorin bzw. des Magistratsdirektors untersteht.

Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales

Digitalisierung, elektronische Datenverarbeitung, Informations- und Kommunikationstechnologie; Beteiligungen der Stadt Wien an privatwirtschaftlichen Unternehmen, Abgabewesen, Rechnungswesen, Erstellung des Voranschlags und des Rechnungsabschlusses der Stadt Wien, Mitwirkung bei der Erstellung des Wirtschaftsplanes der Unternehmungen, Finanzplanung und finanzielle Projektkoordinierung, Abschluss von Finanzierungsübereinkommen, Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsförderung, Angelegenheiten des Gewerbewesens; Personenstandsangelegenheiten; finanzielle Angelegenheiten des Magistrats, soweit sie nicht in den Aufgabenbereich einer anderen Geschäftsgruppe fallen; Arbeitsmarktpolitik; Tourismuspolitik, Betreuung des Wiener Tourismusverbandes; politische Koordination der Auslandsaktivitäten der Stadt und nahestehender Einrichtungen, insbesondere in wirtschaftspolitischen Angelegenheiten; Finanzierung und damit in Zusammenhang stehende rechtliche Angelegenheiten des öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrs; Direktinformation der Bevölkerung, Medienpolitik, Meinungsforschung, Medienförderung; internationaler Informationsaustausch; Statistik; Feuerwehr und Katastrophenschutz.

Zugehörige Magistratsabteilungen:

Magistratsabteilung 01	Wien Digital
Magistratsabteilung 5	Finanzwesen
Magistratsabteilung 6	Rechnungs- und Abgabewesen
Magistratsabteilung 23	Wirtschaft, Arbeit und Statistik
Magistratsabteilung 27	Europäische Angelegenheiten
Magistratsabteilung 53	Kommunikation und Medien
Magistratsabteilung 63	Gewerberecht, Datenschutz und Personenstand
Magistratsabteilung 68	Feuerwehr und Katastrophenschutz

Magistratsabteilung 01

Wien Digital

Bereitstellung von IKT-Services für den Magistrat, einschließlich der Unternehmungen der Stadt Wien.

Mitwirkung bei der Weiterentwicklung der IKT-Strategie.

Erstellung und Weiterentwicklung der strategischen Planung des IKT-Einsatzes.

Mitwirkung beim strategischen IKT-Projektportfoliomanagement.

Beratung und Begleitung der Kundinnen und Kunden beim IKT-Einsatz zur Digitalisierung ihrer Geschäftsprozesse.

Sicherstellung eines stabilen und sicheren Betriebes der IKT-Services, insbesondere der technischen Verfügbarkeit der Arbeitsplatzausstattung, der notwendigen Business Services und der notwendigen Infrastruktur.

Planung, Beschaffung, Errichtung, Installation, Betriebsführung und Erhaltung von Einrichtungen der Informations- und Kommunikationstechnologie (Hardware und Software). Abschluss von entsprechenden Vereinbarungen und Verträgen.

Genehmigung der Beschaffung von Einrichtungen der Informations- und Kommunikationstechnologie sowie des Abschlusses von entsprechenden Vereinbarungen und Verträgen, sofern mit Unternehmungen der Stadt Wien nicht etwas anderes vereinbart wird.

Projektmanagement für IKT-Projekte im Magistrat.

Festlegung und Weiterentwicklung der IKT-Architektur für den Magistrat.

Festlegung von Richtlinien für einen wirtschaftlichen und effizienten Einsatz der IKT für den Magistrat.

Unterstützung der jeweiligen Kundinnen und Kunden bei der IKT-Budgetplanung und dem -vollzug.

Steuerung und Controlling der IKT-Budgets.

Innovationsmanagement im Bereich der IKT.

Sicherstellung der IKT-Sicherheit.

Koordination der internen IKT-organisatorischen und IKT-technischen Maßnahmen des Magistrats sowohl zwischen Magistratsdienststellen als auch zwischen dem Magistrat und Einrichtungen außerhalb des Magistrats.

Vertretung der Stadt Wien im fernmeldebehördlichen Genehmigungsverfahren, soweit nicht die MA 68 zuständig ist.

Magistratsabteilung 5

Finanzwesen

Angelegenheiten der Finanzwirtschaft und des Haushaltswesens, insbesondere:

Legistische sowie grundsätzliche Angelegenheiten des Haushaltsrechts einschließlich der Vertretung der Stadt Wien in diesbezüglichen Gremien.

Erarbeitung der kurz- und mittelfristigen Grundlagen für die Erstellung des Voranschlages, zentrale Steuerung der Erstellung des Voranschlages und Verfassung des Voranschlagsentwurfs.

Haushaltsrechtliche Überwachung des Vollzugs des Voranschlages, strategisches Finanz- und Budgetcontrolling.

Erstellung und Vorlage des Rechnungsabschlusses.

Ausarbeitung der Grundlagen für die Finanzstatistik sowie der Grundlagen für Gender-Budgeting.

Grundsätzliche Angelegenheiten der Erstellung und des Vollzugs der Bezirksbudgets, Mitwirkung bei der Erstellung der Bezirksbudgets; haushaltsrechtliche Überwachung des Vollzugs der Bezirksbudgets.

Einbringung von Anträgen zur Änderung der Bezirksmittelverordnung.

Angelegenheiten des Geld- und Kreditwesens, Währungsangelegenheiten, Banken- und Zahlungsverkehr, auch soweit es sich um ausländische Zahlungsmittel handelt.

Erteilung von Auskünften aus dem Sparkassenregister.

Angelegenheiten der Anlage und Verwaltung des Geld- und Wertpapiervermögens.

Wahrnehmung der Interessen der Stadt Wien bei der Begründung, Verwaltung und dem Verkauf von Anteilsrechten an all jenen Gesellschaften und Genossenschaften des Privatrechts, die im (teilweisen) Eigentum der Stadt Wien oder einer ihr (teilweise) gehörenden Eigentumsgesellschaft stehen und welche nicht in den geschäftseinteilungsmäßigen Wirkungsbereich einer anderen Dienststelle bzw. Geschäftsgruppe fallen; Zustimmung zu Neugründungen derartiger Unternehmen oder zur Beteiligung an derartigen Unternehmen; einvernehmliche Abstimmung mit der inhaltlich zuständigen Dienststelle bzw. Geschäftsgruppe bei vermögensrechtlichen Angelegenheiten im Zusammenhang mit General- und Hauptversammlungen der direkten Beteiligungen der Stadt und des Landes Wien; Bestellung bzw. Nominierung der Aufsichtsorgane in allen Fällen.

Geschäftsstelle der Schiedskommission nach dem Wiener Krankenanstaltengesetz.

Angelegenheiten der Aufnahme, Verzinsung und Tilgung von Anleihen und Darlehen.

Zustimmung zur Belastung des städtischen Vermögens.

Gewährung von Darlehen einschließlich damit allenfalls in Verbindung stehende Grundbuchserklärungen, ausgenommen in Angelegenheiten der Wohnbauförderung, der Wohnungsverbesserung und der Wohnhaussanierung.

Verwaltung der Kreditaktionen einschließlich der Beteiligung an Kreditmaßnahmen anderer Institutionen.

Angelegenheiten der Bürgschaften und Haftungen der Gemeinde (des Landes).

Angelegenheiten der Förderungen und Beiträge mit Ausnahme solcher, für die eine andere Dienststelle im Rahmen ihres geschäftseinteilungsmäßigen Wirkungsbereiches zuständig ist, sowie EU-geförderter Projekte, die von jeder Dienststelle im Rahmen ihres geschäftseinteilungsmäßigen Wirkungsbereiches durchgeführt werden.

Grundsätzliche Angelegenheiten des Wiener Fördertransparenzgesetzes.

Grundsätzliche Angelegenheiten der gebietskörperschaftenübergreifenden Transparenzdatenbank.

Angelegenheiten des Wiener Parteienförderungsgesetzes und des Wiener Akademienförderungsgesetzes.

Angelegenheiten der Mitgliedschaften und der Mitgliedsbeiträge der Stadt Wien zu Vereinen und Organisationen des eigenen Geschäftsbereiches sowie für nicht ansatzführende Dienststellen.

Verwaltung der Zuschläge zu den Bundessteuern.

Angelegenheiten der privatrechtlichen Versicherungen der Gemeinde, soweit dafür nicht die Magistratsabteilungen 48 oder 68 im Zusammenhang mit der Schadensabwicklung aus Kfz-Versicherungen zuständig sind.

Angelegenheiten des strategischen und operativen Beteiligungscontrollings der Stadt Wien; Berichtswesen im Beteiligungscontrolling; umfassend jeweils auch die Beteiligungen der Unternehmungen der Stadt Wien und der Einrichtungen des öffentlichen Sektors im Sinne der Gebarungsstatistik.

Angelegenheiten des operativen Beteiligungsmanagements unter Einbeziehung der beteiligungsverwaltenden Dienststellen.

Angelegenheiten des strategischen Beteiligungsmanagements im Einvernehmen mit der Magistratsdirektorin bzw. dem Magistratsdirektor.

Angelegenheiten des Wiener Public Corporate Governance Kodex (WPCGK).

Beteiligung an Unternehmen, Abschluss von Verträgen mit Bausparkassen und Zahlungen an diese im Rahmen der Wohnbauförderung; Mitwirkung an grundsätzlichen finanziellen Angelegenheiten der Wohn-

bauförderung, der Wohnungsverbesserung und der Wohnhaussanierung, insbesondere Festsetzung des Gesamtrahmens der Wohnbauförderung.

Finanzielle Angelegenheiten, die Wien und andere Gebietskörperschaften betreffen.

Vertretung der Stadt Wien in Angelegenheiten der Finanzverfassung, des Finanzausgleiches und des Österreichischen Stabilitätspaktes.

Durchführung des Finanzausgleiches.

Angelegenheiten des Konsultationsmechanismus.

Koordination der Finanzierung der Wiener Krankenanstalten und Pflegeheime.

Grundsätzliche Angelegenheiten des Kassenwesens und der Gebarung mit Verwahrnissen (Depositen) und Sicherstellungen (Kautionen).

Finanzangelegenheiten allgemeiner Art und einzelne Finanzangelegenheiten von besonderer und grundsätzlicher Bedeutung.

Angelegenheiten der Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Maßnahmen zur Förderung des Wirtschaftsstandortes Wien.

Wahrnehmung der finanziellen Interessen der Stadt Wien unbeschadet der budgetären Verantwortlichkeit der im Einzelfall zuständigen kreditverwaltenden Dienststelle.

Legistische und grundsätzliche Angelegenheiten des Finanzmanagements einschließlich des finanziellen Risikomanagements in Umsetzung des Landesgesetzes über die risikoaverse Ausrichtung der Finanzgebarung sowie der davon abgeleiteten Rechtsvorschriften.

Mitwirkung in finanzieller und steuerrechtlicher Hinsicht bei der Entwicklung, Erstellung und Umsetzung alternativer Finanzierungsmodelle, insbesondere in Public Private Partnership (PPP)-Projekten.

Grundsätzliche Prüfung von (alternativen) Finanzierungsmodellen sowie einzelnen Finanzierungsprojekten der Stadt Wien (einschließlich der Unternehmungen der Stadt Wien) hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen unter besonderer Berücksichtigung des ESVG bzw. des Österreichischen Stabilitätspaktes vor Abgabe einer Verpflichtungserklärung bzw. Befassung der zuständigen Organe nach der Wiener Stadtverfassung.

Mitwirkung an Pflichtbesprechungen sowie Überwachung der Einhaltung der sachlichen Genehmigungen bei der Erbringung von Leistungen.

Administrative Betreuung und wirtschaftliche Verwertung von Dienstleistungen einschließlich des Abschlusses von Lizenzverträgen, soweit hierfür nicht andere Dienststellen zuständig sind.

Angelegenheiten der EU-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (PSO-Verordnung), soweit nicht die Magistratsabteilungen 64 und 65 zuständig sind; finanzierungs- und vertragsrechtliche Angelegenheiten des Schienenverbundes sowie des öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrs.

Ausübung des Aufsichtsrechtes über jene Einrichtungen, bei denen die Stadt Wien mit ihrem Vermögen haftet.

Wahrnehmung der wirtschaftlichen Belange der Hafen- und Lagereinrichtungen der Stadt Wien.

Angelegenheiten des Neu- bzw. Umbaus des Allgemeinen Krankenhauses der Stadt Wien bzw. der VAMED Medizintechnik GmbH im Rahmen der ARGE AKH im Einvernehmen mit der Unternehmung „Wiener Gesundheitsverbund“.

Grundsätzliche Angelegenheiten der Landes- und Gemeindeabgaben in Bezug auf finanzverfassungs-, finanzausgleichs- und haushaltsrechtliche Fragestellungen.

Erstellung des Gebührenspegels.

Angelegenheiten der Steuerpflicht der Stadt Wien von grundsätzlicher und besonderer Art.

Angelegenheiten nach dem Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz.

Angelegenheiten des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) einschließlich der Koordinierung mit der Statistik Austria.

Angelegenheiten der Gebarungsstatistik(-Verordnung).

Magistratsabteilung 6 Rechnungs- und Abgabenwesen

Führung der Verrechnungs- und Kontokorrentkonten, auch für Unternehmungen der Stadt Wien.

Verwahrung und Evidenthaltung der Zahlungsmittel, Wertpapiere und Depositen.

Prüfung von Zahlungsanordnungen, Rechnungen und Zahlungsverpflichtungen sowie der Geld-, Wertpapier- und Sachgebarungen grundsätzlich vor dem Vollzug, nötigenfalls nach dem Vollzug hinsichtlich der Anordnungsbefugnis, der formellen, sachlichen und rechnerischen Richtigkeit, der Einhaltung des Voranschlages und der geltenden Vorschriften; Durchführung des Zahlungsverkehrs.

Planung und Einrichtung von Kassen, Abwicklung von Kassengeschäften sowie Evidenz der bei städtischen Dienststellen in Verwendung stehenden Kassen und Kassenbehältnisse und Veranlassung der Versicherung derselben.

Genehmigung von Verlägen.

Mitwirkung bei Erlassung von Vorschriften für Rechnungs- und Kassenstellen außerhalb der Magistratsabteilung 6.

Buchführung hinsichtlich der voranschlagswirksamen und nicht voranschlagswirksamen Gebarung, Erstellung der Vermögensrechnung auf Grund der von den anordnungsbefugten Dienststellen zur Verfügung gestellten Informationen, Buchführung nach der Doppik soweit erforderlich, Debitoren- und Kreditorenbuchhaltung.

Wahrnehmung der Buchführungsaufgaben für Einrichtungen wie den Wiener Gesundheitsfonds, die Anstalten öffentlichen Rechts „Museen der Stadt Wien“, die Kliniken des Allgemeinen Krankenhauses sowie die Stiftungen der Stadt Wien.

Verfassung der Teilrechnungsabschlüsse, Bilanzen, Kennzahlenberechnungen, Nachweise auf Grund der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung, Jahresabschlüsse nach dem Rechnungslegungsgesetz sowie Erstellung der sonstigen gesetzlich vorgeschriebenen Nachweise betreffend die Verrechnung.

Kreditüberwachung und Abgabe von Bedeckungsaussagen für alle beabsichtigten Ausgaben.

Zusammenfassende Meldung über den EU-Warenverkehr für die Statistik Austria.

Aufstellung von Statistiken, Kalkulationen, Rentabilitätsberechnungen und Berechnungen im Zusammenhang mit der Buchführung.

Mitwirkung bei der Erstellung des Gebührenspegels.

Mitwirkung bei der Erstellung der Teilvoranschläge.

Mitwirkung bei der Erstellung der Voranschläge der Bezirke; Erstellung der Rechnungsabschlüsse der Bezirke.

Mitwirkung bei der Erstellung der Steuererklärungen der Stadt Wien.

Mitwirkung bei der Abwicklung der Beihilfenanträge nach dem Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz.

Angelegenheiten der Landes- und Gemeindeabgaben, soweit hierfür nicht andere Dienststellen zuständig sind, insbesondere:

- Dienstgeberabgabe,
- Feuerschutzsteuer,
- Gebrauchsabgabe,
- Glücksspielautomatenabgabe,
- Kommunalsteuer,
- Kulturförderungsbeitrag,

Ortstaxe,
 Parkometerabgabe, mit Ausnahme der Überwachung der Einhaltung der mit Verordnung des Wiener Gemeinderates angeordneten Kontrollmaßnahmen,
 Sportförderungsbeitrag,
 Umweltabgaben,
 Verwaltungsabgaben, Kommissions- und Überwachungsgebühren, soweit hierfür nicht andere Dienststellen zuständig sind,
 Wettterminalabgabe,
 Zuschläge zur Bundesautomaten- und Video-Lotterie-Terminal (VLT)-Abgabe,
 Angelegenheiten aufgehobener Landes- und Gemeindeabgaben.
 Legistische Angelegenheiten der Landes- und Gemeindeabgaben, soweit keine andere Dienststelle zuständig ist.
 Berechnung, Bemessung und Bescheiderstellung bei Abgaben und Gebühren über Veranlassung der anordnungsbefugten Dienststellen.
 Festsetzung der Art und Zahl der Sammelbehälter sowie der Zahl der Einsammlungen pro Liegenschaft nach dem Wiener Abfallwirtschaftsgesetz, soweit nicht die Magistratsabteilung 48 zuständig ist.
 Maßnahmen, die der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Erklärung und Entrichtung der Landes- und Gemeindeabgaben dienen (einschließlich Aufforderungen und Zwangsstrafen).
 Vornahme der Steuerausßenprüfung (Überprüfung der ordnungsgemäßen Entrichtung von Landes- und Gemeindeabgaben an Ort und Stelle).
 Behandlung von Ansuchen um Zahlungserleichterung und um Nachsicht betreffend Landes- und Gemeindeabgaben und Strafen; Nachsicht von Nebengebühren und Nebenansprüchen betreffend Landes- und Gemeindeabgaben.
 Nachsicht von Landes- und Gemeindeabgaben, ausgenommen jene, mit deren Vollzug die Magistratsabteilung 31 betraut ist.
 Erlassung sonstiger Bescheide nach der Bundesabgabenordnung (insbesondere Säumniszuschlag, Verspätungszuschlag, Aussetzung der Einhebung und Zwangsstrafen); Angelegenheiten der Gebühren und Auslagensätze gemäß Abgabenexekutionsordnung.
 Durchführung von Verwaltungsstrafverfahren nach den Abgabengesetzen mit Ausnahme der Verwaltungsstrafen nach § 16 Abs. 2 Gebrauchsabgabengesetz betreffend Abstellen von Fahrzeugen, Anhängern oder unbespannten Fuhrwerken und nach § 4 Parkometergesetz.
 Bereitstellung von Daten für elektronische Verzeichnisse über die Auftragsdaten der Stadt Wien, Ausstellung von Unbedenklichkeitsbescheinigungen.
 Mitwirkung bei der Erstellung von Nutzungskonzepten und Zonierungsplänen gemäß § 1b Gebrauchsabgabengesetz in abgaberechtlichen Belangen.
 Bearbeitung von Anträgen nach dem Wiener Grundsteuerbefreiungsgesetz.
 Führung des Verbotsbuches.
 Vorschreibung und Einbringung der von den anordnungsbefugten Dienststellen festgestellten Forderungen, einschließlich der Landes- und Gemeindeabgaben, Nebengebühren und Strafen.
 Durchführung des Strafvollzugs für den Magistrat sowie über Ersuchen auswärtiger Verwaltungsbehörden.
 Vollzug des EU-Verwaltungsstrafvollstreckungsgesetzes.
 Durchführung verwaltungsbehördlicher Zwangsvollstreckungen.
 Handhabung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes, soweit keine andere Dienststelle zuständig ist.
 Versuchsweise Einbringung von privatrechtlichen Forderungen der Stadt Wien.

Vollstreckung von Bescheiden und Erlassung von Vollstreckungsverfügungen sowie Kostenbescheiden hinsichtlich beweglicher Wirtschaftsgüter und sanitärer Übelstände.
 Erhebungen im Zusammenhang mit zwangsweisen Einbringungen der anordnungsbefugten Dienststelle.
 Mitwirkung bei notstandspolizeilichen Sofortmaßnahmen in Bezug auf bewegliche Wirtschaftsgüter und sanitäre Übelstände.
 Durchführung der Meldeerhebungen im Auftrag der Meldebehörde.
 Genehmigung der Installierung und Verwendung von Werkzeugen des Rechnungswesens.
 Regelung des Postverkehrs und der Aktenübermittlung, zentrale Beförderung von Briefen und Akten sowie Prüfung der Eingangspost für einen gefährdeten Personenkreis (Zentrale Poststelle).
 Zentrale Eingangserfassung, Sicherstellung des Scannens und der elektronischen Verarbeitung der Eingangsrechnungen sowie Übernahme von speziellen Scandienstleistungen (Scanzentrum).
 Lagerung und Lieferung der allgemeinen Drucksorten.
 Bestandsführung, Erstellung und Ausgabe von Formularen.
 Technische Führung des elektronischen Reisepass- und Personalausweisarchivs.
 Mitwirkung bei der Abwicklung von Wahlen.

Magistratsabteilung 23 Wirtschaft, Arbeit und Statistik

Allgemeine und grundsätzliche Angelegenheiten der wirtschaftlichen Entwicklung, des Arbeitsmarktes sowie der Forschung, Technologie und Innovation (FTI), jeweils insbesondere die
 Beobachtung, Dokumentation und Analyse der Entwicklungen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene,
 Veranlassung der zur Aufgabenerfüllung erforderlichen Grundlagenforschung und Datenbereitstellung,
 Erarbeitung von Grundsatz- und Entwicklungskonzepten in Zusammenarbeit mit den relevanten Institutionen und Fachabteilungen,
 Koordination und Evaluierung diesbezüglicher Umsetzungsmaßnahmen,
 Vertretung der Stadt Wien in nationalen und internationalen Gremien sowie die Einrichtung und Leitung derartiger Gremien und die Mitwirkung bei der Begutachtung einschlägiger legislativer Maßnahmen,
 Stärkung des Wirtschaftsstandortes Wien durch Vorbereitung und Koordination von Projekten unter Berücksichtigung der europäischen Integration und der globalen wirtschaftlichen Entwicklung,
 Mitwirkung bei der Beurteilung von strategischen Stadtentwicklungsprojekten aus gesamtwirtschaftlicher Sicht,
 Stadtentwicklungsfragen aus stadtökonomischer und soziodemographischer Sicht.
 Analyse des Arbeitskräfte- und Qualifikationsbedarfs der Wiener Wirtschaft und Empfehlung sowie Koordination entsprechender Maßnahmen zur Bedarfsdeckung.
 Bürogeschäfte des Vienna Economic Councils.
 Unterstützung von Innovation und Strukturentwicklung unter besonderer Berücksichtigung der europäischen Dimension.
 Konzeption und Umsetzung von Maßnahmen zur Unterstützung von Innovationsprojekten im Bereich der Stadt Wien.
 Konzeption und Koordination der Entwicklung von Technologie-Netzwerken zur Stärkung des Innovationspotenzials der Wiener Wirtschaft.
 Konzeption und Umsetzung der Wiener Fachhochschulförderung.
 Koordination der Grundlagenforschung im Bereich der Stadt Wien.
 Angelegenheiten der Bund-Bundesländer-Kooperation Forschung.

Beobachtung, Dokumentation, Analyse und Beratung in Sachen relevanter Regulierungsvorhaben auf EU-Ebene im Bereich Wirtschaftspolitik, Binnenmarkt, Daten- und Plattformökonomie, Arbeitsmarkt, Statistik, Forschung, Innovation und Technologie.

Unterstützung bzw. Durchführung von Analyseprojekten anderer Fachdienststellen, um mittels mathematischer Modellierung konkrete Handlungsmöglichkeiten und Entscheidungsgrundlagen zu entwickeln.

Entwicklung und Durchführung automationsunterstützter Datenerhebung im Internet mittels interner und externer Infrastruktur unter Berücksichtigung der IKT-Governance.

Wahrnehmung der Agenden der Gemeinde- und Landesstatistik Wien.

Datenerhebung, insbesondere die

- Durchführung von oder Mitwirkung an statistischen Erhebungen nach dem Wiener Statistikgesetz sowie für statistische Zwecke erforderlichen Abfragen aus öffentlichen Registern,
- Durchführung der nach dem Bundesstatistikgesetz vorzunehmenden statistischen Erhebungen (z.B. Verbraucherpreiserhebung, Tourismusserhebung),
- Durchführung und Koordination von angeordneten Zählungen und Stichprobenerhebungen (z.B. Koordination von Registerzählungen).

Datenverwaltung und statistische Beratung, insbesondere die

- Systematische Verwaltung der offiziellen Statistik mit Fokus auf demographische und sozioökonomische Daten,
- Evaluierung von Daten und Kennziffern in Übereinstimmung mit internationalen Grundsätzen, Leitlinien und Normen und Festlegung der statistischen Methoden und Verfahren im Einvernehmen mit den durchführenden bzw. beauftragenden Dienststellen,
- Koordination und Mitwirkung beim Aufbau und Betrieb eines Datenmanagements mit anderen Dienststellen,
- Systematische Prüfung aller Statistiken hinsichtlich Verbesserung und Ausbau der Nutzung von Statistik- und Verwaltungsdaten,
- Systematische Prüfung bestehender und neu entstehender Verwaltungsdaten auf ihre Eignung für eine Nutzung für statistische Zwecke,
- Statistische Beratung der städtischen Dienststellen hinsichtlich statistischer Fragestellungen, Auswertungen und Veröffentlichungen sowie Befassung mit statistischen Bearbeitungen anderer Dienststellen, die in Abstimmung mit sonstigen Gebietskörperschaften oder unter Berücksichtigung von nationalen oder internationalen Vorgaben erfolgen (Registerzählungen mit Datenüberleitungen an andere Gebietskörperschaften),
- Führung einer Bibliothek mit Schwerpunkt Statistik.

Datenanalyse, insbesondere die

- Systematische regelmäßige Analyse (kleinräumiger) demographischer und sozioökonomischer Entwicklungen,
- Erstellung von kleinräumigen Bevölkerungsprognosen und ggf. Koordination und Mitarbeit bei der Erstellung von Sekundärprognosen (z.B. Erwerbsprognosen) sowie von sozialräumlichen Analysen auf Basis demographischer und sozioökonomischer Daten zur Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen für Maßnahmen im Wirkungsbereich der Gemeinde bzw. des Landes Wien.

Datenbereitstellung und -kommunikation, insbesondere die

- Auswertung und Bereitstellung von räumlich aggregierten demographischen und sozioökonomischen Daten aus statistischen Verwaltungs- und Registerdatenbeständen für andere Dienststellen,
- Auskunftserteilung und Datenbereitstellung in statistischen Angelegenheiten an Behörden, Wirtschaft, Medien und die breite Öffentlichkeit und für wissenschaftliche Zwecke,
- Aufbau und Betrieb eines öffentlich zugänglichen Online-Statistikportals,

Aufbereitung und Bereitstellung relevanter und hochwertiger Daten und ggf. Publikationen als Open-Government-Data (OGD), Weiterentwicklung, Betrieb und Zurverfügungstellung von Datenkommunikationsapplikationen (z.B. ViennaViz etc.), Erstellung und Herausgabe statistischer Veröffentlichungen (z.B. Statistikportal, Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien, Wien in Zahlen, Leistungsbericht der Stadt Wien, Sonderveröffentlichungen und andere etc.).

Magistratsabteilung 27 Europäische Angelegenheiten

Angelegenheiten der europäischen Integration, Beobachtung und Analyse von Wien-relevanten Entwicklungen auf Ebene der Europäischen Union.

Führen des Verbindungsbüros der Stadt Wien zur EU (Wien-Haus) in Brüssel.

Koordination der Angelegenheiten der EU mit dem Ziel der Ausarbeitung von Positionen des Landes Wien bei Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprüfungen, Konsultationen sowie sonstigen Stellungnahmen im Rahmen der EU-Rechtsetzung.

Koordination der Auslandsaktivitäten der Stadt Wien und nahestehender Einrichtungen innerhalb der Geschäftsgruppe „Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales“; Maßnahmen der Imagewerbung im Ausland.

Planung und Organisation der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe der Stadt Wien im Ausland unbeschadet der Genehmigung durch die zuständigen Gemeindeorgane.

Angelegenheiten europäischer Netzwerke (z.B. EUROCITIES, RGRE, Regleg, etc.) und des Ausschusses der Regionen im Einvernehmen mit anderen Fachabteilungen und Organisationseinheiten der Stadt Wien. Angelegenheiten des Europarates.

Allgemeine und grundsätzliche Angelegenheiten der Daseinsvorsorge. Initiierung und Mitwirkung an der Ausarbeitung von strategischen Konzepten zur Wahrung der Interessen Wiens im Bereich der Daseinsvorsorge sowie Vorbereitung und Herbeiführung der politischen Willensbildung auch auf europäischer Ebene.

Strategische Fragen des europäischen Beihilfe- und Wettbewerbsrechts. Wahrnehmung der Interessen Wiens durch Einsatz der maßgeblichen EU-Förderungen für innerstädtische, grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Kooperationen sowie Koordination der für Wien relevanten Fördermaßnahmen.

Wahrnehmung der Aufgaben der von der EU für die Abwicklung von Strukturfondsförderprogrammen vorgesehenen Verwaltungseinrichtungen unter besonderer Berücksichtigung der Regelungen der jeweils geltenden Strukturfondsverordnungen und der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über die Regelungen zur Durchführung der EU-Regionalprogramme.

Prüfung der Strukturfondsfördermaßnahmen der EU auf ihre Nutzenanwendung für die Stadt Wien sowie der Förderbarkeit von Projekten der Stadt Wien nach den Regelungen der EU; Überwachung und Kontrolle der ordnungsgemäßen Abwicklung der geförderten Maßnahmen, inklusive der Umsetzung der Publizitätsvorschriften der EU sowie Führung der Evidenz aller EU-geförderten Projekte.

Wahrnehmung der Aufgaben der Strukturfondsförderungen der EU für Wien, insbesondere

- Mitwirkung bei der Erarbeitung von Grundsatz- und Entwicklungskonzepten in Zusammenarbeit mit den relevanten Institutionen und Fachabteilungen,

Vertretung der Stadt Wien in nationalen und internationalen Gremien sowie die Einrichtung und Leitung derartiger Gremien und die Mitwirkung bei der Begutachtung einschlägiger legislativer Maßnahmen. Angelegenheiten der Teilnahme an einem Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit. Führung der „Ausschreibenden Behörde“ im Sinn des EU-Rechts und Vergabe öffentlicher Aufträge zur kommunalen Daseinsvorsorge in Abstimmung mit den jeweils zuständigen Fachabteilungen.

Magistratsabteilung 53 Kommunikation und Medien

Direktinformation der Bevölkerung.
Kontakt und Vermittlung des Kontaktes mit Medien sowie Betreuung von MedienvertreterInnen.
Koordination, Planung und Durchführung von Werbe- und PR-Maßnahmen sowie Einschaltungen für Personalsuche und verpflichtende Ausschreibungen.
Angelegenheiten des Medientransparenzgesetzes.
Herausgabe und Entwicklung von Publikations- und Medienkanälen. Herausgabe des „Amtsblattes der Stadt Wien“, der „Rathauskorrespondenz“, von „www.wien.at“ und von Periodika.
Koordination, Weiterentwicklung, Produktion und Umsetzung des Digital-Angebotes der Stadt Wien in inhaltlich-konzeptiver und redaktioneller Hinsicht.
Herstellung, Vertrieb und Ankauf von Druckwerken für die Öffentlichkeit.
Herausgabe von Medienprodukten auf dem Gebiet des Selbstschutzes und der Haushaltsbevorratung sowie Veranlassung der Information der Bevölkerung in Krisen- und Katastrophenfällen.
Koordination der Medienarbeit zwischen Einsatzorganisationen und Medien nach dem Wiener Katastrophenhilfe- und Krisenmanagementgesetz.
Konzeption, Koordination und Entwicklung von Maßnahmen die Marke der Stadt Wien betreffend (Corporate Identity, Corporate Design, Corporate Wording, Domain Policy) sowie Genehmigung von Logos.
Entwicklung von Kommunikationsstrategien und Medienformaten.
Mitwirkung an der internen Kommunikation im Magistrat der Stadt Wien.
Koordination der Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Wien unter Berücksichtigung der Kommunikationsstrategie.
Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit und Imagewerbung im In- und Ausland.
Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit im Auftrag der Bezirke im Rahmen der Dezentralisierung.
Mitwirkung an der Erstellung von Schulungskonzepten in Angelegenheiten der Öffentlichkeitsarbeit.
Vorbereitung von Bürgerversammlungen.
Beratung, Vergabe und Durchführung von Umfragen auf dem Gebiet des Presse- und Informationswesens, der Öffentlichkeitsarbeit und der Imagewerbung.
Übersetzungs- und Dolmetschleistungen.
Durchführung von Rundfahrten zur Information der Wiener Bevölkerung und der Besucherinnen und Besucher Wiens.
Betreuung des Wiener Rechtsinformationssystems.

Magistratsabteilung 63 Gewerberecht, Datenschutz und Personenstand

Allgemeine und grundsätzliche Rechtsangelegenheiten auf den Gebieten des Gewerberechtes, des Maschinen-Inverkehrbringungs- und NotifizierungsG, des Lebensmittelrechts, des Produktsicherheitsgesetzes und des Preisrechtes (Abschöpfung von Mehrerlösen bei Brotgetreide und Mahlprodukten, Preisangelegenheiten der Lebensmittel).
Rechtsangelegenheiten im Zusammenhang mit dem Wiener Vergaberechtsschutzgesetz sowie dem Bundesvergabegesetz, soweit nicht die Magistratsdirektorin bzw. der Magistratsdirektor dafür zuständig ist.
Mitwirkung bei der Rechtsberatung in Vergabeangelegenheiten.
Wahrnehmung der Aufgaben des Einheitlichen Ansprechpartners und der Verbindungsstelle nach dem Dienstleistungsgesetz und dem Wiener Dienstleistungsgesetz.
Angelegenheiten, zu deren Besorgung nach den in der Folge aufgezählten Gesetzen und den dazu ergangenen Verordnungen die Landeshauptfrau bzw. der Landeshauptmann zuständig ist, einschließlich des mit diesen Rechtsnormen in unmittelbarem Zusammenhang stehenden Rechtes der Europäischen Union, soweit diese Geschäfte nicht anderen städtischen Dienststellen zugewiesen sind:
ArbeitnehmerInnenschutzgesetz,
Arbeitsruhegesetz,
Arbeitszeitgesetz,
Bäckereiarbeiter/innengesetz 1996,
Berufsausbildungsgesetz,
Börsegesetz 1989,
Bundesgesetz über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen, Gelegenheitsverkehrs-Gesetz 1996, ausgenommen die der Magistratsabteilung 65 übertragenen Aufgaben,
Gewerbeordnung 1994,
Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz sowie einschlägige EU-Verordnungen, soweit nicht die MA 59 oder die MA 60 zuständig sind,
Marktordnungsgesetz 1985,
Maß- und Eichgesetz,
Mutterschutzgesetz 1979,
Öffnungszeitengesetz 2003,
Preisgesetz 1992,
Rohrleitungsgesetz hinsichtlich des Konzessionsverfahrens,
Sicherheitsfilmgesetz,
Sonn- und Feiertags-Betriebszeitengesetz,
Vermarktungsnormengesetz.
Wahrnehmung der Aufgaben der Gewerbebehörde nach dem Arbeitskräfteüberlassungsgesetz und dem Arbeitsmarktförderungsgesetz.
Durchführung von Verfahren nach dem Güterbeförderungsgesetz 1995, ausgenommen die der Magistratsabteilung 65 übertragenen Aufgaben und ausgenommen Verwaltungsstrafverfahren.
Durchführung von Verfahren nach dem Gelegenheitsverkehrs-Gesetz 1996 betreffend das Stadtrundfahrten-Gewerbe und das Mietwagengewerbe mit Omnibussen, soweit die Bezirksverwaltungsbehörde zur Vollziehung zuständig ist, ausgenommen Verwaltungsstrafverfahren.
Durchführung der Verfahren nach der Gewerbeordnung, ausgenommen Verwaltungsstrafverfahren, für die Gewerbe
Baumeister,
Brunnenmeister,
Elektrotechnik,
Pyrotechnikunternehmen,
Rauchfangkehrer,
Sicherheitsgewerbe (Berufsdetektive, Bewachungsgewerbe),

Sprengungsunternehmen,
Waffengewerbe (Büchsenmacher) einschließlich des Waffenhandels,
Holzbau-Meister,
Pfandleiher und
Versteigerung beweglicher und unbeweglicher Sachen.
Erteilung von Nachsichten vom Gewerbeausschluss; Durchführung der Verfahren zur Feststellung des individuellen Befähigungsnachweises, zur Anerkennung und Gleichhaltung, der Ausübung eines Gewerbes in der Form eines Industriebetriebes sowie über die Anwendbarkeit der gewerbe-rechtlichen Vorschriften und den aufrechten Bestand von Gewerbe-berechtigungen; Ausstellung von EWR-Bescheinigungen nach der Berufs-anerkennungsrichtlinie.
Wahrnehmung der gewerbebehördlichen Aufgaben hinsichtlich der in den Anlagen 3 und 5 der Gewerbeordnung angeführten Betriebsanlagen; Angelegenheiten des Strahlenschutzes hinsichtlich dieser Betriebs-anlagen.
Durchführung von Verfahren hinsichtlich Fahrerbescheinigungen im grenzüberschreitenden Güterverkehr, ausgenommen Kontrollen und Verwaltungsstrafverfahren.
Wahrnehmung der der Landeshauptfrau bzw. dem Landeshauptmann zukommenden Angelegenheiten der Grundqualifikation nach dem Güterbeförderungsgesetz 1995, dem Gelegenheitsverkehrs-Gesetz 1996 und dem Kraftfahrliniengesetz.
Ausstellung von Fahrerqualifizierungsnachweisen nach dem Gelegenheitsverkehrs-Gesetz 1996 und dem Kraftfahrliniengesetz.
Abhaltung der Befähigungsprüfungen nach der Berufszugangsver-ordnung Kraftfahrlinien- und Gelegenheitsverkehr und der Berufs-zugangs-Verordnung Güterkraftverkehr.
Koordination allgemeiner Rechtsangelegenheiten des Weingesetzes und des Musterschutzgesetzes 1990.
Festsetzung von Gebühren auf dem Gebiet der Schlachttier- und Fleisch-untersuchung.
Führung der GISA Servicestelle.
Überprüfung und Bearbeitung der im Verwaltungsstrafregister aufschei-nenden Vormerkungen und Erteilung von Auskünften aus diesem.
Bundes-Berichtspflichtgesetz, soweit sich seine Anwendung auf gewerb-liche Betriebsanlagen bezieht.
Führung der Bürogeschäfte der bzw. des Datenschutzbeauftragten.
Koordination der nach den datenschutzrechtlichen Vorschriften wahrzu-nehmenden Aufgaben der verantwortlichen Stellen, insbesondere betreffend die Verfügung über die Daten, die Prüfung der Zulässigkeit der Datenverarbeitung, die Dokumentation der Verarbeitungstätigkeiten und die Auskunftorganisation, soweit keine andere Dienststelle zustän-dig ist; Fachaufsicht auf dem Gebiet des Datenschutzes.
Vertretung der Stadt Wien in Angelegenheiten des Datenschutzes, ins-besondere vor der Datenschutzbehörde.
Handhabung der datenschutzrechtlichen Vorschriften, soweit es sich nicht um Maßnahmen handelt, die durch Erlass der Magistratsdirektorin bzw. des Magistratsdirektors der jeweiligen Dienststelle zugewiesen sind und mit Ausnahme der Verwaltungsstrafverfahren.
Handhabung des Personenstands-, Ehe-, Eingetragene Partnerschaft-, Namens- und Matrikenrechtes.
Führung der Personenstandsbehörde (Standesamt Wien) einschließlich der Wahrnehmung der Aufgaben der Aufsichtsbehörde.
Berichtungsverfahren von zivilen Altmatriken.
Beglaubigung von Unterschriften und Amtssiegeln auf personenstands-rechtlichen Dokumenten, ausgenommen Altmatriken.
Mitwirkung bei der Ausstellung von Staatsbürgerschaftsnachweisen.

Durchführung von Änderungen im Melderegister im Zusammenhang mit Angelegenheiten des Staatsbürgerschafts- und Personenstandsrechtes sowie des Namensänderungsgesetzes.
Rechtliche Angelegenheiten des E-Government, insbesondere der elek-tronischen Verfahrensführung.
Prüfung der Zulässigkeit und Koordination der Zugriffe von Dienststellen auf Daten externer Stellen sowie der Zugriffe externer Stellen auf Daten des Magistrats aus datenschutzrechtlicher Sicht.
Wahrnehmung der Aufgaben nach der Portalverbundvereinbarung, soweit nicht die MA 01 zuständig ist und es sich nicht um Maßnahmen handelt, die durch Erlass der Magistratsdirektorin bzw. des Magistrats-direktors der jeweiligen Dienststelle zugewiesen sind.
Grundsätzliche rechtliche Angelegenheiten des Auskunfts- und Informa-tionsrechts, insbesondere des Wiener Auskunftspflichtgesetzes; grund-sätzliche rechtliche Angelegenheiten sowie Angelegenheiten des Rechts-schutzes nach dem Wiener Informationsweiterverwendungsgesetz.
Der vorige Absatz lautet mit Wirksamkeit 1. September 2025:
Grundsätzliche rechtliche Angelegenheiten des Auskunfts- und Infor-mationsrechts; grundsätzliche rechtliche Angelegenheiten sowie Ange-legenheiten des Rechtsschutzes nach dem Wiener Informationsweiter-verwendungsgesetz.
Führung eines Verzeichnisses über die Betrauung von Bediensteten mit verwaltungsstrafrechtlicher Verantwortlichkeit sowie die damit in Zusam-menhang stehende Koordination.

Magistratsabteilung 68 Feuerwehr und Katastrophenschutz

Hilfeleistung bei Bränden und anderen durch Elementarereignisse verur-sachten Notständen.
Hilfeleistung für Menschen und Tiere in Zwangslagen.
Wahrnehmung des Katastrophenhilfsdienstes in den Belangen Katastro-phenschutz, Katastrophenalarm und Katastropheneinsatz nach dem Wiener Katastrophenhilfe- und Krisenmanagementgesetz.
Regelmäßige Prüfung des einsatzbereiten Zustandes von Einrichtungen nach dem Wiener Katastrophenhilfe- und Krisenmanagementgesetz im Einvernehmen mit der Magistratsdirektorin bzw. dem Magistratsdirektor;
Durchführung von Einsatzübungen sowie von Sofortmaßnahmen nach dem Wiener Katastrophenhilfe- und Krisenmanagementgesetz.
Wahrnehmung der Aufgaben der Behörde sowie der Sachverständigen-aufgaben hinsichtlich Notfallplänen nach dem Wiener Katastrophen-hilfe- und Krisenmanagementgesetz.
Information der Wiener Bevölkerung über Selbst- und Zivilschutzmaß-nahmen und Vernetzung der an der Prävention beteiligten Personen und Einrichtungen in der Stadt Wien.
Sofortmaßnahmen (technische Hilfe) bei der Beseitigung von Verkehrs-beeinträchtigungen; Durchführung von behördlichen Verfahren, die mit solchen Sofortmaßnahmen im Zusammenhang stehen; Sofortmaß-nahmen bei Bau- und anderen technischen Gebrechen sowie bei Strahlen-unfällen (öffentlicher Notstand).
Bergung von Leichen, soweit hiezu besondere technische Maßnahmen erforderlich sind.
Hilfeleistung auf Anforderung von Behörden oder anderen öffentlichen Dienststellen, soweit hiezu besondere technische Maßnahmen oder Sofortmaßnahmen erforderlich sind und soweit hiefür nicht andere Stellen zuständig sind.
Brandsicherheitswachdienst nach dem Wiener Veranstaltungsstätten-gesetz oder sonstigen gesetzlichen Bestimmungen.
Feststellung des Heizverbotes und Entgegennahme der Anzeige über die Bestellung von fachkundigen Rauchfangkehrerinnen und Rauchfang-

kehrern sowie Erteilung von Aufträgen an Rauchfangkehrerinnen und Rauchfangkehrer zur Durchführung von Arbeiten im Sinne des Wiener Feuerpolizeigesetzes 2015.

Handhabung der Kehrverordnung mit Ausnahme der Straftatshandlungen.

Ausbildung und Prüfung von Angehörigen der Wiener Feuerwehren sowie von Volontärinnen und Volontären; Ausbildung von Haus- und Betriebsfeuerwehren und von Brandschutzbeauftragten im Rahmen des Wiener Landesfeuerwehrverbandes.

Handhabung des Wiener Feuerwehrgesetzes und der gemäß diesem Gesetz ergangenen Verordnungen, ausgenommen die Straftatshandlungen, insbesondere entgeltliche Beistellungen von Personal und Sachmitteln.

Beistellung von Sachverständigen auf dem Gebiet des Brandschutzes in behördlichen Verfahren bei komplexen Projekten.

Begutachtung der Löschwasserversorgung nach brandschutztechnischen Gesichtspunkten; Mitwirkung bei der Aufstellung und Instandhaltung von Feuerhydranten.

Führen der historischen Dokumentation, des Feuerwehrmuseums, des Lichtbild- und Filmbestandes, der Fachbücherei und der Dokumentationsstelle.

Herstellung von Lichtbildern von Feuerwehrereinsätzen.

Herstellung und Instandhaltung der Ausrückepläne der Feuerwehr.

Verwaltung und Wahrnehmung der Funktion als Bauherrin für alle Objekte und Anlagen für den eigenen Bedarf.

Betriebsführung, Verwaltung und Erhaltung der fernmeldetechnischen Anlagen und des Fernmeldekabelnetzes für den eigenen Dienstbetrieb.

Ausstellung der Notpässe nach § 4a Passgesetz 1992 außerhalb der Öffnungszeiten der Magistratsabteilung 62.

Entgegennahme von Fundgegenständen außerhalb der Öffnungszeiten der Magistratischen Bezirksämter.

Handhabung der Eichenprozessionsspinner-Verordnung, soweit keine andere Dienststelle zuständig ist.

Führung der Rathauswache und der Feuerwache AKH.

Führung der Werkstättendienste.

Vertretung der Stadt Wien im fernmeldebehördlichen Genehmigungsverfahren für den eigenen Wirkungsbereich der MA 68.

Dienstaufsicht über das zugewiesene Personal, soweit es nicht der Dienstaufsicht der Magistratsdirektorin bzw. des Magistratsdirektors untersteht.

Erstattung von Vorschlägen und Vorbereitung der Aufnahme von Bediensteten in das öffentlich-rechtliche oder privatrechtliche Dienstverhältnis, soweit die betreffende Bedienstetengruppe der Dienstaufsicht der Magistratsabteilung 68 unterliegt.

Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke

Smart City, Regional- und Stadtentwicklungsplanung, Stadtplanung, städtebauliche und architektonische Gestaltung, Stadt- und Ortsbildpflege, Flächenwidmungs- und Bebauungsplanung, Fragen der Trans-europäischen Verkehrsnetze, generelle Verkehrsplanung, Verkehrskoordination, Parkraumüberwachung, rechtliche Verkehrsangelegenheiten; Stadtvermessung, Stadtforschung, Straßenverwaltung und Straßenbau, Brückenbau, öffentliche Beleuchtung; Hochwasserschutz, Wasserbau, Altlasten, Gewässer und Gewässerbegleitflächen, Gewässer-

schutz; Wahrnehmung der Rechte der Eigentümerin Stadt Wien bei der Wiener Stadtwerke GmbH; Belange der Wiener Stadtwerke, insbesondere der Energiepolitik (Strom-, Gas- und Fernwärmeversorgung) und des öffentlichen Personennahverkehrs (Bau und Betrieb des öffentlichen Verkehrsnetzes) einschließlich der Vernetzung neuer umweltfreundlicher und innovativer Mobilitätsformen, strategische Energieangelegenheiten wie grundsätzliche Fragen der Energiepolitik im Zusammenhang mit den Wiener Stadtwerken.

Zugehörige Magistratsabteilungen:

Magistratsabteilung 18	Stadtentwicklung und Stadtplanung
Magistratsabteilung 19	Architektur und Stadtgestaltung
Magistratsabteilung 21 A	Stadtteilplanung und Flächenwidmung Innen-Südwest
Magistratsabteilung 21 B	Stadtteilplanung und Flächenwidmung Nordost
Magistratsabteilung 28	Straßenverwaltung und Straßenbau
Magistratsabteilung 29	Brückenbau und Grundbau
Magistratsabteilung 33	Wien leuchtet
Magistratsabteilung 41	Stadtvermessung und Geoinformation
Magistratsabteilung 45	Wiener Gewässer
Magistratsabteilung 46	Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten
Magistratsabteilung 65	Rechtliche Verkehrsangelegenheiten
Magistratsabteilung 67	Parkraumüberwachung

Magistratsabteilung 18 Stadtentwicklung und Stadtplanung

Systematische Erfassung, Analyse und Zusammenführung aller für die Stadtentwicklung maßgeblichen Faktoren unter besonderer Beachtung der regionalen Zusammenhänge.

Ständige Beobachtung fachspezifischer (internationaler) Tendenzen hinsichtlich Ziele der Stadtentwicklung und -planung.

Grundlagenforschung, Stadtforschung, Erstellung von Planungsgrundlagen, auch im Rahmen von Kooperationen der Europäischen Union und sonstigen internationalen Zusammenarbeiten.

Ausarbeitung von grundsätzlichen und übergeordneten Stadtplanungszielen und von Strategien zu deren Umsetzung einschließlich ihrer Erfolgskontrolle.

Fortschreibung des Stadtentwicklungsplanes und des Mobilitätskonzeptes als aktualisierte Darstellung des Planungs- und Wissensstandes und als Entscheidungsgrundlage in allen wichtigen Fragen der Stadtplanung sowie Beobachtung ihrer Umsetzung.

Fortschreibung der Smart City Wien Rahmenstrategie und Beobachtung ihrer Umsetzung.

Generelle stadträumliche Fachplanungen für Wohnstätten, Arbeitsstätten, Landschaft und Freiraum, weiters für Belange der Freizeit, der Erholung und des Verkehrs sowie Mitwirkung an Fachplanungen zu Wirtschaft, Bildung, Kultur und Gesundheit sowie für soziale, kommerzielle und technische Infrastruktur unter besonderer Bedachtnahme auf das ökologische Wirkungsgefüge, insbesondere in Zusammenarbeit mit den Magistratsabteilungen 19, 21 A und 21 B.

Beurteilung von Planungen auf ihre Verträglichkeit mit den grundsätzlichen und übergeordneten Planungszielen bzw. ihre Übereinstimmung mit den generellen räumlichen Fachplanungen.

Erstellung von Grundsätzen für die Gestaltung und Anwendung planungsbezogener Gesetze und Verordnungen des Landes Wien im Zusammenwirken mit den zuständigen Dienststellen.

Allgemeine und übergeordnete Angelegenheiten der Mobilitätsplanung und der Hauptverkehrsnetze sowie Koordination der einschlägigen Fachplanungen.
 Allgemeine und übergeordnete Standortplanungen sowie Besorgung von Sonder- und Koordinationsaufgaben.
 Allgemeine und übergeordnete Standortplanungen sowie Besorgung von Sonderaufgaben der Stadtentwicklung und Stadtplanung.
 Festlegung der Grundsätze und Koordinierung der planungsbezogenen Öffentlichkeitsarbeit für die mit Planungsaufgaben befassten Dienststellen.
 Geschäftsstelle der Stadtentwicklungskommission.
 Vertretung des Landes Wien in der Planungsgemeinschaft Ost.
 Ausarbeitung von Stellungnahmen der Stadt Wien zu Abänderungen der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne in den Gemeinden des Wiener Umlandes gemäß dem Niederösterreichischen Raumordnungsgesetz.
 Verkehr mit den Trägerinnen und Trägern der Planungshoheit von Körperschaften und Vertretung der Interessen der Stadtplanung bei sonstigen Institutionen.
 Führung des zentralen Wissensmanagements der Stadtplanung; Foto-dokumentation.

Magistratsabteilung 19 Architektur und Stadtgestaltung

Erstellung von Gestaltungskonzepten und -entwürfen zu Stadtteilplanungen und zu Bearbeitungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes.
 Erstellung von Entwürfen und Projekten für die Gestaltung öffentlicher Räume und einzelner Objekte.
 Erstellung von Konzepten für die Stadtgestaltung und die Ortsbilderhaltung.
 Beratung und Begutachtung im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens.
 Ausstellen von Bestätigungen gemäß § 62a Abs. 5a der Bauordnung für Wien.
 Erstellung von Entwurfs- und Ausführungsplänen für Neu-, Zu- und Umbauten städtischer Hochbauten (ausgenommen städtischer Wohnhausbauten) im Einvernehmen mit den jeweils zuständigen Dienststellen.
 Durchführung von und Mitwirkung bei Wettbewerben in architektonischen und städtebaulichen Gestaltungsangelegenheiten und bei GutachterInnenverfahren.
 Prüfung der Preisangemessenheit von Angeboten der mit Planungsarbeiten zu beauftragenden Architektinnen und Architekten sowie Zivilingenieurinnen und Zivilingenieure.
 Wahrnehmung der Parteistellung und der Anhörungsrechte der Landeshauptfrau bzw. des Landeshauptmannes, der Gemeinde und der Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters nach dem Denkmalschutzgesetz betreffend Gebäude, Straßenbauten inklusive Nebenanlagen sowie Garten- und Parkanlagen.

Magistratsabteilung 21 A Stadtteilplanung und Flächenwidmung Innen-Südwest

Bezirks- und Stadtteilplanungen sowie Planungen für lokal begrenzte Gebiete der Bezirke 1, 3 bis 19 und 23 unter Bedachtnahme auf die übergeordneten Planungsgrundlagen und Planungsziele, die maßgeblichen Ergebnisse von generellen stadträumlichen Fachplanungen, öffentliche Interessen und wichtige Rücksichten sowie in Abstimmung mit der Magistratsabteilung 21 B.
 Führung der Bestands- und Nutzungsevidenz und Erfassung entwicklungsrelevanter Faktoren sowie bezirksspezifischer Anforderungen.

Fachliche Unterstützung für von den Bezirken wahrzunehmende Planungsaufgaben.
 Ausarbeitung von Vorschlägen zur Änderung oder Neufassung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes einschließlich der allfälligen Prüfung der Raumverträglichkeit bzw. der Umweltauswirkungen.
 Einleitung und Durchführung des Verfahrens zur Änderung oder Neufassung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes nach der Bauordnung für Wien unter Bedachtnahme auf die Stellungnahmen der zuständigen Dienststellen sowie der beteiligten Interessenvertretungen und Institutionen.
 Erstellung von Gutachten über Ausnahmen von Bausperren gemäß § 8 der Bauordnung für Wien sowie Einholung der Stellungnahme des zuständigen Gemeinderatsausschusses.
 Einleitung und Durchführung des Verfahrens zur Verhängung einer zeitlich begrenzten Bausperre gemäß § 8 Abs. 2 der Bauordnung für Wien.
 Vorbereitung der Antragstellung auf Festsetzung von Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgebieten.
 Mitwirkung bei Angelegenheiten der Stadterneuerung.
 Städtebauliche Begutachtung von Bauprojekten, insbesondere bei Abweichungen der Projekte von den Bestimmungen des Bebauungsplans.
 Planungsbezogene Öffentlichkeitsarbeit unter Beachtung der von der Magistratsabteilung 18 festgelegten Grundsätze sowie Organisation und Durchführung der BürgerInnenbeteiligung in Planungsangelegenheiten, soweit nicht die Magistratsabteilung 53 dafür zuständig ist; Betrieb der Planungswerkstatt.
 Vorbereitung und Durchführung von städtebaulichen Planungsverfahren im Einvernehmen mit den befassten Dienststellen.
 Aufbereitung von technischen und arbeitsmethodischen Grundlagen sowie Führung und (Weiter-)Entwicklung von EDV-gestützten Systemen zur Wahrnehmung der Aufgabenbereiche der Stadtteil- sowie Flächenwidmungs- und Bebauungsplanung in Abstimmung mit den mit Stadtplanung befassten Stellen, insbesondere mit der Magistratsabteilung 21 B.
 Entwicklung und Anwendung von Prozessen zur Beteiligung der Bevölkerung bei der Planung und Umsetzung städtebaulicher Entwicklungen im Rahmen des Aufgabenbereiches der Magistratsabteilung 21 A.
 Führung der Servicestelle Stadtentwicklung.
 Erteilung von allgemeinen und speziellen Auskünften über die Stadtplanung und den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan.
 Wartung digitaler Systeme zur Information über die Stadtplanung und den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan.
 Kundmachung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes sowie Evidenthaltung und Aufbewahrung der Plandokumente.
 Laufende Evaluierung des planungsrechtlichen Instrumentariums.
 Technische Koordination des von der Magistratsabteilung 7 geführten Verfahrens zur Benennung von Verkehrsflächen.
 Führung und Weiterentwicklung des Räumlichen Bezugssystems Wien (RBW) als Referenznetz für alle Maßnahmen im Straßenraum im Rahmen des österreichweiten GIP-Verbundes (Graphenintegrationsplattform):
 Führung des Straßenregisters als amtliches Verkehrsbezugssystem, des Gebietsregisters sowie des räumlichen Namensregisters;
 Mitwirkung an der fachlich-inhaltlichen Weiterentwicklung der GIP.

Magistratsabteilung 21 B Stadtteilplanung und Flächenwidmung Nordost

Bezirks- und Stadtteilplanungen sowie Planungen für lokal begrenzte Gebiete der Bezirke 2 und 20 bis 22 unter Bedachtnahme auf die übergeordneten Planungsgrundlagen und Planungsziele, die maßgeblichen

Ergebnisse von generellen stadträumlichen Fachplanungen, öffentliche Interessen und wichtige Rücksichten sowie in Abstimmung mit der Magistratsabteilung 21 A.

Führung der Bestands- und Nutzungsevidenz und Erfassung entwicklungsrelevanter Faktoren sowie bezirksspezifischer Anforderungen.

Fachliche Unterstützung für von den Bezirken wahrzunehmende Planungsaufgaben.

Ausarbeitung von Vorschlägen zur Änderung oder Neufassung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes einschließlich der allfälligen Prüfung der Raumverträglichkeit bzw. der Umweltauswirkungen.

Einleitung und Durchführung des Verfahrens zur Änderung oder Neufassung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes nach der Bauordnung für Wien unter Bedachtnahme auf die Stellungnahmen der zuständigen Dienststellen sowie der beteiligten Interessenvertretungen und Institutionen.

Erstellung von Gutachten über Ausnahmen von Bausperren gemäß § 8 der Bauordnung für Wien sowie Einholung der Stellungnahme des zuständigen Gemeinderatsausschusses.

Führung der Geschäftsstelle des Fachbeirates für Stadtplanung, Stadtgestaltung und Welterbe.

Einleitung und Durchführung des Verfahrens zur Verhängung einer zeitlich begrenzten Bausperre gemäß § 8 Abs. 2 der Bauordnung für Wien.

Vorbereitung der Antragstellung auf Festsetzung von Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgebieten.

Mitwirkung bei Angelegenheiten der Stadterneuerung.

Städtebauliche Begutachtung von Bauprojekten, insbesondere bei Abweichungen der Projekte von den Bestimmungen des Bebauungsplans.

Planungsbezogene Öffentlichkeitsarbeit unter Beachtung der von der Magistratsabteilung 18 festgelegten Grundsätze sowie Organisation und Durchführung der BürgerInnenbeteiligung in Planungsangelegenheiten, soweit nicht die Magistratsabteilung 53 dafür zuständig ist.

Vorbereitung und Durchführung von städtebaulichen Planungsverfahren im Einvernehmen mit den betroffenen Dienststellen.

Entwicklung und Anwendung von Prozessen zur Beteiligung der Bevölkerung bei der Planung und Umsetzung städtebaulicher Entwicklungen im Rahmen des Aufgabenbereiches der Magistratsabteilung 21 B.

Erteilung von allgemeinen und speziellen Auskünften über die Stadtplanung und den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan.

Dienstleistungen für die städtischen Dienststellen in den Bereichen Vervielfältigung und Buchbinderei, insbesondere die Herstellung von Foldern, Broschüren, Visitenkarten und sonstigen Druckwerken.

Magistratsabteilung 28 Straßenverwaltung und Straßenbau

Verwaltung aller straßenmäßig ausgebauten öffentlichen Verkehrsflächen, soweit keine andere Dienststelle zuständig ist.

Verwaltung der als Straßengrund ins öffentliche Gut abgetretenen Grundflächen und bauliche Erhaltung derselben, sofern das Nutzungsrecht nicht gemäß § 17 Bauordnung für Wien der Anrainerin bzw. dem Anrainer zusteht und keine andere Dienststelle zuständig ist.

Bauliche Erhaltung des Straßenkörpers auf straßenmäßig ausgebauten öffentlichen Verkehrsflächen, soweit für diesen oder darin bzw. darauf befindliche Baulichkeiten keine andere Dienststelle zuständig ist.

Federführende Dienststelle für Straßenplanungen und Straßenbauarbeiten auf öffentlichen Verkehrsflächen, soweit keine andere Dienststelle zuständig ist.

Durchführung aller definitiven Oberflächeninstandsetzungen nach Aufgrabungen, Bohrungen und Minierungen auf Flächen in Erhaltung der MA 28 und auf nicht öffentlichem Grund bei diesbezüglicher vertraglicher Vereinbarung unter Verrechnung der Kosten an die Verursacherin bzw. den Verursacher.

Errichtung, Erhaltung und EDV-mäßige Erfassung von nichtelektrifizierten Straßenverkehrszeichen und Verkehrsleiteinrichtungen (z.B. Bodenmarkierungen) im Sinne der Straßenverkehrsordnung 1960, Tafeln zur Bezeichnung von Verkehrsflächen sowie Abstellanlagen für Fahrräder und ähnliche Fortbewegungsmittel auf Flächen in Erhaltung der MA 28.

Verwaltung und Erhaltung der für die Straßenerhaltung notwendigen Lagerplätze und Stützpunkte, soweit diese nicht anderen Dienststellen übertragen sind; Wahrnehmung der Funktion als Bauherrin für die darauf befindlichen Gebäude der MA 28.

Fachtechnische Beratung für Straßenbauvorhaben anderer Dienststellen sowie Ansprechstelle für Angelegenheiten des Autobahn- und Schnellstraßennetzes hinsichtlich der baulichen Anbindung an das Wiener Gemeindestraßennetz.

Vollziehung der einschlägigen Bestimmungen des Bundesstraßengesetzes 1971, der Straßenverkehrsordnung 1960, der Bauordnung für Wien und der Gehsteigverordnung bzw. Mitwirkung daran, soweit keine andere Dienststelle zuständig ist.

Bauliche Koordination von Straßenbauarbeiten, Aufgrabungen, Bohrungen und Minierungen auf öffentlichen Verkehrsflächen, soweit keine andere Dienststelle zuständig ist.

Festlegung von Vorschriften und Bedingungen für Aufgrabungen und die Wiederherstellung der Straßenoberfläche; Erteilung und Evidenzhaltung von privatrechtlichen Zustimmungen für Aufgrabungen auf öffentlichen Verkehrsflächen, soweit keine andere Dienststelle zuständig ist.

Antragstellung nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000 auf der Grundlage eines Einreichprojektes für Straßenbauvorhaben, soweit keine andere Dienststelle zuständig ist.

Mitwirkung an generellen Planungen anderer Dienststellen bzw. Unternehmungen, sofern diese im Zusammenhang mit straßenbaulichen Maßnahmen stehen.

Erwerb von bebauten und unbebauten Liegenschaften durch Kauf oder sonstige Rechtsgeschäfte sowie Erwerb von Dienstbarkeitsrechten für die Herstellung und den Bestand von Gemeindestraßen, einschließlich der kompletten Abwicklung und grundbücherlichen Durchführung der hierfür erforderlichen Transaktionen.

Antragstellung auf Enteignung von bebauten und unbebauten Liegenschaften und dinglichen Rechten für Gemeindestraßen.

Freimachung von Liegenschaften zum Zweck des Straßenbaus nach Aufforderung des zuständigen Gremiums.

Budgetführende Dienststelle für Straßenzüge Hauptstraßen B.

Abschluss von Verträgen über Kostenteilungen von Maßnahmen im Straßenbereich mit anderen Kostenträgerinnen und Kostenträgern unter Mitwirkung der Magistratsdirektion und der MA 5 und anderer betroffener verwaltender Dienststellen.

Förderstelle betreffend Abstellanlagen für Fahrräder und ähnliche Fortbewegungsmittel sowie betreffend die Verwendung von Kunststoffbeschlägen bei im Fiaker- und Pferdemitwagen-Fahrdienst verwendeten Pferden.

Beistellung von Amtssachverständigen für den Straßenbau und in einschlägigen Verwaltungsverfahren (z.B. Grundabteilungsverfahren).

Führung der Straßenstatistik.

Wahrnehmung der Aufgaben als Dienstbehörde bzw. als Dienstgeberin gegenüber den der ASFINAG Service GmbH zugewiesenen Bediensteten der Gemeinde Wien.

Magistratsabteilung 29 Brückenbau und Grundbau

Technische Fachdienststelle für Ingenieurbauten des Tiefbaus (Brücken, Straßentunnel, Stiegenbauwerke, Stützbauwerke und Lärmschutzwände, sofern diese nicht in die Zuständigkeit einer anderen Fachdienststelle fallen) und Sonderkonstruktionen (z.B. Überkopfweiser) sowie Planung, Neu- und Umbau und Bauwerksmanagement (Instandhaltung, Instandsetzung, Wartung, Prüfung und Verwaltung) für diese Objekte. Führung der Bautechnischen Datenbank und Sammlung der Bestandsunterlagen.

Technische Fachdienststelle für Grundbau, Geotechnik und Geologie. Grundbautechnische und geologische Beratung in der Planungs-, Einreich- und Ausführungsphase für Hoch-, Tief- und Infrastrukturbauten, insbesondere für Tunnel und Stollenanlagen.

Grundbautechnische und geologische Beratung in geotechnischen Sachfragen und Schadensfällen.

Erstellung von grundbautechnischen und geologischen Gutachten und Stellungnahmen.

Durchführung von Baugrunduntersuchungen, einschließlich von Untersuchungen des Untergrundes in bodenphysikalischer und bodenchemischer Hinsicht, Errichtung von Brunnen und Grundwassermessstellen, Probebohrungen zur Erkundung von Altlastverdachtsflächen und Altstandorten, Zonierung von Flächen hinsichtlich ihrer kampfmitteltechnischen Belastung.

Führung eines Bodenprobenlagers.

Wahrnehmung der Aufgaben der Landesgeologie, wie die Erstellung und Auswertung von geologischen Grundlagen.

Führung des Baugrundkatasters; inhaltliche Betreuung der Datenbank, Durchführung und Bereitstellung von geologischen Auswertungen; Bereitstellung von Daten für den Magistrat und die Öffentlichkeit.

Beistellung von technischen Amtssachverständigen für Ingenieurbauten des Tiefbaus (Brücken, Straßentunnel, Stiegenbauwerke, Stützbauwerke usw.) und Sonderkonstruktionen sowie von grundbautechnischen und geologischen Amtssachverständigen.

Verwaltung der und Wahrnehmung der Funktion als Bauherrin für Lagerplätze und Depots, die für die Erfüllung der eigenen Aufgaben erforderlich sind, wie z.B. Außenstellen.

Eingeschränkte Zulassung von Kraftfahrzeugen und Anhängern sowie Bewilligung von Transporten mit Übermaßen und Übergewichten sowie Bewilligung zum Ziehen nicht zugelassener Fahrzeuge.

Magistratsabteilung 33 Wien leuchtet

Planung, Errichtung, Betriebsführung und Erhaltung der öffentlichen Beleuchtung, der öffentlichen Uhren sowie von Lichtinstallationsanlagen, wie der Anstrahlungsanlagen und Effektbeleuchtungen im öffentlichen Raum.

Planung, Errichtung und Erhaltung der öffentlichen WLAN-Access-Points im öffentlichen Raum in Abstimmung mit der MA 01.

Detailprojektierung, Errichtung, Betriebsführung und Erhaltung elektro- bzw. lichttechnischer Anlagen zur Regelung und Sicherung des Verkehrs, wie Verkehrslichtsignalanlagen, beleuchtete Verkehrszeichen und Wegweiser, innenbeleuchtete Verkehrslichtsäulen und sonstige Verkehrsleiteinrichtungen.

Planung, Errichtung, Betriebsführung und Erhaltung elektrotechnischer und maschineller Infrastrukturen von Tunnelanlagen und Überwachung der Tunnelanlagen zur Sicherstellung der Verkehrssicherheit.

Planung, Errichtung, Betriebsführung und Erhaltung von elektrotechnischen Einrichtungen (z.B. Sensoren, Aktoren, Ladeinfrastruktur ausge-

nommen für PKW und LKW, Beschattungsanlagen) von auf oder im Nahfeld befindlicher Infrastruktur von Wien leuchtet.

Koordination der Maßnahmen zur Umsetzung des in der Elektromobilitätsstrategie der Stadt Wien vorgesehenen Ausbaus von E-Ladestationen für Elektrofahrzeuge.

Magistratsabteilung 41 Stadtvermessung und Geoinformation

Durchführung aller vermessungstechnischen Arbeiten einschließlich der Erstellung von Planurkunden und Gutachten, soweit nicht andere Dienststellen zuständig sind.

Vergabe und Betreuung von vermessungstechnischen Arbeiten für die Stadt Wien.

Antragstellung auf Genehmigung von Grundabteilungen bei städtischen Grundtransaktionen.

Zustimmungserklärungen für den Grenzverlauf städtischer Grundstücke bei Grenzverhandlungen gemäß dem Vermessungsgesetz.

Ausstellung von Vollmachten in Grundabteilungsverfahren.

Vorbereitung der Festlegung der Landes- und Bezirksgrenzen sowie deren Feststellung, Vermarkung und planliche Evidenzhaltung.

Herstellung und Ergänzung der städtischen Festpunktnetze und Führen der betreffenden Verzeichnisse.

Führung des Archivs der vermessungstechnischen Pläne und Karten-originale sowie der Messbilder.

Erfassung und Verarbeitung von Geo-Massendaten mit bildgebenden und scannenden Verfahren (mobile Mapping, Photogrammetrie und Fernerkundungsmethoden).

Herstellung und Fortführung flächendeckender 2D-Geobasisdaten einschließlich ihrer kartografischen Bearbeitung (Mehrzweckkarte, Orthofoto) und Erstellung thematischer Karten für andere Dienststellen.

Herstellung und Fortführung flächendeckender 3D-Grundlagen (geo-Zwilling, Oberflächenmodell) sowie Durchführung von geometrischen 3D-Visualisierungen bzw. Unterstützung von Dienststellen bei deren Erstellung in konkreten Projekten.

Weiterentwicklung von 2D- und 3D-WebGIS-Applikationen.

Vertrieb der 2D- und 3D-Geodaten.

Beratung und Unterstützung von Dienststellen bei GIS-Vorhaben und geoKI-Anfragen.

Automatisierung von Verarbeitungen im GIS-Bereich.

Vertretung der Stadt Wien in externen GIS-Gremien.

Wahrnehmung der Aufgaben der Koordinierungsstelle sowie der Aufgaben des Amtes der Landesregierung im Rahmen des Monitorings nach dem Wiener Geodateninfrastrukturgesetz.

Magistratsabteilung 45 Wiener Gewässer

Planung, Errichtung, Verwaltung, Betriebsführung und Erhaltung von Gewässern (einschließlich deren Revitalisierung), Gerinnen, Sickerteichen und Rückhaltebecken sowie deren Begleitflächen, von Wasserbauten und Anlagen des Hochwasserschutzes, von Anlagen der Donauinsel sowie auf dem rechten und linken Donaudamm (linke Dammverstärkung) (einschließlich der Bedürfnisanstalten) und zur Absicherung oder Sanierung von Altlasten und Grundwassergefährdungen, von Gewässern des öffentlichen Wassergutes, Verkehrswasserbauwerken, Löschwasserbrunnen und Grundwassermessstellen.

Technische Fachdienststelle in Fragen des Wasserbaus, der Gewässer (Oberflächengewässer, Grundwasser), des Gewässerschutzes, des Hochwasserschutzes und der Altlasten, und Fachdienststelle für Angelegenheiten der Gewässerökologie und der am Gewässer lebenden Organismen

sowie der umweltgerechten Betreuung der Gewässer als Lebensraum; Wahrnehmung der Interessen der Stadt Wien in diesen Agenden. Wahrnehmung der Gewässeraufsicht. Erstellung, Prüfung und Aktualisierung von Badegewässerprofilen; Wahrnehmung der Bewirtschaftungsmaßnahmen von Badegewässern und Bereitstellung von Informationen. Anordnung und Durchführung von technischen Sofortmaßnahmen bei Gefahr im Verzug hinsichtlich einer Gewässerverunreinigung. Überwachung der Anlagen zur Lagerung, Leitung und zum Umschlag wassergefährdender Stoffe, sowie Entgegennahme von Meldungen über Störfälle dieser Anlagen und über Verluste wassergefährdender Stoffe. Bekanntgabe von Verdachtsflächen gemäß Altlastensanierungsgesetz und federführende Dienststelle für die Erkundung von Altlasten und Verdachtsflächen. Wahrnehmung der Aufgaben des wasserwirtschaftlichen Planungsorgans. Automationsunterstützte Führung der Evidenz und der Übersichten des Wasserbuchs. Erstellung und Durchführung von Überwachungsprogrammen betreffend Wassergüte und Wassermenge. Kontrolle von geförderten Maßnahmen nach dem Wasserbautenförderungsgesetz 1985. Wahrnehmung des Hydrografischen Dienstes. Zentrale Einsatzstelle zur Durchführung von Maßnahmen vor, während und nach einem Hochwasser sowie Wartung von Hochwasser-Einsatzgeräten. Vertretung der Stadt Wien in der Donauhochwasserschutz-Konkurrenz als Kurie Wien. Mitwirkung bei der hydrogeologischen Kartierung. Verwaltung der und Wahrnehmung der Funktion als Bauherrin für Betriebsanlagen, die für die Erfüllung der eigenen Aufgaben erforderlich sind. Beistellung von technischen Amtssachverständigen für Wasserbau, Hochwasserschutz, Gewässerschutz, Altlasten, Schifffahrt und Hydrologie; Verlängerung von Zulassungsurkunden für Fahrzeuge gemäß dem Schifffahrtsgesetz. Ausnahmebewilligungen vom Verbot des Befahrens der linksufrigen Donauregulierungsanlagen. Erhaltung und Überwachung von Rettungsbooten.

Magistratsabteilung 46

Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten

Ausarbeitung von Plänen zur Organisation und Regelung des Straßenverkehrs unter Berücksichtigung des bestehenden Straßennetzes und der generellen Verkehrsplanung. Projektierung von Verkehrsmaßnahmen als Grundlage für die Tätigkeit der Straßenverkehrsbehörde einschließlich der dazu erforderlichen Verkehrserhebungen und -zählungen. Projektierung und Planung von Steuerungs- und Lenkungsmaßnahmen im Rahmen des strategischen und kooperativen Verkehrsmanagements. Verkehrstechnische Planung von sonstigen elektro- bzw. lichttechnischen Anlagen zur Regelung und Sicherung des Verkehrs, wie beleuchtete Verkehrszeichen und Wegweiser, innenbeleuchtete Verkehrslichtsäulen und Verkehrsleit- und Zählleinrichtungen. Errichtung, Erhaltung und Verwaltung von Verkehrszählleinrichtungen. Führung und Aktualisierung des Kataloges über das „Straßennetz mit erhöhter Verkehrsbedeutung“ im Einvernehmen mit der Magistratsabteilung 28. Führung der Verkehrsspermanenzstelle.

Erlassung von verkehrsregelnden Verordnungen, soweit nicht die Magistratsabteilungen 48 oder 65 zuständig sind, und Durchführung sonstiger Verkehrsmaßnahmen. Maßnahmen der Bezirksverwaltungsbehörde hinsichtlich der Überwachung der Einhaltung von nach dem Ozongesetz angeordneten Beschränkungen oder Verboten für den Verkehr mit Kraftfahrzeugen und anderen mit Verbrennungsmotoren ausgestatteten Fahrzeugen. Vollziehung von Verkehrsmaßnahmen nach dem Immissionsschutzgesetz-Luft einschließlich Kontrolle dieser Maßnahmen. Erteilung von Weisungen in Angelegenheiten der Straßenpolizei an die Landespolizeidirektion Wien im Einvernehmen mit der Magistratsabteilung 65, ausgenommen die der Magistratsabteilung 67 zugewiesenen Weisungen. Handhabung des Bundesgesetzes über die Beförderung gefährlicher Güter. Erlassung von Bescheiden gemäß § 9 Abs. 6 Güterbeförderungsgesetz. Wahrnehmung der Aufgaben der Bezirksverwaltungsbehörde nach dem Containersicherheitsgesetz, ausgenommen Straftamts-handlungen. Einzelgenehmigung von Kraftfahrzeugen und Anhängern und von Änderungen an genehmigten Kraftfahrzeugen und Anhängern sowie Genehmigung von Kraftfahrzeugen mit 10 km/h Höchstgeschwindigkeit und von nicht zum Verkehr zugelassenen Anhängern, jeweils einschließlich der hierfür erforderlichen Erstellung von Gutachten. Besondere Überprüfung und wiederkehrende Begutachtung von Kraftfahrzeugen gemäß Kraftfahrzeuggesetz 1967. Erteilung der Genehmigung zur Führung von Blaulicht und Folgetonhorn. Genehmigung der Verwendung von Kraftfahrzeugen zur Beförderung von Tieren. Ermächtigung zur Abgabe von Gutachten für die besondere Überprüfung sowie zur wiederkehrenden Begutachtung von Fahrzeugen sowie Ermächtigung zum Einbau und zur Prüfung von Fahrtschreibern, analogen Kontrollgeräten, digitalen Kontrollgeräten und Geschwindigkeitsbegrenzern gemäß Kraftfahrzeuggesetz 1967 und Durchführung von Revisionen bei diesen Einrichtungen. Beistellung von Amtssachverständigen für die Fahrschulaufsicht. Führung der Bürogeschäfte des Beirates für Verkehr. Beistellung von Amtssachverständigen für die Begutachtung von Kraftfahrzeugen für körperbehinderte Lenkberechtigungsanwärterinnen und Lenkberechtigungsanwärter. Beistellung von Amtssachverständigen in eisenbahnrechtlichen Verfahren, soweit nicht die Magistratsabteilung 37 zuständig ist. Erteilung von Ausnahmebewilligungen nach § 45 Straßenverkehrsordnung 1960 von Verkehrsgeboten und -verboten, soweit nicht die MA 65 zuständig ist. Erteilung der Ausnahmebewilligung von der winterlichen Gehsteigbetreuungspflicht. Vorbereitung der Erteilung der Bewilligung sportlicher, auf Straßen durchzuführender Veranstaltungen, die in Wien beginnen und sich auf zwei oder mehrere Bundesländer erstrecken; Bewilligung von Filmaufnahmen auf Straßen. Erteilung der Bewilligung von Arbeiten auf oder neben der Straße mit Festlegung der damit verbundenen befristeten Verkehrsmaßnahmen und -koordination unter Berücksichtigung des Gesamtverkehrs. Erteilung von Gebrauchserlaubnissen nach dem Gebrauchsabgabegesetz sowie von Bewilligungen nach § 82 Abs. 1 Straßenverkehrsordnung 1960, soweit nicht die Magistratsabteilungen 36, 37 oder die Magistratischen Bezirksämter zuständig sind; Bemessung und Vorschreibung der Abgabe. Bewilligung der Festbeleuchtung von Straßenzügen zu besonderen Anlässen.

Geschäftsgruppe Klima, Umwelt, Demokratie und Personal

Klimapolitik, Umweltpolitik, Personalangelegenheiten der Bediensteten der Stadt Wien, Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten; Landschaftspflege und Grünflächensicherung; Bäderverwaltung; Daseinsvorsorge, Ver- und Entsorgungswesen, Abfallwirtschaft, Recycling, Veterinärwesen und Tierschutz, Stadtservice für alle Wienerinnen und Wiener, Stadtinformation; BürgerInnenbeteiligung und Angelegenheiten der Agenda 21, zentraler Einkauf, ökologische Fragen der Energiepolitik, die Energieplanung sowie die Wahrnehmung der Überwachungsfunktionen des Elektrizitätsmarktes aufgrund des Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetzes.

Zugehörige Magistratsabteilungen:

Magistratsabteilung 2	Personalservice
Magistratsabteilung 20	Energieplanung
Magistratsabteilung 22	Umweltschutz
Magistratsabteilung 31	Wiener Wasser
Magistratsabteilung 36	Gewerbetechnik, Feuerpolizei und Veranstaltungen
Magistratsabteilung 42	Wiener Stadtgärten
Magistratsabteilung 44	Bäder
Magistratsabteilung 48	Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark
Magistratsabteilung 49	Forst- und Landwirtschaftsbetrieb
Magistratsabteilung 54	Zentraler Einkauf und Logistik
Magistratsabteilung 58	Wasserrecht
Magistratsabteilung 60	Veterinäramt und Tierschutz
Magistratsabteilung 62	Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten

Wien Kanal

Magistratsabteilung 2 Personalservice

Personalverwaltung für die Bediensteten (ihrer Hinterbliebenen und Angehörigen) sowie die Lehrlinge der Gemeinde Wien, ausgenommen Bedienstete, für die das Gehaltskassengesetz 2002 gilt, Lehrerinnen und Lehrer der Musikschule Wien und Bedienstete, auf deren Dienstverhältnis das Gutsangestelltengesetz oder das Landarbeitsgesetz bzw. die dazugehörigen Ausführungsgesetze anzuwenden sind, soweit nicht eine Zuständigkeit der Magistratsdirektorin bzw. des Magistratsdirektors, anderer Dienststellen oder Unternehmungen der Stadt Wien auf Grund abgeschlossener Verwaltungsübereinkommen gegeben ist.

Wahrnehmung der Aufgaben als Dienstbehörde bzw. als Dienstgeberin gegenüber zugewiesenen Bediensteten der Gemeinde Wien, soweit nicht die Magistratsdirektorin bzw. der Magistratsdirektor oder eine andere Dienststelle zuständig ist, sowie mit Ausnahme der dem Verein „fh-campus wien – Verein zur Förderung des Fachhochschul-, Entwicklungs- und Forschungszentrums im Süden Wiens“ zugewiesenen Bediensteten der Gemeinde Wien.

Wahrnehmung der Aufgaben als Disziplinarbehörde gemäß § 81 Z 1 Dienstordnung 1994, soweit nicht die Magistratsdirektorin bzw. der Magistratsdirektor zuständig ist.

Dienstaufsicht über Praktikantinnen und Praktikanten (Ferialpraktikantinnen und Ferialpraktikanten), soweit keine andere Dienststelle zuständig ist.

Ausarbeitung der die Bediensteten der Gemeinde (des Landes) Wien, einschließlich jener der Unternehmungen der Stadt Wien, betreffenden Rechtsvorschriften ausgenommen jener für Landeslehrerinnen und Landeslehrer betreffend den Bedienstetenschutz und für solche Bedienstete, die mit Tätigkeiten im Sinne der §§ 3 und 4 des Hausbesorgergesetzes betraut sind, in folgenden Angelegenheiten:

Dienstrecht,
Gleichbehandlungs(Antidiskriminierungs)recht,
Besoldungsrecht, einschließlich Nebengebühren und Naturalbezüge,
MitarbeiterInnenvorsorgerecht,
Pensionsrecht,
Unfallfürsorgerecht,
Bedienstetenschutzrecht,
Personalvertretungsrecht.

Wahrnehmung der Informationspflicht gemäß Art. 21 Abs. 4 letzter Satz B-VG.

Ausarbeitung von Kollektivverträgen, Richtlinien für Dienstverträge und Sondervertragsmustern für Bedienstetengruppen.

Ausarbeitung der die Bezüge und Pensionen der Organe des Landes und der Gemeinde Wien regelnden Rechtsvorschriften.

Ausarbeitung von Verordnungen über die Aufhebung der Schulfestigkeit von Lehrerinnen- und Lehrerstellen nach dem Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz.

Klärung von grundsätzlichen Rechtsfragen des Bedienstetenschutzes.

Grundsätzliche Angelegenheiten der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien und der Sozialversicherung, soweit sie sich auf Gemeindebedienstete auswirken.

Wahrnehmung der Aufgaben der Abrechnungs- und Budgetstelle der Stadt Wien, welche den Aufwendersatz für Tätigkeiten gemäß Wiener Bedienstetenschutzgesetz 1998 für das Arbeitsmedizinische Zentrum der KFA im Sinne des § 64 Abs. 1a Wiener Bedienstetenschutzgesetz 1998 prüft und operativ abwickelt sowie Wahrnehmung der Agenden der Budgetplanung und -sicherstellung sowie der Ansatzführung.

Grundsätzliche Angelegenheiten des Arbeitszeitrechts.

Grundsätzliche Angelegenheiten des Dienstreisewesens.

Mitwirkung am Abschluss von Zuweisungsverträgen, soweit dienstrechtliche Belange betroffen sind.

Abschluss von Verträgen zur freiwilligen Pensionskassenvorsorge gemäß § 3 Abs. 1 Pensionskassenvorsorgegesetz – PKVG in Verbindung mit § 18 Abs. 3 des Wiener Bezugesgesetzes 1997.

Abschluss von Pensionskassenverträgen auf Grund einer mit dem Zentralkomitee gemäß § 7a der Besoldungsordnung 1994 abgeschlossenen Vereinbarung.

Abschluss von Beitrittsverträgen gemäß § 9 Wiener MitarbeiterInnenvorsorgegesetz.

Abschluss von Verträgen mit Versicherungsunternehmen betreffend die Leistung von Prämien im Rahmen der nach § 3 Abs. 1 Z 15 lit. a EStG 1988 möglichen Zukunftssicherung.

Angelegenheiten des Arbeitsrechts, soweit keine andere Dienststelle zuständig ist.

Handhabung der allgemeinen Regelungen des Behinderteneinstellungsgesetzes und des Ausländerbeschäftigungsgesetzes, soweit die Gemeinde (das Land) Wien als Dienstgeberin betroffen ist.

Ausfertigung von Dienstaussweisen für Bedienstete, für die der Magistratsabteilung 2 die Personalverwaltung obliegt, sowie für Lehrerinnen und Lehrer der Musikschule Wien.

Rechtliche Beurteilung und Überprüfung von freien Dienstverträgen sowie deren Verrechnung.

Bezugsverrechnung für die Bediensteten (ihre Hinterbliebenen und Angehörigen) der Gemeinde (des Landes) Wien, ausgenommen

Bedienstete, auf deren Dienstverhältnis das Gutsangestelltengesetz oder das Landarbeitsgesetz bzw. die dazugehörigen Ausführungsgesetze anzuwenden sind.

Verrechnung für Personen, die in einem Ausbildungs- oder Lehrverhältnis zur Gemeinde Wien stehen oder als Vortragende gemäß EStG 1988 tätig sind.

Fachliche Aufsicht über jene Tätigkeiten der Dienststellen und Unternehmungen der Stadt Wien, die für die Bezugsverrechnung durch die Magistratsabteilung 2 erforderlich sind.

Gewährung von außerordentlichen Zuwendungen.

Entscheidung über den Anspruch auf Nebengebühren in grundsätzlichen Fällen, sofern die Zuerkennung nicht durch die Magistratsdirektorin bzw. den Magistratsdirektor erfolgt.

Zentrale Auswertungen von Bezugs- und Personaldaten.

Angelegenheiten betreffend Dienst- und Werkwohnungen, einschließlich der Widmung.

Individuelle pensionsrechtliche Angelegenheiten der Beamtinnen und Beamten (ihrer Hinterbliebenen und Angehörigen) der Gemeinde Wien einschließlich der Vollziehung des Ruhe- und Versorgungsgenusszulagegesetzes 1995.

Bezugsverrechnung für die von einer gesetzlich anerkannten Kirche oder Religionsgesellschaft bestellten Religionslehrerinnen und Religionslehrer an Schulen des Landes Wien.

Vollziehung des Unfallfürsorgegesetzes 1967 einschließlich der Auszahlung der Geldleistungen.

Geltendmachung von Ansprüchen nach dem Amtshaftungs-, Dienstnehmerhaft- und Organhaftpflichtgesetz gegenüber Bediensteten der Gemeinde Wien, Erklärung des Verzichts auf Ansprüche nach dem Wiener Verzichtsgesetz oder Antragstellung an die zuständigen Organe. Dienstfreistellungen von gewählten Vertreterinnen und Vertretern der Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer und Festsetzung der diesen fortzuzahlenden Bezüge.

Vollziehung des Wiener Bezugesgesetzes 1995 und 1997.

Angelegenheiten des Bundesverfassungsgesetzes über die Begrenzung von Bezügen öffentlicher Funktionärinnen und Funktionäre.

Anmeldung von unbehobenen Beträgen und Forderungen beim Verlassenschaftsgericht.

Geltendmachung der Ansprüche der Dienstgeberin nach dem Epidemiegesetz und dem Tierseuchengesetz.

Vormerkung, Berechnung und Abrechnung der Pfändungen und Zessionen.

Feststellung der Ansprüche auf besondere Hilfeleistung für Bedienstete der Feuerwehr (deren Hinterbliebene) nach Dienstunfällen im besonderen Einsatzdienst und Auszahlung der Geldleistungen sowie Zuerkennung von einmaligen Geldleistungen aus berücksichtigungswürdigen Gründen bei sonstigen Dienstunfällen.

Einrichtung und Betriebsführung von Betriebskindergärten der Stadt Wien.

Betreuung der Aktion „Verbilligtes Mittagessen“ für Bedienstete des Magistrats.

Wahrnehmung der Aufgaben des Amtes der Landesregierung nach § 42 lit. d des Bundes-Personalvertretungsgesetzes.

Ausarbeitung von Entscheidungen der Landesregierung und des Amtes der Landesregierung in Personalangelegenheiten der Landeslehrerinnen und Landeslehrer auf Grund des Wiener Landeslehrer-Diensthoheitsgesetzes, ausgenommen Antragstellung für Bundesauszeichnungen.

Angelegenheiten des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes betreffend die Bezieherinnen und Bezieher eines Ruhe- oder Versorgungsgenusses nach dem Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz.

Vorbereitung der Bestellung der fachkundigen Laienrichterinnen und Laienrichter nach dem Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz.

Vorbereitung der Bestellung der dienstrechtlichen Laienrichterinnen und Laienrichter des Verwaltungsgerichtes Wien.

Vertretung, sofern keine Beistellung einer Rechtsanwältin oder eines Rechtsanwaltes erfolgt,

der Gemeinde (des Landes) Wien in Verfahren gemäß § 54 Abs. 2 bis 4 des Arbeits- und Sozialgerichtsgesetzes,

der Gemeinde (des Landes) Wien in Verwaltungssachen betreffend die Versicherungspflicht gemäß dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz,

sowie in Verfahren nach dem Behinderteneinstellungsgesetz in Angelegenheiten bestehender oder beendeter Dienstverhältnisse zur Gemeinde Wien.

Führung der Bürogeschäfte der gemeinderätlichen Personalkommission.

Führung der Bürogeschäfte der Gleichbehandlungskommission nach dem Wiener Gleichbehandlungsgesetz.

Magistratsabteilung 20 Energieplanung

Betreuung allgemeiner und grundsätzlicher Angelegenheiten der Energiepolitik, soweit diese nicht in die Zuständigkeit anderer Dienststellen fallen.

Forcierung der Energieeffizienz und erneuerbarer Energieträger.

Koordination und Weiterentwicklung der städtischen Energieraumplanung sowie Einleitung und Durchführung der damit verbundenen Verfahren nach der Bauordnung für Wien.

Erarbeitung und Begleitung von stadtweiten Energiestrategien und -programmen sowie innovativer Instrumente zur Erreichung der Energieziele. Gestaltung der Förderung „Erneuerbare Wärmenetze“ im Einvernehmen mit der Magistratsabteilung 5 und Gewährung dieser Förderung sowie Mitwirkung bei der Gestaltung sonstiger energierelevanter Förderungen. Initiierung und Begleitung von innovativen Projekten im Bereich neuer Energietechnologien und der Dekarbonisierung der Wärmeversorgung. Aufbereitung und Veröffentlichung von Energiedaten und Controlling in Hinblick auf die Erreichung der energierelevanten Ziele.

Energietechnische und -wirtschaftliche Analysen und Begutachtungen im Rahmen von Behördenverfahren.

Bewusstseinsbildung im Energiebereich und hinsichtlich der Dekarbonisierung des Energiesystems.

Geschäftsstelle des Wiener Klimateams.

Weiterentwicklung und Umsetzung partizipativer Ansätze unter dem Gesichtspunkt von Demokratieentwicklung und Stärkung von Beteiligungskompetenzen einschließlich der Abwicklung von Förderungen.

Verwaltung des Fonds des Landes Wien zur Förderung der Erzeugung und Speicherung von Strom aus erneuerbaren Energieträgern und von Energieeffizienzmaßnahmen und -programmen.

Betreuung und Weiterentwicklung unterstützender Institutionen im städtischen Umfeld im Bereich Energieraumplanung, Energieeffizienz und erneuerbarer Energieträger, insbesondere der zentralen Anlaufstelle für Energieerzeugungsanlagen auf Basis erneuerbarer Energiequellen gemäß § 11 Wiener Energie- und Klimarechts-Umsetzungsgesetz.

Betreuung der Agenden der LandesenergiereferentInnen-Konferenz und des Landeselektrizitätsbeirats.

Magistratsabteilung 22 Umweltschutz

Allgemeine und grundsätzliche Angelegenheiten des Umweltschutzes.
Koordination der Aktivitäten auf dem Gebiet des Umweltschutzes.
Vergabe und Betreuung bzw. Ausführung von Entwicklungs-, Forschungs- und Untersuchungsleistungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes.

Mitwirkung an Untersuchungen und Maßnahmen anderer Dienststellen auf dem Gebiet des Umweltschutzes.

Mitwirkung an behördlichen Verfahren und Vorhaben im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung, die wesentliche Auswirkungen auf die Umwelt erwarten lassen.

Abgabe von Stellungnahmen auf dem Gebiet des Umweltschutzes.

Handhabung des Bundesgesetzes über die Umweltkontrolle, soweit die Landeshauptfrau bzw. der Landeshauptmann zuständig ist.

Handhabung des Ozongesetzes, soweit die Landeshauptfrau bzw. der Landeshauptmann zuständig ist.

Handhabung des Immissionsschutzgesetzes-Luft, soweit keine andere Dienststelle zuständig ist.

Handhabung des Wiener Umgebungslärmschutzgesetzes und des Bundes-Umgebungslärmschutzgesetzes, soweit nicht die Magistratsabteilung 65 zuständig ist.

Handhabung des Altlastensanierungsgesetzes, soweit nicht die MA 45 zuständig ist.

Führung eines Wiener Umweltinformationssystems.

Förderungsmaßnahmen auf dem Gebiet des Umweltschutzes einschließlich der Abwicklung von Förderungen.

Koordination und Umsetzung von Vorhaben im Sinne einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Entwicklung der Stadt; Wahrnehmung der Funktion der Nachhaltigkeitskoordinatorin bzw. des Nachhaltigkeitskoordinators unter Bezugnahme auf die Verpflichtungen im Rahmen der UN Agenda 2030 (Sustainable Development Goals, einschließlich Leitung der Programme OekoBusiness Wien, ÖkoKauf Wien und Öko-Event).

Vollziehung des Wiener Umwelthaftungsgesetzes, ausgenommen Verwaltungsstrafverfahren.

Angelegenheiten des Naturschutzes; Handhabung des Wiener Naturschutzgesetzes, einschließlich die Angelegenheiten zum Umgang mit geschützten Arten in Wien; Angelegenheiten des internationalen Artenschutzes.

Koordination der Aufgaben des Magistrats die Biodiversität im Stadtgebiet zu erhalten, die Erholungsfunktion der Landschaft zu stärken und den 50%igen Grünflächenanteil im Stadtgebiet zu sichern bzw. auszubauen.

Entwicklung und Weiterführung strategischer Maßnahmen zur Vermeidung urbaner Hitzeinseln sowie Bewertung von Hitzeemissionen und deren Auswirkungen auf das Mikro- und Mesoklima.

Entwicklung strategischer Maßnahmen zur Umsetzung der „Österreichischen Baumkonvention“ (Baumhaftung), soweit keine andere Dienststelle zuständig ist.

Anträge zur Ersichtlichmachung von geschützten Biotopen, Schutzgebieten und Naturdenkmälern im Grundbuch gemäß dem Wiener Naturschutzgesetz.

Handhabung des Wiener Nationalparkgesetzes, soweit keine andere Dienststelle zuständig ist.

Rechtliche Angelegenheiten des Wiener Biosphärenparkgesetzes.

Beistellung von abfalltechnischen Sachverständigen in Angelegenheiten des Abfallwirtschaftsgesetzes 2002, des Wiener Abfallwirtschaftsgesetzes und des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes und in Verfahren zu Abfallbehandlungsanlagen nach der Gewerbeordnung und dem Mineralrohstoffgesetz.

Beistellung von Luftreinhalte-technischen Sachverständigen.

Beistellung von Sachverständigen für Naturschutz.

Beistellung von Amtssachverständigen in eisenbahnrechtlichen Verfahren.

Erteilung und Widerruf von Ausnahmegewilligungen nach der Winterdienst-Verordnung 2003.

Grundsätzliche rechtliche Angelegenheiten des Wiener Baumschutzgesetzes.

Führung der Bürogeschäfte des Umwelt- und Naturschutzbeirates; Bestellung der Naturschutzorgane und Organisation von Maßnahmen für die Durchführung des Dienstes dieser Organe.

Vorbereitung der Geschäftsordnung und Führung der laufenden Geschäfte des Rates der Sachverständigen für Umweltfragen sowie Erstattung des Umweltberichtes auf Grund des Wiener Umweltschutzgesetzes.

Handhabung des Chemikaliengesetzes und des Biozidproduktegesetzes, soweit die Landeshauptfrau bzw. der Landeshauptmann zuständig ist.

Durchführung von Verfahren nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz einschließlich der Vorbereitung der Entscheidungen der Landesregierung sowie der der Landeshauptfrau bzw. dem Landeshauptmann hinsichtlich Bundesstraßen und Hochleistungsstrecken obliegenden Aufgaben, sofern keine andere Dienststelle zuständig ist.

Wahrnehmung der der Landeshauptfrau bzw. dem Landeshauptmann oder der Bezirksverwaltungsbehörde zugewiesenen Kompetenzen nach dem Abfallwirtschaftsgesetz, soweit keine andere Dienststelle zuständig ist; Vorbereitung der Ausübung des Anhörungsrechtes des Landes zum Bundes-Abfallwirtschaftsplan.

Wahrnehmung der rechtlichen Angelegenheiten des Umweltmanagementgesetzes, soweit nicht die Magistratischen Bezirksämter zuständig sind.

Handhabung des Wiener Abfallwirtschaftsgesetzes, soweit keine andere Dienststelle zuständig ist.

Beratung der Bevölkerung, Betriebe und städtischen Dienststellen in Angelegenheiten des Umweltschutzes, insbesondere zu Naturschutz, Abfall, Lärm, ökologischen Aspekten bei Planen und Bauen, Nachhaltigkeit und ökologischem Umgang mit Lebensmitteln.

Legistik sowie Angelegenheiten des Rechtsschutzes betreffend das Wiener Klimagesetz.

Grundsätzliche rechtliche Angelegenheiten des Wiener Umweltschutzgesetzes.

Grundsätzliche rechtliche Angelegenheiten des Wiener Reinhaltegesetzes.

Leitung und Koordination des Lebensmittelaktionsplans Wien ist G.U.T.

Koordination und Umsetzung des Milan Urban Food Policy Pacts.

Betrieb eines stationären Luftmessnetzes.

Beratung der Dienststellen des Magistrats im Zusammenhang mit der Vergabe von chemischen Analysenaufträgen an Externe, sofern diese den Umweltschutz betreffen.

Beistellung von schalltechnischen Sachverständigen ausgenommen in Verfahren nach der Gewerbeordnung, dem Wiener Veranstaltungsgesetz sowie dem Gesetz zum Schutz gegen Baulärm.

Magistratsabteilung 31 Wiener Wasser

Versorgung der Stadt Wien mit Trinkwasser mittels öffentlicher Wasserversorgungsanlagen.
Verwaltung und Erhaltung von Liegenschaften, die der Wiener Wasserversorgung dienen oder für diese von wesentlicher Bedeutung sind.
Planung, Errichtung, Betriebsführung, Verwaltung und Erhaltung von abteilungs-eigenen Gebäuden und Betriebseinrichtungen, soweit nicht die MA 01 zuständig ist.
Trinkwasserversorgung in Not- und Katastrophenfällen.
Energiegewinnung aus Trinkwasser.
Handhabung des Wasserversorgungsgesetzes und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen mit Ausnahme der Straftat-handlungen.
Vorschreibung der Wasser- und Abwassergebühren.
Vertretung der Interessen der Stadt Wien in den Schutz- und Schon-gebieten gemäß den Verordnungen zum Schutz der Wasservorkommen.
Mitwirkung bei der Bewirtschaftung der stadt-eigenen Wasserschutz- und Schongebiete und bei der Durchführung von Maßnahmen im Hinblick auf einen optimalen Boden- und Waldzustand zur Gewährleistung eines nachhaltigen Wasserdangebotes.
Gestaltung einer Wasserverbundwirtschaft mit Gemeinden und Wasserversorgern an den Wiener Wasserversorgungsanlagen.
Mitwirkung bei Grundtransaktionen für Wasserversorgungszwecke.
Beistellung von Sachverständigen in Verfahren betreffend die Wasserversorgung.
Vertretung der Interessen der Stadt Wien auf dem Gebiet der Wasserversorgung in Interessengemeinschaften und Verbänden; Mitwirkung in Normungsangelegenheiten.
Erwerb von Dienstbarkeitsrechten für Wasserversorgungsanlagen.
Wahrnehmung der Grundbuchsangelegenheiten im Zusammenhang mit der Wasserversorgung und der der Magistratsabteilung 31 obliegenden Verwaltung.
Überwachung und Untersuchung des Trinkwassers aus den öffentlichen Wasserversorgungsanlagen.
Aufstellung und Instandhaltung von öffentlichen Feuerhydranten unter Mitwirkung der Magistratsabteilung 68.
Verwaltung der Denkmalbrunnen – soweit keine andere Dienststelle zuständig ist – und der Wiener Wasser-Welt sowie Erhaltung dieser Objekte unter Mitwirkung der Magistratsabteilung 7.
Betrieb der Wasserleitungsmuseen; Öffentlichkeitsarbeit für den Wasserleitungsbetrieb, soweit nicht die Magistratsabteilung 53 dafür zuständig ist.

Magistratsabteilung 36 Gewerbetechnik, Feuerpolizei und Veranstaltungen

Selbstständige Vornahme von Revisionen und Überprüfungen nach den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften von solchen Betriebsanlagen, Bauwerken, Einrichtungen und Anlagen, hinsichtlich derer die Magistratsdirektorin bzw. der Magistratsdirektor periodische Überprüfungen verfügt oder bei denen auf Grund besonderer, bei diesen Anlagen bestehender oder bekannt gewordener Gefahren schwerpunktmäßige Überprüfungen angeordnet werden.
Beistellung von Amtssachverständigen in gewerbe- und marktbehördlichen Verfahren sowie in Verfahren gemäß § 61 der Bauordnung für Wien.
Beistellung von Sachverständigen auf dem Gebiet der Elektro- und der Gastechnik, der Chemie und der Gifte, auch in behördlichen Verfahren sowie in den Fällen, in denen eine diesbezügliche Anordnung der Magistratsdirektorin bzw. des Magistratsdirektors ergeht.

Handhabung des Wiener Feuerpolizeigesetzes 2015 und des Wiener Heizungs- und Klimaanlagengesetzes 2015 und der nach diesen Gesetzen ergangenen Verordnungen, mit Ausnahme der behördlichen Marktüberwachungsaufgaben sowie der Zwangsmaßnahmen gemäß § 22 Wiener Feuerpolizeigesetz 2015, soweit sie feuerpolizeiliche Übelstände betreffen.
Handhabung des Bundesluftreinhaltegesetzes und des Bundesgesetzes über das Verbot des Verbrennens biogener Abfälle außerhalb von Anlagen.
Zuteilung von Prüfnummern an Fachunternehmen und Fachpersonen nach dem Wiener Heizungs- und Klimaanlagengesetz 2015; Führung der Liste dieser prüfberechtigten Fachunternehmen und Fachpersonen.
Vollziehung von Maßnahmen nach dem Immissionsschutzgesetz-Luft für mobile Einrichtungen einschließlich Kontrolle dieser Maßnahmen.
Beistellung von Amtssachverständigen nach dem Emissionsschutzgesetz für Kesselanlagen und Evidenthaltung dieser Kesselanlagen.
Handhabung des Baulärmgesetzes.
Technische Angelegenheiten des Sprengmittelwesens, der pyrotechnischen und sonstiger sprengmittelähnlicher Artikel sowie Genehmigung von Sprengungen.
Beistellung von brandschutztechnischen Sachverständigen in behördlichen Verfahren, soweit keine andere Dienststelle zuständig ist.
Sicherheitstechnisch-behördliche Angelegenheiten nach dem Elektrotechnikgesetz und den nach diesem Gesetz ergangenen Verordnungen.
Durchführung von Genehmigungsverfahren nach dem Wiener Gasgesetz für Lagerungen von Flüssiggas-Versandbehältern und die damit verbundenen Flüssiggasanlagen sowie für ortsfeste Flüssiggasbehälter und die damit verbundenen Flüssiggasanlagen, soweit hierfür eine Genehmigungspflicht nach der Bauordnung für Wien nicht gegeben ist.
Beistellung von Amtssachverständigen für Wärme-, Kälte-, Lüftungs-, Klima- und sonstige maschinentechnische Angelegenheiten in behördlichen Verfahren.
Beistellung von Amtssachverständigen in Angelegenheiten der Aufzüge-Sicherheitsverordnung hinsichtlich der Ausnahmefälle für verringerte Schutzräume und der Hebeanlagen-Betriebsverordnung.
Beistellung von Amtssachverständigen nach dem Druckgerätegesetz und dem Dampfkesselbetriebsgesetz.
Beistellung von Sachverständigen in technischen Angelegenheiten nach dem Bäderhygienegesetz.
Rechtliche Angelegenheiten des Veranstaltungswesens einschließlich des Kino-, Messe- und Tanzschulwesens; behördliche Angelegenheiten des Veranstaltungs-, Kino-, Messe- und Tanzschulwesens einschließlich der Durchführung der Verwaltungsstrafverfahren.
Handhabung des Glücksspielgesetzes.
Genehmigung und Überwachung von Veranstaltungsstätten, Kinos und Messen hinsichtlich der Sicherheitseinrichtungen.
Erlassung von Bescheiden nach dem Wiener Jugendschutzgesetz 2002.
Mitwirkung im baubehördlichen Genehmigungsverfahren für Bauten mit Räumen, in denen größere Menschenansammlungen zu erwarten sind.
Rechtliche Angelegenheiten des örtlichen Marktwesens, der Marktgeldrentarife und der Markttarife einschließlich der Durchführung von Verwaltungsstrafen und der Bearbeitung von Rechtsmitteln an den Berufungssenat auf Grund der Marktordnung 2018.
Erteilung von Gebrauchserlaubnissen nach dem Gebrauchsabgabengesetz sowie von Bewilligungen nach § 82 Abs. 1 Straßenverkehrsordnung 1960 und nach der Gewerbeordnung für Verkaufsstände und Zeitungskioske, soweit nicht eine Genehmigungspflicht nach der Bauordnung für Wien besteht; Bemessung und Vorschreibung der Abgabe.
Erteilung von Gebrauchserlaubnissen nach dem Gebrauchsabgabengesetz für den kommerziellen Verkauf, die kommerzielle Vermittlung des Ver-

kaufes, den sonstigen kommerziellen Vertrieb von Eintrittskarten für Musikdarbietungen, Konzerte, Theaterveranstaltungen, sonstige künstlerische Veranstaltungen u. dgl. einschließlich Anweisungen auf Eintrittskarten und die damit zusammenhängenden Tätigkeiten; Bemessung und Vorschreibung der Abgabe.

Rechtliche Angelegenheiten betreffend ortspolizeiliche Verordnungen im Zusammenhang mit Stationen des öffentlichen Personennahverkehrs und der angrenzenden öffentlichen Flächen, der Freihaltung des Stadtbildes von störenden Werbeständern und der Aufstellung von Streugutbehältern, einschließlich der Durchführung der Verwaltungsstrafverfahren.

Angelegenheiten des Buchmacher- und Totaliseurwesens sowie der Vermittlung von Wettkundinnen und Wettkunden an Buchmacherinnen und Buchmacher, soweit nicht die Magistratsabteilung 6 zuständig ist. Erteilung von Aufträgen gemäß § 11 Abs. 1 in Verbindung mit § 6 Abs. 1 lit. d Wiener Prostitutionsgesetz 2011.

Vollziehung der Bestimmungen von Verordnungen gemäß § 6 Abs. 3 in Verbindung mit § 6 Abs. 1 lit. d Wiener Prostitutionsgesetz 2011.

Dampfkesselbescheinigungsevidenz; Durchführung von Kontrollen gemäß der Druckgeräteüberwachungsverordnung; Evidenthaltung der Aufzeichnungen der Prüfungskommissärinnen und Prüfungskommissäre nach dem Dampfkesselbetriebsgesetz über die vorgenommenen Prüfungen.

Wahrnehmung der Aufgaben der Sicherheitsfachkräfte, insbesondere präventivdienstliche Betreuung sowie Ermittlung und Beurteilung der arbeitsbedingten Gefahren, Festlegung von Maßnahmen sowie Erstellung der Sicherheits- und Gesundheitsschutzdokumente unter Bedachtnahme auf die Bestimmungen in einschlägigen Gesetzen (z.B. Kinder- und Jugendlichen-Beschäftigungsgesetz 1987).

Beistellung von technischen Amtssachverständigen, soweit keine andere Magistratsabteilung zuständig ist.

Angelegenheiten des bürgerInnennahen Stadtservices:

- Beratung und Information der Bürgerinnen und Bürger zu individuellen Anliegen,
- administrative Betreuung neuer digitaler Kommunikationsformen des BürgerInnenservices, soweit nicht die Magistratsabteilung 01 zuständig ist,
- operative Teilnahme an Sofortmaßnahmen sowie Maßnahmen, die sich aus Eingaben neuer digitaler Kommunikationsformen des BürgerInnenservices ergeben,
- Koordination der raschen und effektiven Behebung von Missständen und Mängeln, vor allem jener, die von Bürgerinnen und Bürgern gemeldet wurden – mit Einbeziehung der jeweils zuständigen Dienststellen; laufende Kommunikation über den Stand der Umsetzung mit den BeschwerdeführerInnen,
- Einholung von Stellungnahmen der Fachdienststellen zu konkreten Anliegen,
- Ausstellung von Überbeglaubigungen und Apostillen,
- Beratung der Bevölkerung vor Ort im Zusammenhang mit Projekten der Stadtverwaltung,
- Wahrnehmung der Aufgaben nach § 42a Sicherheitspolizeigesetz als dezentrale Fundservicestelle für den Bereich des Rathauses und dessen näherer Umgebung (Übernahme der Fundgegenstände, Eintragen in das zentrale Fundregister, Verständigung der Verlustträgerinnen und Verlustträger, Ausfolgung innerhalb der Behaltefrist).

Führen der „Stadtinformation“ einschließlich der Durchführung von Rathausführungen.

Führen der Telefonvermittlung, soweit keine andere Dienststelle zuständig ist.

First Level Support für telefonisch an städtische Dienststellen herangetragene Anfragen, soweit dies durch die Magistratsdirektorin bzw. den Magistratsdirektor genehmigt ist.

Magistratsabteilung 42 Wiener Stadtgärten

Verwaltung und Erhaltung der als Parkanlagen und Grüner Prater genutzten Flächen einschließlich des Baumbestandes und dessen Kontrolle, sowie der Spielplätze und der Wiener Schulverkehrsgärten; Verwaltung der und Wahrnehmung der Funktion als Bauherrin für Betriebseinrichtungen, die für die Erfüllung der eigenen Aufgaben erforderlich sind (wie Gärtnereien, Baumschulen und sonstige Gartenobjekte); Erlassung von Verordnungen nach dem Wiener Tierhaltegesetz über den Auslauf von Hunden.

Unterstützung der MA 48 bei der Vollziehung des Wiener Reinhaltegesetzes.

Planen und Errichten von Grün- und Parkanlagen.

Erhaltung (Pflege inklusive Mähen, Grünschnitt und Unkrautbeseitigung) der Grünanlagen sowie des Baumbestandes, inklusive dessen Kontrolle, im Bereich öffentlicher Verkehrsflächen (ÖG-Widmung), ausgenommen Reinigung.

Erhaltung (Pflege) der Grünanlagen auf Grundflächen, die von anderen Dienststellen verwaltet werden, nach Vereinbarung.

Ausführung von gärtnerischen Ausschmückungen.

Gärtnerische Gestaltung von Präsentationen der Stadt Wien im In- und Ausland.

Führen der städtischen Gärtnereien, der Baumschulen, der Werkstatt Hirschstetten, des zoologischen Gartens Hirschstetten sowie einer Tierauffangstation und des Gartenbaumuseums; Erfüllung des Umweltbildungsauftrages.

Handhabung des Pflanzenschutzes (amtlicher Pflanzenschutzdienst), ausgenommen Straftatbestände.

Beistellung von Amtssachverständigen auf dem Gebiet des Gartenwesens, insbesondere des Baumschutzes, und zur Überwachung der giftrechtlichen Bestimmungen betreffend Pflanzenschutzmittel.

Selbstständige Vornahme der Überprüfungen von Ersatzpflanzungen nach dem Wiener Baumschutzgesetz.

Führung des Schulgartens Kagran.

Beratung von Siedlerinnen und Siedlern sowie Kleingärtnerinnen und Kleingärtnern in gartenfachlichen Angelegenheiten.

Umsetzung der Aktion zur Förderung der Nachbarschaftsgärten.

Magistratsabteilung 44 Bäder

Führen und Verwaltung der städtischen Bäder und deren Nebeneinrichtungen.

Errichtung, Betriebsführung, Verwaltung und Erhaltung von abteilungseigenen Gebäuden und Betriebseinrichtungen, soweit nicht die MA 01 zuständig ist.

Magistratsabteilung 48 Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Fuhrpark

Durchführung von Grundlagenplanungen und Studien auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft gemäß Wr. AWG, der Straßenreinigung einschließlich des Winterdienstes und des städtischen Fuhrparks.

Erbringung folgender Reinigungsleistungen:

Reinigung und winterliche Betreuung von Gehsteigen über Auftrag der MA 28.

Reinigung und winterliche Betreuung der Märkte nach der Marktordnung nach Vereinbarung mit der MA 59.

Entfernung der Riss- und Fugenvegetation auf sämtlichen befestigten Teilen öffentlicher Verkehrsflächen (ÖG-Widmung) einschließlich der befestigten Teile von Wassergräben, auch auf den Hauptstraßen B. Reinigung der Fahrbahn, Schneebeseitigung auf Fahrbahnen und sonstigen Flächen, Schneefahrt, Bestreuung der Übergänge für Fußgängerinnen und Fußgänger und Fahrbahnen (mit Ausnahme der Autobahnen und Schnellstraßen) bei Glätte, Abfuhr des Straßen- und Marktkehrichts.

Betreiben von Geschirrmobilen.

Reinigung von Grünanlagen, Straßenbegleitgrün und Baumscheiben im Bereich öffentlicher Verkehrsflächen (ÖG-Widmung), ausgenommen der Spielplätze und der Hauptstraßen B.

Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Wiener Reinhaltegesetz, soweit nicht die Magistratsabteilungen 22 oder 58 zuständig sind.

Mitwirkung an der Vorbereitung von Verwaltungsstrafverfahren insbesondere nach dem Wiener Reinhaltegesetz und der Winterdienst-Verordnung nach Vereinbarung.

Durchführung der Administrativmaßnahmen auf Grund der Verordnung betreffend die Freihaltung des Stadtbildes von störenden Werbeständen.

Absicherung von Gefahrenstellen auf öffentlichen Verkehrsflächen und provisorische Behebung kleiner Straßenschäden, ausgenommen auf Autobahnen (notstandspolizeiliche Maßnahmen) sowie Vorschreibung der Kosten.

Erstellung und Fortschreibung des Wiener Abfallwirtschaftsplans und des Abfallvermeidungsprogramms nach dem Wiener Abfallwirtschaftsgesetz einschließlich der durchzuführenden Umweltprüfung. Maßnahmen nach dem Abfallwirtschaftsgesetz: Einrichtung von Abgabemöglichkeiten für Problemstoffe und Elektro- und Elektronikaltgeräte beziehungsweise Durchführung getrennter Sammlungen von Problemstoffen; Wahrnehmung der Verpflichtung der Gemeinde bei der Entfernung von im Stadtgebiet widerrechtlich gelagerten oder abgelagerten Siedlungsabfällen und deren umweltgerechte Behandlung. Vollziehung folgender Bestimmungen des Wiener Abfallwirtschaftsgesetzes:

§§ 19, 19a, 19b, 19c, 20 Abs. 2, 21 und 24; §§ 22a und 43, wenn dem Antrag nicht stattgegeben wird.

Erbringung folgender abfallwirtschaftlicher Leistungen:

Organisation und Durchführung der öffentlichen Müllabfuhr einschließlich der flächendeckenden, getrennten Sammlung von Altstoffen (öffentliche Altstoffsammlung) sowie der Abfallbehandlung. Weitergabe von Abfällen an befugte Sammlerinnen und Sammler sowie Behandlerinnen und Behandler zur Verwertung oder Beseitigung.

Abfallsammlung, Abfallbehandlung und Abfallverwertung.

Durchführung von Veranstaltungen, Herausgabe von Fachzeitschriften, Herstellung von Informations- und Werbematerial im Einvernehmen mit der Magistratsabteilung 53; Einsatz von Abfallberaterinnen und Abfallberatern und Erteilung von Auskünften über Abfallvermeidung und Abfallverwertung.

Planung, Errichtung und Führen von Deponien und Abfallbehandlungseinrichtungen sowie eines Labors.

Planung, Errichtung und Betrieb von Anlagen zur Verwertung von Abfällen einschließlich der Kompostierung.

Wahrnehmung der Rechte der Eigentümerin Stadt Wien an der Wiener Kommunal Umweltschutzprojekt GmbH.

Führen von Mistplätzen und Problemstoff-Sammelstellen.

Verwertung und Verkauf von im Rahmen der öffentlichen Müllabfuhr und sonstigen abfallwirtschaftlichen Leistungen erfassten Abfällen und sonstigen Gegenständen sowie von aus Abfällen hergestellten Produkten. Unterstützung der MA 54 bei der Verwertung ausgeschiedener gemeindeeigener Sachgüter.

Organisation und Durchführung der Sperrmüllabfuhr aus Haushalten; Entrümpelung von Haushalten.

Beistellung von Amtssachverständigen in Verfahren nach dem Wiener Abfallwirtschaftsgesetz.

Technische Fachdienststelle für städtische Kraftfahrzeuge mit Ausnahme der Erteilung von Einzelgenehmigungen.

Handhabung der Winterdienst-Verordnung, soweit nicht die Magistratsabteilungen 22 oder 58 zuständig sind; sowie Sammlung und Behandlung von Streusplitt.

Ankauf, Betreuung und wiederkehrende Überprüfung der städtischen Kraftfahrzeuge sowie Erwirkung der Zulassung und Besorgung der Steuer- und Versicherungsangelegenheiten (einschließlich der Schadensabwicklung nach Unfällen), mit Ausnahme der Feuerwehrfahrzeuge und soweit nicht die Magistratsdirektorin bzw. der Magistratsdirektor diese Aufgaben einzelnen Dienststellen übertragen hat; Verkauf der städtischen Kraftfahrzeuge.

Erbringung folgender Dienstleistungen:

Führen der zentralen Reparaturwerkstätte sowie der Lehrwerkstätte und der Garagen des städtischen Fuhrparks.

Erbringen von Fahrleistungen für Dienststellen des Magistrats.

Vergabe von Fuhrwerksarbeiten und Überprüfung der Rechnungen von Fuhrwerksleistungen.

Erbringen diverser Fahrleistungen.

Verwertung der Kraftfahrzeugreifen und -akkumulatoren.

Errichtung, Betriebsführung, Verwaltung und Erhaltung von abteilungseigenen Gebäuden und Betriebseinrichtungen, soweit nicht die MA 01 zuständig ist.

Verwaltung der abteilungseigenen Grundflächen.

Wahrnehmung der Aufgaben nach § 42a Sicherheitspolizeigesetz (Führung des Zentralen Fundservices) einschließlich Sammeln und Verwahren der dezentral gesammelten Fundgegenstände.

Führen, Errichtung, Betriebsführung und Erhaltung von öffentlichen Bedürfnisanstalten ausgenommen Bedürfnisanstalten auf der Donauinsel, auf dem rechten und linken Donaudamm (linke Dammverstärkung) sowie der Anlagen am Großmarkt Wien.

Vollziehung des § 89a der Straßenverkehrsordnung 1960, insbesondere die Entfernung und Verwahrung von Fahrzeugen und sonstigen Gegenständen, Führung des Kostenersatzverfahrens, soweit keine andere Dienststelle dafür zuständig ist, und weitere Verfügung über in das Eigentum der Straßenerhalterin Stadt Wien übergegangene Fahrzeuge einschließlich der Amtshilfe für andere Behörden.

Wahrnehmung folgender Aufgaben nach der Verordnung betreffend stationslose elektrisch betriebene Klein- und Miniroller und stationslose Mietfahrräder: Entfernung von elektrisch betriebenen Klein- und Minirollern und Mietfahrrädern im Auftrag des Stadtservice Wien und ihre Verwahrung sowie Führung des Kostenersatzverfahrens und weitere Verfügung über in das Eigentum der Stadt Wien übergegangene elektrisch betriebene Klein- und Miniroller und Mietfahrräder.

Entfernung und Lagerung von Einrichtungen nach dem Gebrauchsabgabengesetz auf Anordnung der jeweils für die Erteilung von Gebrauchs-erlaubnissen für entsprechende Einrichtungen zuständigen Dienststelle, Führung des Kostenersatzverfahrens und weitere Verfügung über in das Eigentum der Stadt Wien übergegangene Einrichtungen.

Mitwirkung in Fragen der Straßenpolizei und des Verkehrswesens, soweit sie Aufgaben der MA 48 betreffen; Erlassung von Verordnungen über die befristete Aufhebung von Kurzparkzonen.
Vorschreibung der Kosten für die Reinigung von öffentlichen Verkehrsflächen.

Magistratsabteilung 49 Forst- und Landwirtschaftsbetrieb

Planung, Errichtung und Erhaltung von Umweltbildungs- und Erholungswaldanlagen; Angebote zur Umweltbildung und Waldpädagogik; Sicherung des Grüngürtels durch naturräumliche Planungen, Aufforstungen, Landschaftsgestaltung und Windschutzanlagen.

Verwaltung, Erhaltung (Pflege) und Bewirtschaftung der als Erholungswald und Wiesen genutzten Grundflächen (insbesondere Wienerwaldforste, Lobau) im Hinblick auf die Erzielung optimaler Wohlfahrts- und Erholungswirkungen.

Mitwirkung bei der Verwaltung des Nationalparks Donau-Auen und des Biosphärenparks Wienerwald jeweils nach Maßgabe einer Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG.

Vollziehung des Wiener Biosphärenparkgesetzes ausgenommen die behördliche Festsetzung von Entschädigungen sowie Verwaltungsstrafverfahren.

Erlassung von Verordnungen nach dem Wiener Tierhaltegesetz über den Auslauf von Hunden auf Flächen der MA 49.

Mitwirkung bei der Gutachtenerstellung zur land- und forstwirtschaftlichen Liegenschaftsbewertung, insbesondere betreffend Waldwertrechnung und Waldbewertung sowie bei der Erstellung forstlicher Planungswerke.

Errichtung, Betriebsführung, Verwaltung und Erhaltung der für die Erfüllung der eigenen Aufgaben erforderlichen Betriebseinrichtungen, forsttechnischen Bauwerke und Einrichtungen, Materialanlagen, Straßen und Wege sowie aller Steganlagen und Brücken, die nicht in die Verwaltung der MA 29 fallen, soweit nicht die MA 01 zuständig ist.

Verwaltung und Erhaltung der Hermesvilla.

Forstliche Betreuung der in Verwaltung städtischer Dienststellen stehenden Wälder, soweit nicht die Magistratsabteilung 42 zuständig ist.

Bewirtschaftung und Pflege der stadteigenen Quellenschutz-, Wasserschutz- und Schongebiete; Durchführung von Maßnahmen im Hinblick auf einen optimalen Boden- und Waldzustand zur Gewährleistung eines nachhaltigen Wasserdargebotes; Abschluss von Grundbenützungsüberkommen und Verpachtungen auf den im Eigentum der Stadt Wien stehenden Bereichen der Quellenschutz- und Schongebiete.

Führung von land- und forstwirtschaftlichen Nebenbetrieben.

Maßnahmen betreffend Wildtiere im Stadtgebiet sowie Betrieb einer Wildtierstation zur Pflege verletzter Wildtiere.

Verwaltung und wirtschaftliche Nutzung der städtischen Eigen- und Gemeindejagden sowie der Fischereieigen- und Fischereipachtreviere.

Erhaltung und Pflege von Gewässern auf den von der MA 49 verwalteten Grundflächen.

Forstliche vermessungstechnische Arbeiten, soweit sie nicht Eigentumsgrenzen berühren.

Mitwirkung bei der Vertretung der Interessen der Stadt Wien in den Schutz- und Schongebieten gemäß den Verordnungen zum Schutze der Wasservorkommen.

Weideangelegenheiten.

Erwerb und Verwaltung von Gastgewerbeberechtigungen in städtischen Forsten im Einvernehmen mit der Magistratsabteilung 69.

Forst-, Jagdschutz-, Fischerei-, Naturschutz- und Nationalparkaufsichtsdienst sowie Naturwache auf den von der MA 49 verwalteten Flächen.

Unterstützung der MA 48 bei der Vollziehung des Wiener Reinhaltengesetzes.

Führung des Landwirtschaftsbetriebes der Stadt Wien; Verwaltung und Erhaltung der landwirtschaftlich nutzbaren Grundflächen, auch wenn diese von Dritten bewirtschaftet werden.

Bewirtschaftung von städtischen Grundflächen, sofern eine landwirtschaftliche Nutzung vertretbar oder zweckmäßig ist.

Mitwirkung am Institut Bioforschung Austria zur Durchführung biologischer Untersuchungen, insbesondere auf dem Sektor der Landwirtschaft.

Führung von Werkstätten für die Instandhaltung land- und forstwirtschaftlicher Maschinen, Geräte, Fahrzeuge und Betriebsobjekte.

Personalverwaltung und Personalservice für Forst-, Säge- und Landarbeiterinnen und Forst-, Säge- und Landarbeiter, Saisonarbeiterinnen und Saisonarbeiter, Gutsangestellte sowie Tagesaushelferinnen und Tagesaushelfer der Stadt Wien.

Magistratsabteilung 54 Zentraler Einkauf und Logistik

Bedarfserfassung, Beschaffung und Instandhaltung der sachlichen Erfordernisse (ausgenommen Kraftfahrzeuge) für die städtischen Dienststellen einschließlich für Schulen insoweit, als nicht die Magistratsdirektorin bzw. der Magistratsdirektor die Beschaffung von Spezialerfordernissen einzelnen Dienststellen übertragen hat.

Beratung und Unterstützung bei der Vorbereitung sowie Vergabe von Bauleistungen für Dienststellen nach Vereinbarung im Rahmen des geschäftseinteilungsmäßigen Wirkungsbereiches der jeweiligen Dienststelle.

Beratung und Unterstützung bei der Vorbereitung sowie Vergabe von sonstigen Leistungen und Lieferungen für Dienststellen nach Vereinbarung im Rahmen des geschäftseinteilungsmäßigen Wirkungsbereiches der jeweiligen Dienststelle.

Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen mit Beschaffungszuständigkeit im Bereich der fachspezifischen Ausbildung und bei Preisbeurteilungen, Auswahl der erforderlichen Software und Bereitstellung des Know-hows für die Durchführung von Internetauktionen, Einbindung zur fachlichen Beratung bei Beschaffungsk Kooperationen mit Beschaffungsstellen anderer Gebietskörperschaften.

Verwaltung, Anlage und Pflege des zentralen SAP-Materialstamms.

Ankauf und Lagerung von Bau- und Werkstoffen und Abgabe derselben an städtische Dienststellen.

Begutachtung der Wiederverwendungsmöglichkeit von Altbaustoffen, ihre Vermittlung an städtische Dienststellen und Veräußerung oder Antragstellung auf Veräußerung von Altbaustoffen.

Verwaltung der und Wahrnehmung der Funktion als Bauherrin für Betriebsanlagen, die für die Erfüllung der eigenen Aufgaben erforderlich sind.

Verwertung ausgeschiedener gemeindeeigener Sachgüter, soweit keine andere Dienststelle zuständig ist.

Organisation der getrennten Sammlung von wieder verwertbaren Stoffen und Problemstoffen in städtischen Dienststellen.

Durchführung der Übersiedlung von Dienststellen und Durchführung von sonstigen Transporten.

Führen des Zentrallagers und der abteilungseigenen Werkstätten.

Magistratsabteilung 58 Wasserrecht

Rechtliche Angelegenheiten der Landeskultur allgemeiner, grundsätzlicher und besonderer Art:

Agrarbehörde,
Agrarwesen und Bodenreform,
Grundverkehrswesen,
Angelegenheiten der land- und forstwirtschaftlichen Berufsvertretungen, der land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildung, des land- und forstwirtschaftlichen Arbeits- und Sozialrechtes, ausgenommen des Sozialversicherungswesens,
Führung der Geschäfte der Einigungskommission nach der Wiener Landarbeitsordnung,
Angelegenheiten des Feldschutzes, des Pflanzen- und Saatgut-schutzes, des Verkehrs mit Düngemitteln,
Angelegenheiten des Buschenschanks mit Ausnahme der den Magistratischen Bezirksämtern zugewiesenen Angelegenheiten,
Angelegenheiten der Börse für landwirtschaftliche Produkte,
Rechtliche Angelegenheiten des Forstgesetzes,
Angelegenheiten der Landesforstinspektion und damit verbundene Aufgaben,
Beistellung von Sachverständigen in Angelegenheiten der Forstwirtschaft, der Jagd und Fischerei,
Bestellung der Forstschutzorgane,
Angelegenheiten des Schutzes von Gartenanlagen.

Durchführung von Verwaltungsstrafverfahren nach dem Wiener Reinhaltegesetz, dem Forstgesetz, dem Wiener Jagdgesetz, dem Wiener Fischereigesetz, dem Wiener Weinbaugesetz, dem Wiener Tierhaltengesetz und der Winterdienst-Verordnung.

Angelegenheiten des Jagdwesens, ausgenommen die der Magistratsabteilung 49 zugewiesenen Aufgaben.

Angelegenheiten des Fischereiwesens.

Wahrnehmung der Aufgaben der Landeshauptfrau bzw. des Landeshauptmannes nach dem Tiertransportgesetz 2007.

Wahrnehmung der Aufgaben der Landeshauptfrau bzw. des Landeshauptmannes nach dem Futtermittelgesetz, soweit nicht die Magistratsabteilung 60 zuständig ist.

Erlassung von Verordnungen nach dem Tiermaterialiengesetz.

Anerkennung von Tiergesundheitsdiensten nach dem Tierarzneimittelkontrollgesetz.

Land- und Forstwirtschaftsinspektion.

Beistellung von Sachverständigen auf dem Gebiet der Landwirtschaft. Handhabung des Wiener Gentechnik-Vorsorgegesetzes.

Förderungsangelegenheiten nach dem Wiener Landwirtschaftsgesetz und Förderung der Wiener Landwirtschaftskammer.

Wahrnehmung des Aufsichtsrechtes hinsichtlich des Jahresvorschlages und des Rechnungsabschlusses der Wiener Landwirtschaftskammer.

Entgegennahme und Weiterleitung von Ernte- und Bestandsmeldungen nach dem Weingesetz.

Handhabung des Wiener Weinbaugesetzes, soweit keine andere Dienststelle zuständig ist; Beistellung von Amtssachverständigen nach diesem Gesetz.

Führung des Rebflächenverzeichnisses.

Rechtliche Angelegenheiten der Tierhaltung und Tierzucht.

Rechtliche Angelegenheiten des Veterinärwesens, insbesondere der Tiermärkte, Schlachthöfe und Kühllhäuser, Tierkörperverwertung, Festsetzung der Gebühren und Entgelte auf diesem Gebiet, der Tierspitäler,

der Landesstelle der Tierärztekammer und des Gütezeichens für Fleischwaren.

Allgemeine rechtliche Angelegenheiten sowie Wahrnehmung der Aufgaben der Landeshauptfrau bzw. des Landeshauptmannes nach den tierseuchenrechtlichen Bestimmungen.

Bestellung und Angelobung der Sachverständigen der Bienenzucht nach dem Bienenseuchengesetz und dem Wiener Bienenzuchtgesetz sowie damit im Zusammenhang stehende Aufgaben; Prüfung und Übermittlung der Gebührenfestsetzungen an das zuständige Bundesministerium. Legistik und behördliche Aufgaben betreffend invasive gebietsfremde Arten.

Rechtliche Angelegenheiten des Wasserrechts, soweit nicht die Magistratsabteilungen 37, 64 oder die Magistratischen Bezirksämter zuständig sind.

Vollziehung des Bundes-Umwelthaftungsgesetzes, ausgenommen Verwaltungsstrafverfahren.

Führung des Wasserbuches.

Rechtliche Angelegenheiten des Hochwasserschutzes.

Durchführung von teilkonzentrierten Genehmigungsverfahren nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz für Bundesstraßen und Hochleistungsstrecken, sofern eine wasserrechtliche Bewilligung erforderlich ist und nicht die Magistratsabteilung 64 zuständig ist.

Rechtliche Angelegenheiten des Schifffahrtswesens.

Allgemeine und grundsätzliche rechtliche Angelegenheiten nach dem Wasserversorgungsgesetz.

Angelegenheiten des Kanalanlagen und Einmündungsgebührengesetzes sowie des Kanalaräumungs- und Kanalgebührengesetzes, soweit nicht eine andere Dienststelle dafür zuständig ist.

Wahrnehmung der der Landeshauptfrau bzw. dem Landeshauptmann zugewiesenen Kompetenzen für Deponien nach dem Abfallwirtschaftsgesetz.

Magistratsabteilung 60 Veterinäramt und Tierschutz

Allgemeine Angelegenheiten des Veterinärwesens mit Ausnahme der der Magistratsabteilung 58 vorbehaltenen Angelegenheiten und der den Magistratischen Bezirksämtern zukommenden veterinärbehördlichen Aufgaben.

Allgemeine Angelegenheiten des Tierschutzes, ausgenommen die der Magistratsabteilung 58 und den Magistratischen Bezirksämtern vorbehaltenen Angelegenheiten.

Kontrollen nach dem Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz, soweit landwirtschaftliche Tierhaltungen betroffen sind.

Kontrolle des Tierverkehrs sowie des Verkehrs mit tierischen Produkten mit Ausnahme von Lebensmitteln tierischer Herkunft.

Aufsichtsdienst auf dem Gebiet des Futtermittelgesetzes sowie Überwachung von Hygienemaßnahmen und Gesundheitskontrollen in Geflügelbetrieben gemäß der Geflügelhygieneverordnung.

Beistellung von Sachverständigen zur Überwachung der biozidrechtlichen Bestimmungen im Veterinär- und Futtermittelbereich.

Handhabung des Tierschutzgesetzes, soweit keine andere Dienststelle zuständig ist.

Erlassung von Bescheiden über die Beschlagnahme von Tieren im Rahmen von Verwaltungsstrafverfahren.

Handhabung des Wiener Tierhaltengesetzes, soweit keine andere Dienststelle zuständig ist.

Bestellung, Angelobung und Abberufung der Organe der öffentlichen Aufsicht nach dem Wiener Tierhaltengesetz sowie Organisation von Maßnahmen für die Durchführung des Dienstes dieser Organe.

Handhabung des Tiertransportgesetzes 2007, ausgenommen die Zuständigkeiten der Magistratsabteilung 58 und die Durchführung von Strafverfahren.

Handhabung des Tierarzneimittelrechts, ausgenommen die den Magistratsabteilungen 15 und 58 und den Magistratischen Bezirksämtern zugewiesenen Aufgaben.

Handhabung der Registrierung oder Zulassung von Betrieben, die vorübergehend oder dauerhaft Tiere halten, sowie der Identifizierungsverpflichtung und Rückverfolgbarkeit von Tieren.

Handhabung des Tiermaterialengesetzes, soweit nicht andere Dienststellen zuständig sind.

Wahrnehmung des Aufsichtsdienstes und Vornahme von Sofortmaßnahmen nach den tierseuchenrechtlichen Bestimmungen sowie Erlassung von Bescheiden und Durchführung veterinärbehördlicher Maßnahmen bei Verdacht des Auftretens einer anzeigepflichtigen Tierseuche auf Betriebsebene und bei Feststellung des Bestehens einer solchen.

Beistellung von Amtssachverständigen auf dem Gebiet des Veterinärwesens.

Veterinärbehördliche Überwachung der Tiermärkte, Tierauktionen, Tierschauen, Zirkusse und Tieraussstellungen, der Tierspitäler und der Tierschutzhäuser.

Amtstierärztliche Kontrollen von Tierversuchseinrichtungen, sofern nicht die Magistratsabteilung 58 zuständig ist.

Evidenthaltung und Überwachung der Berufsausübung der niedergelassenen Tierärztinnen und Tierärzte, Kontrolle der tierärztlichen Hausapotheken, der Gebahrung mit Suchtgiften durch Tierärztinnen und Tierärzte sowie des Verkehrs mit Tierimpfstoffen und Arzneimitteln; Kontrolle der tierärztlichen Ordinationen nach dem Abfallwirtschaftsgesetz.

Überwachung des Huf- und Klauenbeschlages.

Durchführung von veterinärbehördlichen Kontrollen.

Kontrolle von Tierzuchtverbänden und Tierzuchtbetrieben.

Begutachtung der Anträge auf Verleihung des Berufstitels „Veterinär-rätin“ bzw. „Veterinär-rat“.

Verwaltung von Liegenschaften der ebswien kläranlage & tierservice Ges.m.b.H..

Magistratsabteilung 62

Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten

Führung der Wählerevidenz, Organisation und Durchführung von Wahlen sowie von Volksbegehren, Volksabstimmungen und Volksbefragungen; Vorbereitung der Berufung von Ersatzbeisitzerinnen und Ersatzbeisitzern gemäß der GWO und von Entscheidungen der Wahlbehörden.

Evidenthaltung der Funktionsdauer der gewählten Funktionärinnen und Funktionäre der Gemeinde, soweit nicht eine andere Dienststelle zuständig ist.

Führung der Geschäftsstelle des Wiener Unabhängigen Parteienprüfsenats.

Legistik betreffend das Wiener Parteiengesetz.

Wahrnehmung der Aufgaben der Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters und der Landeshauptfrau bzw. des Landeshauptmannes nach dem Meldegesetz 1991, soweit nicht eine andere Dienststelle zuständig ist.

Wahrnehmung der Aufgaben der Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters nach dem Passgesetz 1992, soweit nicht eine andere Dienststelle zuständig ist.

Legistische Angelegenheiten der Landes- und Bezirksgrenzen auf Grundlage der Vorschläge der Magistratsabteilung 41.

Rechtliche Angelegenheiten der Symbole der Bundeshauptstadt Wien.

Handhabung des Gesetzes über Petitionen in Wien.

Legistische und behördliche Angelegenheiten betreffend den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit.

Angelegenheiten des Zivildienstes sowie koordinierende Maßnahmen auf Grund des Zivildienstgesetzes.

Wahrnehmung der Aufgaben, die der Stadt Wien nach dem Militärbefugnisgesetz zukommen sowie Koordinierung der erforderlichen Maßnahmen.

Angelegenheiten nach dem Wiener Landessicherheitsgesetz und dem Wiener Prostitutionsgesetz 2011, soweit keine andere Dienststelle zuständig ist.

Behördliche Angelegenheiten der Stiftungen und Fonds.

Handhabung des Wiener Sammlungsgesetzes.

Preisangelegenheiten mit Ausnahme von Mietzinsen und Lebensmittelpreisen.

Vorbereitung der Erhebungsverordnung gemäß dem Wiener Statistikgesetz.

Kultusangelegenheiten mit Ausnahme der Angelegenheiten der konfessionellen Altmatriken und der Entgegennahme der Erklärungen über den Austritt aus staatlich anerkannten Religionsgesellschaften.

Wahrnehmung der Aufgaben der Stadt Wien nach dem Geschworenen- und Schöffengesetz.

Allgemeine und grundsätzliche Angelegenheiten der Gemeindevermittlungsämler.

Angelegenheiten nach dem NS-Gesetz (VG 1947).

Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft

Kulturpolitik, Kunst-, Kultur- und Wissenschaftsförderung, Förderung der Altstadterhaltung, Denkmalpflege und kulturelles Erbe, Kulturvermittlung, wissenschaftliche Stiftungen und Fonds, kulturelle Auslandsbeziehungen, Archiv- und Bibliothekswesen, Angelegenheiten der Museen der Stadt Wien, Stadtarchäologie; Angelegenheiten der Wiener Volkshochschulen.

Zugehörige Magistratsabteilungen:

Magistratsabteilung 7	Kultur
Magistratsabteilung 8	Wiener Stadt- und Landesarchiv
Magistratsabteilung 9	Wienbibliothek im Rathaus

Magistratsabteilung 7 Kultur

Förderung der kulturellen Aktivitäten von Wiener Kulturschaffenden und Kulturinstitutionen in den Bereichen Bildende Kunst, Medienkunst, Literatur, Musik, Stadtteilkultur, Interkulturalität, Darstellende Kunst sowie Film, Kino und Mode.

Förderung der Wissenschaft und Forschung sowie der Gedächtnis- und Erinnerungskultur.

Förderung der Altstadterhaltung, insbesondere Verwaltung des Wiener Altstadterhaltungsfonds, einschließlich der Überwachung der Restaurierungsarbeiten in denkmalpflegerischer Hinsicht.

Förderung von bildenden Künstlerinnen und Künstlern durch den Ankauf von Kunstwerken.

Vergabe von Stipendien, wie z.B. in den Bereichen Literatur, Bildende Kunst, Medienkunst, Film, Komposition, Darstellende Kunst und Wissenschaft.

Vergabe von „START-Ateliers“ für junge Künstlerinnen und Künstler.

Vergabe von Würdigungspreisen und Förderungspreisen der Stadt Wien für Architektur, Bildende Kunst, Medienkunst, Literatur, Musik (Komposition), Publizistik, Wissenschaften und Volksbildung.

Vergabe von Preisen, wie z.B. Galerienpreisen, Offspace-Preisen, Kinder- und Jugendbuchpreisen, H.C.-Artmann-Preis, Veza-Canetti-Preis, Ernst-Krenek-Preis und Dr.-Karl-Renner-Preisen.

Durchführung von Eigenveranstaltungen, wie z.B. Internationales Adventsingen.

Angelegenheiten der Ehrengräber und Grabwidmungen.

Denkmalpflegerische Obhut für Grabdenkmäler auf aufgelassenen Wiener Friedhöfen.

Verwaltung und denkmalpflegerische Obhut von bestehenden Freiplastiken (ausgenommen begehbbare Kapellen) und Gedenktafeln, soweit keine andere Dienststelle zuständig ist.

Verwaltung und denkmalpflegerische Obhut von neu errichteten Freiplastiken und Gedenktafeln, sofern eine positive Empfehlung durch den „Beirat zur Errichtung von Gedenk- und Erinnerungszeichen (Freiplastiken und Gedenktafeln)“ vorliegt.

Wahrnehmung der Parteistellung und der Anhörungsrechte der Landeshauptfrau bzw. des Landeshauptmannes, der Gemeinde und der Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters nach dem Denkmalschutzgesetz für Denkmäler, ausgenommen betreffend Gebäude, Straßenbauten inklusive Nebenanlagen sowie Garten- und Parkanlagen.

Angelegenheiten der bestehenden Ehrenpensionen und außerordentlichen Zuwendungen.

Vorbereitung der Benennung von Verkehrsflächen, städtischen Gebäuden und Anlagen, soweit es sich nicht um Anlagen der Unternehmungen „Wiener Gesundheitsverbund“ und „Wiener Wohnen“ handelt.

Vertretung der Stadt Wien in internationalen Kulturorganisationen.

Mitwirkung bei der Verwaltung und Tätigkeit von Stiftungen und Fonds für kulturelle und wissenschaftliche Zwecke.

Förderung musealer Einrichtungen.

Rechtliche und allgemeine Angelegenheiten des Wiener Museumswesens.

Rechtliche Angelegenheiten im Bereich Kultur und Wissenschaft.

Administration der dezentralen Bezirkskulturförderungen für die Bezirke.

Wahrnehmung der Aufgaben als Dienstgeberin gegenüber den der Anstalt „Museen der Stadt Wien“ zugewiesenen Bediensteten der Gemeinde Wien.

Magistratsabteilung 8

Wiener Stadt- und Landesarchiv

Allgemeine und spezielle Angelegenheiten des Archivwesens einschließlich des Archivschutzes.

Angelegenheiten des Wiener Archivgesetzes, insbesondere:

- Wahrnehmung der nach diesem Gesetz dem Wiener Stadt- und Landesarchiv zugewiesenen Aufgaben betreffend die Bewertung, die Sicherung und die Nutzung von Archivgut.
- Koordination von Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren und systematischen Aufbewahrung von Unterlagen schon vor der Archivierung (vorarchivische Schriftgutverwaltung).
- Angelegenheiten der digitalen Langzeitarchivierung.
- Durchführung der behördlichen Verfahren.

Führung der politischen Dokumentation Wiens, insbesondere wissenschaftliche Erschließung der Landtags- und Gemeinderatsprotokolle durch die Infodat Wien.

Führung des Wien-Geschichte-Wiki in Kooperation mit der MA 9.

Stellungnahme zur Errichtung von Gedenk- und Erinnerungszeichen sowie zu Verkehrsflächenbenennungen mit historischem und topografischem Bezug.

Angelegenheiten der topografischen Nomenklatur.

Führung der Archivbibliothek.

Kundmachung von Staatsverträgen durch Auflage zur öffentlichen Einsicht an Stelle der Kundmachung im Bundesgesetzblatt.

Magistratsabteilung 9

Wienbibliothek im Rathaus

Allgemeine und spezielle Angelegenheiten des Bibliothekswesens.

Sammlung von Druckwerken jedweder Art (inklusive Plakate, Einblattdrucke, Wiener Zeitungen und Zeitschriften, Programme, Wahlmaterialien u.ä.), Autografen, Musikhandschriften, Musikdrucken und Schallträgern, die für Wien in geschichtlicher, kultureller, kultur- und kunstgeschichtlicher, literarischer sowie rechts- und verwaltungswissenschaftlicher Hinsicht Bedeutung haben.

Führung der wissenschaftlichen Bibliothek des Magistrats sowie der Amtsbibliothek; Bereitstellung des gesammelten Materials für Forschungszwecke und wissenschaftliche Beratung der Bibliotheksbenützerinnen und Bibliotheksbenutzer.

Führung des Wien-Geschichte-Wiki in Kooperation mit der MA 8; Führung des Gedenktageindex.

Abfassung von Biografien; Stellungnahme zu Ehrungen, Titelverleihungen, Verkehrsflächenbenennungen, Ehrenpensionen, a.o. Zuwendungen, Grabwidmungen und dergleichen.

Veranstaltung von Ausstellungen aus den Beständen der Bibliothek und Beteiligungen an Ausstellungen inklusive vorhergehender wissenschaftlicher Aufbereitung des Ausstellungsthemas und Bearbeitung der Ausstellungsobjekte.

Wissenschaftliche Bearbeitung und Auswertung des gesammelten Materials sowie Forschungen zur Wiener Kulturgeschichte und Publikation der Forschungsergebnisse, insbesondere auch die Herausgabe von Bestandnachweisen und Katalogen über wissenschaftlich bearbeitete Bestände.

Anregung von Forschungsk Kooperationen, Organisation von Veranstaltungen zur (Kultur-)Geschichte Wiens sowie Wissenschaftsvermittlung, wie etwa im Rahmen der „Wiener Vorlesungen“.

Verwaltung von Stiftungen, deren Widmung einen Bezug zur Wiener Stadt- und Landesbibliothek aufweist.

Geschäftsgruppe Soziales, Gesundheit und Sport

Gesundheitsvorsorge, Gesundheitsförderung und Gesundheitsschutz; Gesundheitspolitik in Richtung „Gesunde Stadt“; Gesundheits- und Sozialplanung, Krankenanstaltenfinanzierung; Angelegenheiten der Krankenanstalten und Pflegeheime, Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst; Pflegesicherung und Betreuung zu Hause einschließlich sozialer Dienstleistungen; rechtliche Angelegenheiten des Gesundheits- und Sozialwesens sowie der Sozialversicherung; Sozialpolitik, Betreuung der älteren Generation, Koordination der Behindertenhilfe; Angelegenheiten des Fonds Soziales Wien; Hochbau und Haustechnik im Gesundheitswesen; Sportpolitik, insbesondere Förderung des Breiten-, Leistungs- und Spitzensportes.

Zugehörige Magistratsabteilungen:

Magistratsabteilung 15	Gesundheitsdienst
Magistratsabteilung 24	Strategische Gesundheitsversorgung
Magistratsabteilung 40	Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht
Magistratsabteilung 51	Sport Wien
Magistratsabteilung 70	Berufsrettung Wien

Wiener Gesundheitsverbund

Magistratsabteilung 15 Gesundheitsdienst

Angelegenheiten des Gesundheitswesens, soweit nicht eine andere Dienststelle zuständig ist.

Aufgaben der Landessanitätsdirektorin bzw. des Landessanitätsdirektors, insbesondere Wahrnehmung des Vorsitzes oder der Mitgliedschaft in allen Gremien, in denen die Mitwirkung der Landessanitätsdirektorin bzw. des Landessanitätsdirektors sowie der leitenden Landessanitätsreferentin bzw. des leitenden Landessanitätsreferenten vorgesehen ist; das sind z.B.

- der Landessanitätsrat,
- die Physikatsprüfungskommission,
- die Aufnahme- bzw. Prüfungskommissionen für nichtärztliche Sanitätsberufe sowie
- der ständige Ausschuss des Ärztekamdiens.

Führen der Bürogeschäfte des Landessanitätsrates für Wien sowie der Landessanitätsdirektion Wien.

Mitwirkung bei Maßnahmen zur Sicherung der ärztlichen und pflegerischen Versorgung der Bevölkerung sowie der Versorgung mit anderen medizinischen Gesundheitsberufen; Mitwirkung bei der Feststellung geeigneter Ausbildungsstellen für Ärztinnen und Ärzte.

Teilnahme bei Visitationen der Ärztekammer.

Evidenthaltung und fachliche Überprüfung der Berufsausübung in den medizinischen Gesundheitsberufen und Sozialbetreuungsberufen sowie grundsätzliche Angelegenheiten ihrer Aus- und Fortbildung, soweit nicht eine andere Dienststelle zuständig ist; Ausstellung der Berufsausweise; Entgegennahme und Überprüfung der Anzeige der Freiberuflichkeit. Maßnahmen der Verhütung, Früherfassung und Bekämpfung von Krankheiten des Menschen, insbesondere der übertragbaren Krankheiten, Epidemiologie, Gesundheitsvorsorge, Gesundheitserziehung, Impfwesen, Desinfektionswesen für Human- und Veterinärmedizin.

Handhabung des Epidemiegesetzes, ausgenommen Verwaltungsstrafverfahren und die der Magistratsabteilung 40 übertragenen Aufgaben. Angelegenheiten der Ethikkommission der Stadt Wien und Führen der Geschäftsstelle.

Stellungnahme zu Anträgen auf Verleihung von Auszeichnungen und medizinischen Berufstiteln.

Angelegenheiten der Bau-, Arbeits-, Ernährungs-, Wasser-, Verkehrs-, Wohn-, Sport-, Umwelt- und Sozialhygiene, soweit nicht eine andere Dienststelle zuständig ist.

Beistellung von Sachverständigen für die Stadt Wien in Gesundheitsfragen, soweit nicht eine andere Dienststelle zuständig ist.

Wahrnehmung der Aufgaben als Dienstbehörde bzw. als Dienstgeberin gegenüber den der Wiener Gesundheitsförderung gemeinnützige GmbH zugewiesenen Bediensteten der Gemeinde Wien.

Wahrnehmung der Rechte der Eigentümerin Stadt Wien an der Wiener Gesundheitsförderung gemeinnützige GmbH.

Führen des Stadtgesundheitsamtes.

Führen der Gesundenuntersuchungsstellen.

Führen der Tuberkulosevorsorgestellen.

Führen und Organisation der Stützpunkte für Familienhebammen; ärztlicher Dienst in den Elternberatungsstellen der Stadt Wien.

Medizinische Beratung und Betreuung im Bereich der Säuglings-, Kinder- und Jugendfürsorge.

Medizinische Beratung und Angelegenheiten der Hygiene, ausgenommen solche der Lebensmittel- und Küchenhygiene, betreffend Kindergärten und Kinderheime, Führung des ärztlichen Dienstes der städtischen Kindergärten.

Angelegenheiten der Schulhygiene; schulärztlicher Dienst in den städtischen Pflicht- und Berufsschulen.

Ärztliche, therapeutische und sozialarbeiterische Betreuung der Wiener Sonderschulen, Früherfassung körperbehinderter Kinder und Jugendlicher.

Wahrnehmung der Aufgaben der Betrieblichen Sozialarbeit, insbesondere der Agenden der Betrieblichen Eingliederung, der Krisenintervention sowie der Beratung in dienstlichen Konfliktsituationen und bei individuellen psychosozialen Notsituationen.

Ernennung und Enthebung von Sicherheitsvertrauenspersonen.

Führen des Impfservice Wien.

Amtsärztliche Aufgaben nach dem Suchtmittelgesetz und den gemäß dem Suchtmittelgesetz ergangenen Verordnungen.

Überwachung des Suchtgiftverkehrs, soweit nicht die Magistratischen Bezirksämter zuständig sind.

Angelegenheiten des Tuberkulosegesetzes, des Geschlechtskrankheitengesetzes und des AIDS-Gesetzes 1993.

Meldung von Personen an die Landespolizeidirektion Wien, welche, ohne die Beendigung der Prostitutionsausübung mitgeteilt zu haben, länger als sechs Monate nicht zur Kontrolluntersuchung erschienen sind.

Mitwirkung bei der sanitären Überwachung der Krankenanstalten, Rettungs- und Krankentransportdienste, natürlichen Heilvorkommen und Kuranstalten, Einrichtungen nach dem Wiener Wohn- und Pflegeheimgesetz, Behinderteneinrichtungen, Heimhilfe-Einrichtungen und Einrichtungen nach dem Wiener Sozialhilfegesetz.

Mitwirkung bei der Überwachung des Apothekenbetriebs (in öffentlichen Apotheken auch hinsichtlich des Tierarzneimittelkontrollgesetzes) und des Heilmittelverkehrs.

Außerkehrsetzung von Arzneimitteln durch individuelle Verwaltungsakte.

Mitwirkung bei Angelegenheiten des Blutspendewesens.

Mitwirkung bei Angelegenheiten des Strahlenschutzes, des Zivilschutzes, des Katastrophenschutzes und der Katastrophenhilfe.

Medizinisches Krisenmanagement.

Führen der amtsärztlichen Untersuchungsstelle.

Führen des Hygienezentrums der Stadt Wien.

Medizinische Angelegenheiten des Wiener Leichen- und Bestattungswesens; Totenbeschau in Wien, Anordnung und Administration von sanitätsbehördlichen Obduktionen.

Dienstaufsicht über das zugewiesene Personal, soweit es nicht der Dienstaufsicht der Magistratsdirektorin bzw. des Magistratsdirektors untersteht.

Magistratsabteilung 24 Strategische Gesundheitsversorgung

Wahrnehmung der Gesundheitsplanung, Ausarbeitung und Abstimmung von diesbezüglichen Konzepten und Plänen.

Wahrnehmung der Aufgaben der Geschäftsstelle des Wiener Gesundheitsfonds, insbesondere auch der dem Fonds durch das Wiener Gesundheitsfonds-Gesetz übertragenen Aufgaben und Mitwirkungsrechte (insbesondere im Zusammenhang mit der Zielsteuerung-Gesundheit) sowie der durch das Wiener Krankenanstaltengesetz übertragenen Agenden im Bereich der wirtschaftlichen Aufsicht über Fonds-Krankenanstalten

sowie der Beitragsleistung zum Betriebsabgang öffentlicher Krankenanstalten, deren Rechtsträgerin bzw. Rechtsträger nicht die Stadt Wien ist. Angelegenheiten der Dokumentation von Statistik- und Kostendaten in Krankenanstalten, soweit hierfür nicht andere Dienststellen zuständig sind.

Dokumentation und Auswertung von Gesundheitsdaten, bedarfs- und zielgruppenspezifische Gesundheitsberichterstattung.

Entwicklung und Führung eines strategischen Gesundheitsmonitorings für Wien unter besonderer Berücksichtigung genderspezifischer Aspekte.

Führung des Büros für Frauengesundheit und Gesundheitsziele.

Abschluss von Verträgen mit Sozialversicherungsträgerinnen und Sozialversicherungsträgern und anderen Institutionen, insbesondere über Leistungsabteilungen oder Gebühren, soweit nicht die MA 15, MA 40, MA 70 oder die Unternehmung „Wiener Gesundheitsverbund“ zuständig sind.

Koordination der Wiener E-Health Strategie mit der Magistratsdirektion, den betroffenen Dienststellen und nichtstädtischen Einrichtungen.

Mitwirkung und Erstellung von Projekten, die Leistungsverchiebungen zwischen dem intra- und extramuralen Bereich zur Folge haben, von Projekten der integrierten Versorgung und gemeinsamen Finanzierung.

Wahrnehmung von Aufgaben im Zusammenhang mit der Bundesgesundheitsagentur.

Erstellung und Koordination von Stellungnahmen und Berichten zu Initiativen im Gesundheitswesen auf europäischer und internationaler Ebene, insbesondere im Bereich der Gesundheitsdienstleistungen und Beihilfen, soweit nicht eine andere Dienststelle zuständig ist.

Abwicklung von Förderungen nach § 3 Abs. 2 Z 3 Pflegefondsgesetz im Hinblick auf Kranken- und Kuranstalten nach dem Bundesgesetz über Krankenanstalten und Kuranstalten und nach landesgesetzlichen Regelungen.

Magistratsabteilung 40

Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht

Allgemeine und grundsätzliche Angelegenheiten der Mindestsicherung, der Sozialhilfe und der Chancengleichheit für Menschen mit Behinderung. Wahrnehmung der strategischen Sozialplanung, der Sozialberichterstattung und sozialpolitischen Grundlagenarbeit im Bereich der materiellen Absicherung sowie Ausarbeitung und Abstimmung von diesbezüglichen Konzepten und Plänen, welche die Existenzsicherung sowie die Eingliederung in das soziale und berufliche Leben fördern.

Rechtliche Angelegenheiten des Wiener Mindestsicherungsgesetzes.

Rechtliche Angelegenheiten des Wiener Sozialhilfegesetzes, insbesondere Erlassung von Bescheiden betreffend die Anträge des Fonds Soziales Wien als Sozialhilfeträger oder einer anderen Partei in Angelegenheiten der Gewährung von Pflege und der Verpflichtung zum Kostenersatz.

Rechtliche Angelegenheiten des Chancengleichheitsgesetzes Wien, insbesondere Erlassung von Bescheiden betreffend Anträge des Fonds Soziales Wien als Träger der Behindertenhilfe oder einer anderen Partei in Angelegenheiten der Gewährung von Leistungen an Menschen mit Behinderung und der Verpflichtung zum Einsatz eigener Mittel.

Rechtliche Angelegenheiten der Grundversorgung.

Rechtliche Angelegenheiten des Wiener Wohn- und Pflegeheimgesetzes.

Rechtliche Angelegenheiten des Wiener Heimhilfeeinrichtungengesetzes.

Abwicklung von Förderungen nach dem Wiener Energieunterstützungsgesetz.

Vollziehung des Tuberkulosegesetzes im Zusammenhang mit dem Ersatz der Behandlungskosten an Dritte.

Sozialarbeit mit Erwachsenen.

Ausstellung von Mobilpässen.

Anregung der Bestellung einer Erwachsenenvertretung bei den zuständigen Gerichten im Aufgabenbereich der MA 40.

Rechtliche und behördliche Angelegenheiten des Gesundheitswesens, insbesondere:

des Apothekengesetzes,

der Apothekenbetriebsordnung 2005,

des Ärztegesetzes 1998,

des Zahnärztegesetzes,

des Suchtmittelgesetzes,

des Blutsicherheitsgesetzes 1999,

des Wiener Krankenanstaltengesetzes,

des Krankenanstalten- und Kuranstaltengesetzes,

des Wiener Heilvorkommen- und Kuranstaltengesetzes,

des Wiener Rettungs- und Krankentransportgesetzes,

des Wiener Leichen- und Bestattungsgesetzes,

des Strahlenschutzgesetzes,

des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes,

des Medizinischer Masseur- und Heilmasseurgesetzes,

des Bundesgesetzes über die Regelung der gehobenen medizinisch-technischen Dienste,

des Medizinische Assistenzberufe-Gesetzes,

des Wiener Sozialbetreuungsberufegesetzes,

der Rattenverordnung,

soweit nicht eine andere Dienststelle zuständig ist.

Rechtliche Angelegenheiten des ArbeitnehmerInnenschutzgesetzes hinsichtlich Krankenanstalten und anderen Sanitätseinrichtungen.

Vorbereitung der Wahlen in die Ärztekammer für Wien und die Österreichische Apothekerkammer (Pharmazeutische Gehaltskasse).

Wahrnehmung der Aufgaben nach den §§ 9 Abs. 5, 9a soweit nicht die MA 45 zuständig ist, 9c und 10a Bäderhygienegesetz.

Entscheidung über monetäre Ansprüche nach dem Epidemiegesetz 1950.

Vollziehung des Wiener Bedienstetenschutzgesetzes 1998, soweit nicht eine andere Dienststelle zuständig ist.

Allgemeine Angelegenheiten der Sozialversicherung.

Neubestellung der Verwaltungskörper der Betriebskrankenkasse der Wiener Verkehrsbetriebe und Wahrnehmung der Aufsicht über die Betriebskrankenkasse.

Führung der Bürogeschäfte der Obereinigungskommission nach der Wiener Landarbeitsordnung.

Vorbereitung des Abschlusses von Vereinbarungen gemäß Art. 15a B-VG in Angelegenheiten der Sozialhilfe, Mindestsicherung, Pflege, Behindertenhilfe und der Grundversorgung.

Verwaltung von Stiftungen mit mildtätigen und gemeinnützigen Zwecken, ausgenommen die anderen Dienststellen obliegenden Aufgaben; Verwaltung des „medizinisch-wissenschaftlichen Fonds des Bürgermeisters der Bundeshauptstadt Wien“.

Vertretung von Stiftungen nach außen und die Vergabe von Stiftungsmitteln.

Entscheidung über Zuwendungen für soziale Zwecke aus Verlassenschaften an die Stadt Wien.

Dienstaufsicht über das zugewiesene Personal, soweit es nicht der Dienstaufsicht der Magistratsdirektorin bzw. des Magistratsdirektors untersteht.

Wahrnehmung der Aufgaben als Dienstbehörde bzw. als Dienstgeberin gegenüber den dem Fonds Soziales Wien zugewiesenen Bediensteten der Gemeinde Wien.

Erstellung und Koordination von Stellungnahmen und Berichten zu Initiativen im Sozialwesen auf europäischer und internationaler Ebene,

insbesondere im Bereich der sozialen Dienstleistungen und Beihilfen, soweit nicht eine andere Dienststelle zuständig ist.

Magistratsabteilung 51 Sport Wien

Allgemeine und individuelle Sportangelegenheiten.
Angelegenheiten der Sportförderung.
Verwaltung des Wiener Sportfonds nach dem Wiener Sportförderungsbeitragsgesetz.
Mitwirkung bei der Festsetzung und Abänderung der Widmung Esp.
Errichtung, Betriebsführung, Verwaltung und Erhaltung von abteilungseigenen Gebäuden und Betriebseinrichtungen, soweit nicht die MA 01 zuständig ist.

Verwaltung und Erhaltung

der Sportstätten im Sinne des Wiener Sportstättenchutzgesetzes (auch wenn diese teilweise gewerblich genutzt sind), insbesondere auch des Wiener Praterstadion - Ernst-Happel-Stadions, einschließlich der dort eingerichteten Büroräume der Stadt Wien, sowie von Sportanlagen und Sporthallen, von Spielplätzen, soweit keine andere Dienststelle zuständig ist, und von Flächen des Volkspraters und mit diesen im funktionellen Zusammenhang stehenden Flächen.

Führen von Sportanlagen, Sporthallen und Spielplätzen.

Handhabung des Wiener Sportstättenchutzgesetzes, einschließlich der Durchführung von Verwaltungsstrafverfahren.

Handhabung des Wiener Schischulgesetzes, einschließlich der Durchführung von Verwaltungsstrafverfahren.

Erhaltung von Turn- und Sportgeräten; Verleih von Wintersportgeräten an Schulkinder.

Vergabe von Turnsälen für außerschulische Sportausübung.

Trainingseinteilung für städtische Sportanlagen, Schwimmhallen und Anlagen der Wiener Stadthalle sowie Kontrolle des Trainingsbetriebes.
Planung, Betreuung und Durchführung von außerschulischen Sportaktionen und -veranstaltungen.

Vorbereitung der Ehrung von Sportlerinnen und Sportlern sowie Sportfunktionärinnen und Sportfunktionären.

Führung der Bürogeschäfte der Landessportorganisation Wien.

Magistratsabteilung 70 Berufsrettung Wien

Führung und Organisation des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes der Stadt Wien; Koordination des öffentlichen Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes mit vergleichbaren privaten Einrichtungen.

Errichtung, Betriebsführung, Verwaltung und Erhaltung von abteilungseigenen Gebäuden und Betriebseinrichtungen, soweit nicht die MA 01 zuständig ist.

Abschluss von Verträgen über Transportgebührenersätze mit Sozialversicherungsträgerinnen und Sozialversicherungsträgern sowie anderen Institutionen.

Vorschreibung und Einhebung der Transportkosten des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes der Stadt Wien.

Betriebstechnik des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes der Stadt Wien, soweit dafür nicht eine andere Dienststelle zuständig ist.

Administrative Angelegenheiten der psychosozialen Akutbetreuung nach dem Wiener Katastrophenhilfe- und Krisenmanagementgesetz.
Fachspezifische Fort- und Weiterbildung.

Dienstaufsicht über das zugewiesene Personal, soweit es nicht der Dienstaufsicht der Magistratsdirektorin bzw. des Magistratsdirektors untersteht.

Erstattung von Vorschlägen und Vorbereitung der Aufnahme von Bediensteten in das öffentlich-rechtliche oder privatrechtliche Dienstverhältnis, soweit die betreffende Bedienstetengruppe der Dienstaufsicht der Magistratsabteilung 70 unterliegt.

Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen

Wohnungspolitik, Wohnbauförderung, städtischer Wohnhausbau, Wohnverbesserung und Wohnhaussanierung, Stadterneuerung; Schlichtungsstelle für Wohnrechtsangelegenheiten; Verwaltung und Erhaltung städtischer Wohnhäuser; Hochbau für die Bereiche des Sozial-, Kultur-, Schul- und Sportwesens, für Amtsgebäude und verschiedene Nutzbauten, Haustechnik, Amtshäuserverwaltung, Immobilienwesen und Bodenbeschaffungspolitik, baubehördliche Angelegenheiten, rechtliche Bau-, Energie-, Eisenbahn- und Luftfahrtangelegenheiten, Versuchs- und Forschungsanstalt, Frauenförderung und Koordinierung von Frauenangelegenheiten.

Zugehörige Magistratsabteilungen:

Magistratsabteilung 25	Technische Stadterneuerung
Magistratsabteilung 34	Bau- und Gebäudemanagement
Magistratsabteilung 37	Baupolizei
Magistratsabteilung 39	Prüf-, Inspektions- und Zertifizierungsstelle
Magistratsabteilung 50	Wohnbauförderung und Schlichtungsstelle für wohnrechtliche Angelegenheiten
Magistratsabteilung 57	Frauenservice Wien
Magistratsabteilung 64	Bau-, Energie-, Eisenbahn- und Luftfahrtrecht
Magistratsabteilung 69	Immobilienmanagement
Stadt Wien – Wiener Wohnen	

Magistratsabteilung 25 Technische Stadterneuerung

Grundsätzliche Angelegenheiten der technisch-wirtschaftlichen Stadterneuerung soweit keine andere Dienststelle zuständig ist.

Technisch-wirtschaftliche Prüfung der Förderungswürdigkeit gemäß Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz und gemäß Förderungsaktionen der Stadt Wien.

Gestaltung und Gewährung von Förderungen im Zusammenhang mit Stadterneuerungsprogrammen sowie Mitwirkung bei der Gestaltung und Gewährung sonstiger Förderungen im Bereich der Stadterneuerung, soweit keine andere Dienststelle zuständig ist.

Erstellung technisch-wirtschaftlicher Gutachten und Abgabe von Stellungnahmen auf Grund bau-, miet- und wohnrechtlicher Bestimmungen im Rahmen von Schlichtungsverfahren bzw. auf Grund anlassbezogener Anfragen anderer Dienststellen.

Wahrnehmung der Interessen der Gemeinde in mietrechtlichen Angelegenheiten gemäß § 6 Abs. 1 und 2 Mietrechtsgesetz.

Bewertung von Liegenschaften.

Beurteilung der Kaufpreisangemessenheit von Liegenschaften im Sinne der Wohnbauförderung und Verkehrswertermittlung für Verfahren nach dem Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz.

Ermittlung des Grundwertes gemäß der Bauordnung für Wien.

Technisch-wirtschaftliche Prüfung der denkmalpflegerischen Kosten, der Kosten im Bereich der Altstadterhaltung bzw. der Preis- und Marktkonformität bei Kulturförderungen in diesem Zusammenhang.

Durchführung technischer Ersatzvornahmen an Bauwerken, baulichen Anlagen und Einrichtungen als Vollstreckungsbehörde nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz.

Durchführung von notstandspolizeilichen Maßnahmen und Sofortmaßnahmen nach der Bauordnung für Wien an Bauwerken, baulichen Anlagen und Einrichtungen sowie administrative Abwicklung notstandspolizeilicher Maßnahmen an Bauwerken, baulichen Anlagen und Einrichtungen in privatem Eigentum durch die Magistratsabteilungen 48 und 68 nach deren Rechnungslegung.

Durchführung von notstandspolizeilichen Maßnahmen nach dem Wiener Gasgesetz.

Technisch-wirtschaftliche Prüfungen und gutachtliche Stellungnahmen zu Abbruchanträgen von Bauwerken sowie wirtschaftliche Beurteilung von Bauaufträgen in Schutzzonen.

Führung von Gebietsbetreuungen; Beauftragung anderer Beratungseinrichtungen im Wohnbereich soweit keine andere Dienststelle zuständig ist.

Beistellung von Sachverständigen zur Begutachtung von baulichen und haustechnischen Herstellungen, die subventioniert bzw. gefördert werden, soweit keine andere Dienststelle zuständig ist.

Beratung, Information, Begutachtung, Überprüfung, Mitarbeit bei der Förderung baulicher Maßnahmen sowie Koordination in Belangen des barrierefreien, behinderten- und generationsgerechten Planens, Bauens und Wohnens in Wien.

Technisch-wirtschaftliche Prüfung der Förderungswürdigkeit von Energie- und Heizungssystemen und diesbezügliche Beratung soweit keine andere Dienststelle zuständig ist.

Prüfung von Energieausweisen für den Gebäudezustand im Rahmen des Wiener unabhängigen Kontrollsystems für Energieausweise (WUKSEA) soweit keine andere Dienststelle zuständig ist.

Einreichung und Abwicklung von bzw. Mitarbeit bei EU-geförderten Projekten im Zusammenhang mit dem Thema Stadterneuerung soweit keine andere Dienststelle zuständig ist.

Magistratsabteilung 34 Bau- und Gebäudemanagement

Grundsätzliche, strategische und operative Maßnahmen des Bau- und Gebäudemanagements für Gebäude und sonstige bauliche Anlagen des Magistrats, soweit dies nicht anderen Dienststellen vorbehalten oder durch die Magistratsdirektorin bzw. den Magistratsdirektor auf andere Dienststellen übertragen ist.

Errichtung von Neu- und Zubauten, Durchführung von Umbauten, baulichen Abänderungen und Abbrüchen sowie Durchführung der Erhaltungsmaßnahmen.

Planung, Errichtung, Installation, Betriebsführung, Erhaltung und Begutachtung von:

wärme-, kälte-, lüftungs-, klima-, maschinen-, sanitär-, elektro-, blitzschutz- und fördertechnischen Anlagen aller Art, Alarmsystemen im Einvernehmen mit der Magistratsabteilung 68 nach dem Wiener Katastrophenhilfe- und Krisenmanagementgesetz einschließlich Durchführung von Funktionsproben,

nachrichtentechnischen Anlagen aller Art wie Verkabelungen in Objekten, Videoanlagen, Fernwirkssystemen, Rundfunkübertragungsanlagen, Verstärkeranlagen, Nebenuhrenanlagen, Alarmanlagen, Aufrufanlagen, Zutrittsystemen, Beschallungsanlagen, Torsprechanlagen, Antennenanlagen sowie sonstigen nachrichtentechnischen Anlagen, die ausschließlich Sonderzwecken dienen.

Verwaltung und Erhaltung der städtischen Amtshäuser – einschließlich des Abschlusses und der Auflösung von Verträgen zur Büroraumbeschaffung, Bereitstellung von infrastrukturellen Dienstleistungen, soweit keine andere Dienststelle dafür zuständig ist, sowie die erforderliche Vertretung der Stadt Wien vor Gericht –, der städtischen Pfarrhöfe, Gotteshäuser, begeharen Kapellen und Patronate (mit Ausnahme der Gotteshäuser und Kapellen in Friedhöfen, Krankenanstalten und Pflegeheimen), sonstiger Bauwerke sowie von städtischen Grundflächen bzw. Gebäuden, für die nach den Bestimmungen dieser Geschäftseinteilung kein näherer inhaltlicher Bezug zu den Aufgaben einer anderen Dienststelle besteht und soweit dies nicht anderen Dienststellen übertragen ist, sowie Verwaltung von Lokalen bzw. Vitrinen in Verkehrsbauwerken; Vergabe und Abschluss von Bestandverträgen für diese Objekte sowie die erforderliche Vertretung der Stadt Wien vor Gericht.

Koordination und Erstellung von Abfallwirtschaftskonzepten für städtische Amtshäuser, soweit diese nicht von anderen Dienststellen verwaltet werden.

Hilfestellung für andere Dienststellen bei der Preisbeurteilung durch Informationen über das Bau- und Gebäudemanagement betreffende Leistungen.

Beratung und Unterstützung bei Angelegenheiten des Bau- und Gebäudemanagements nach Vereinbarung für jene Dienststellen, denen die operativen Agenden des Bau- und Gebäudemanagements vorbehalten bzw. von der Magistratsdirektorin bzw. vom Magistratsdirektor übertragen sind.

Führen der Rathausverwaltung, soweit es sich nicht um grundsätzliche Angelegenheiten handelt; Verwaltung der Gastgewerbeberechtigung für den Rathauskeller; technischer Veranstaltungsdienst im Rathaus.

Verwaltung und Erhaltung der Baulichkeit des Wien-Büros in Brüssel. Bestellung der nach dem Wiener Bedienstetenschutzgesetz 1998 für den Brandschutz erforderlichen Personen sowie die Koordinierung der Tätigkeiten der für den Brandschutz und für die Evakuierung zuständigen Personen hinsichtlich sämtlicher Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien, ausgenommen die Magistratsabteilungen 31, 44, 48, 49, 51, 68 und 70.

Studien über und Planung von Anlagen der Energiewirtschaft (einschließlich zugehöriger energiesparender, energieoptimierender und umweltentlastender Maßnahmen).

Kontrolle von Heizungsanlagen auf ihre Wirtschaftlichkeit; Mitwirkung bei Tarifangelegenheiten der Rauchfangkehrerinnen und Rauchfangkehrer.

Führung eines Bereitschafts- und Servicedienstes zur Behebung von Störungen und Notfällen an gebäude- und maschinentechnischen Anlagen zur Erhaltung von Gebäuden und Überprüfung von elektrischen Anlagen.

Führung des Heizungsmuseums.

Beschaffung von Räumlichkeiten für Zwecke des Magistrats oder für sonstige Einrichtungen der Stadt Wien, soweit dies nicht anderen Dienststellen übertragen ist.

Vergabe der Amtsräume.

Erteilung von Einfahrtsgenehmigungen in die Höfe städtischer Amtshäuser.

Technische Begutachtung von privaten Kindergärten, Schulen, Horten und Jugendfürsorgeanstalten.

Magistratsabteilung 37 Baupolizei

Alle baubehördlichen Angelegenheiten, soweit nicht die Magistratsabteilungen 28, 36 und 64 zuständig sind.

Beantragung von Löschungen und Erteilung der Zustimmung zur Freilassung öffentlich-rechtlicher Verpflichtungen im Grundbuch; Überprüfung von Gerichtsbeschlüssen im Hinblick auf die Bestimmungen der Bauordnung für Wien.

Führung der Liegenschaftsverzeichnisse.

Vergabe von Orientierungsnummern.

Bemessung und Vorschreibung der Ausgleichsabgabe nach dem Wiener Garagesgesetz.

Erteilung der Gebrauchserlaubnis nach dem Gebrauchsabgabegesetz sowie von Bewilligungen nach § 82 Abs. 1 Straßenverkehrsordnung 1960 im Zusammenhang mit Baubewilligungen; Bemessung und Vorschreibung der Abgabe.

Baubehördliche Angelegenheiten der Aufzüge, kraftbetriebenen Parkeinrichtungen, Kräne, Lager brennbarer Flüssigkeiten, Tanklager aller Art, Tankstellen und Ölfeuerungen.

Grundsätzliche Angelegenheiten der Statik sowie des Wärme- und Schallschutzes; Überprüfung von Bauansuchen in Bezug auf Statik sowie Wärme-, Schall- und baulichen Brandschutz.

Führung einer Kompetenzstelle Brandschutz (KSB) mit folgenden Aufgaben:

Grundsätzliche Angelegenheiten des Brandschutzes (baulich, anlagentechnisch, abwehrend und organisatorisch).

Informationsstelle für Kundinnen und Kunden für Behördenverfahren.

Erarbeitung und zur Verfügung Stellung von Informationen wie Richtlinien, Erläuterungen und Merkblättern.

Beistellung von brandschutztechnischen Sachverständigen in behördlichen Verfahren, sofern es sich um Neubauten oder Änderungen handelt, die von wesentlichem Einfluss auf den Brandschutz sind.

Behördliche Überprüfungen gemäß § 127 der Bauordnung für Wien einschließlich der Durchführung oder Überwachung der technischen Beschau von U-Bahn-Bauten.

Bemessung und Vorschreibung von Anliegerbeiträgen.

Vollziehung des Kanalanlagen und Einmündungsgebührengesetzes hinsichtlich der Bemessung und Vorschreibung von Kanaleinmündungsgebühren und der Verpflichtung zur Einleitung in den Straßenkanal.

Behördliche Aufgaben der Bezirksverwaltungsbehörde nach dem Kesselgesetz, dem Dampfkesselbetriebsgesetz und dem Emissionsschutzgesetz für Kesselanlagen bei Anlagen, die nicht in den Anwendungsbereich des Gewerbe-, Berg-, Energie-, Abfall- oder Eisenbahnrechtes fallen, sowie die Vollziehung von Maßnahmen nach dem Immissionsschutzgesetz-Luft für diese Anlagen einschließlich Kontrolle dieser Maßnahmen.

Wahrnehmung der behördlichen Aufgaben nach dem Wasserrechtsgesetz 1959 bei Anlagen zur Lagerung und Leitung wassergefährdender Stoffe, soweit diese Anlagen nur der Beheizung von Gebäuden dienen und nicht auch nach dem Gewerberecht einer Genehmigung bedürfen oder soweit diese Anlagen auch einer Bewilligungspflicht nach dem Luftreinhalterecht unterliegen.

Durchführung von Genehmigungsverfahren nach dem Wiener Gasgesetz für ortsfeste Flüssiggasbehälter und die damit verbundenen Flüssiggasanlagen, sofern dafür auch eine Genehmigungspflicht nach der Bauordnung für Wien besteht.

Bestellung und Führen des Verzeichnisses von Aufzugsprüferinnen und Aufzugsprüfern und Betreuungsunternehmen nach dem Wiener Aufzugsgesetz; Bestellung und Führen des Verzeichnisses von Inspektionsstellen nach der Hebeanlagen-Betriebsverordnung 2009.

Begutachtung des Befähigungsnachweises und des Berechtigungsumfanges von Baugewerbetreibenden sowie Überprüfung der Ansuchen um Zulassung zur Baugewerbeprüfung.

Ausstellung von Bescheinigungen gemäß den Wohnungseigentumsgesetzen.

Mitwirkung bei der Handhabung des Wiener Baumschutzgesetzes.

Beistellung von Amtssachverständigen in eisenbahntechnischen (hinsichtlich des Fachgebiets der Hebezeuge, z.B. Aufzüge, Fahrtreppen, Kräne und dergleichen), seilbahntechnischen und bautechnischen Angelegenheiten sowie in Marktüberwachungsangelegenheiten für Aufzüge.

Beistellung von Amtssachverständigen in Verfahren nach der Verordnung des Magistrates der Stadt Wien betreffend Maßnahmen zur Vermeidung unnötiger Staubentwicklung, sofern es sich um Lagerungen auf privatem Grund handelt.

Führung des Gebäude- und Wohnungsregisters sowie der Wiener Adressdatenbank.

Führung der Baueinlagen.

Magistratsabteilung 39

Prüf-, Inspektions- und Zertifizierungsstelle

Akkreditierte Prüf- und Inspektionsstelle für Bauprodukte, Trink-, Bade-, Grund-, Nutz- und Abwässer, Strahlenschutz, Küchenhygiene, Sterilisatoren, Reinigungs- und Desinfektionsanlagen.

Akkreditierte Zertifizierungsstelle für Bauprodukte.

Durchführung von Personenzertifizierungen im Baubereich.

Registrierungsstelle gemäß § 9 Wiener Bauproduktengesetz für Bauprodukte.

Durchführung mechanischer, chemischer, physikalischer, biologischer, mikrobiologischer und molekularbiologischer Untersuchungen, Schiedsanalysen sowie amtlicher Probenahmen.

Koordination und Weiterentwicklung energierelevanter Methoden, Regelwerke und Anforderungen im Gebäudebereich.

Validierung und Revalidierung von Aufbereitungsprozessen für Medizinprodukte.

Dichtheitsprüfungen an umschlossenen radioaktiven Stoffen, Abnahmeprüfungen und Begutachtungen von Röntgen- und Lasereinrichtungen.

Durchführung von Strahlenschutzkursen für die Ausbildung von Strahlenschutzbeauftragten.

Durchführung von Entwicklungs- und Forschungsarbeiten sowie Wissensvermittlung für eine technische Berufswahl.

Erstattung von Gutachten als Amtssachverständige in den Fachbereichen Bauen, Wasser- und technische Krankenhaushygiene sowie Strahlenschutz.

Berechtigte Untersuchungsanstalt gemäß § 72 Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz als Untersuchungsstelle des Landes Wien für Trink- und Mineralwasser.

Ermächtigte Dosismessstelle für die Ermittlung der Dosis von strahlenexponierten Arbeitskräften.

Ermächtigte Überwachungsstelle hinsichtlich Radon für die Ermittlung der Radonkonzentration sowie die Abschätzung und Ermittlung der Dosis.

Magistratsabteilung 50

Wohnbauförderung und Schlichtungsstelle für wohnrechtliche Angelegenheiten

Angelegenheiten der Wohnbauförderung, der Wohnhaussanierung und der Wohnungsverbesserung, ausgenommen die Landesbürgschaft, die Beteiligung an Unternehmen, der Abschluss von Verträgen mit Bauspar-

kassen und der Zahlungen an diese; Refundierung der Grunderwerbsteuer im Wege der Förderungszusicherung.
 Förderung der Wohnbauforschung.
 Ausstellung von mit der Förderungsgewährung in Verbindung stehenden Grundbuchserklärungen.
 Wahrnehmung der internationalen Beziehungen im Bereich Wohnbau und Stadterneuerung.
 Wahrnehmung des Vorschlagsrechtes der Stadt Wien gegenüber Wohnungsunternehmen für geförderte Wohnungen.
 Bewilligung von Eigenmittelsatzdarlehen.
 Führung der Geschäftsstellen der Wohnungskommissionen.
 Vergabe von bewirtschafteten Wohnungen, die unter Zuhilfenahme von Mitteln des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds wieder hergestellt worden sind, nach den Bestimmungen des Neuvermietungsgesetzes.
 Bewilligung von Wohnbeihilfen.
 Unterstützung der MA 40 bei der Abwicklung von Förderungen nach dem Wiener Energieunterstützungsgesetz soweit es sich um Personen mit Anspruch auf Wohnbeihilfe handelt.
 Vorbereitung der Anerkennung und der Entziehung der Gemeinnützigkeit von Bauvereinigungen.
 Aufsicht über die gemeinnützigen Bauvereinigungen nach dem Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz; Vorbereitung der nach diesem Gesetz erforderlichen Zustimmungen.
 Vorbereitung der Anerkennung institutioneller (mildtätiger) Wohnraumbeistellerinnen und Wohnraumbeisteller.
 Angelegenheiten des Wohnrechts.
 Aufgaben der Gemeinde nach folgenden wohnrechtlichen Bestimmungen (Wiener Schlichtungsstelle):
 Entscheidungen nach dem Mietrechtsgesetz, dem Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz, den Wohnungseigentumsgesetzen, dem Heizkostenabrechnungsgesetz sowie den Wohnbauförderungsgesetzen, dem Wohnhaussanierungsgesetz und dem Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz.
 Ausstellung von Bescheinigungen für Anträge auf Mietzinsbeihilfe.
 Abgabe von Gutachten über die zulässige Höhe des Mietzinses bei Mietobjekten, die dem Mietrechtsgesetz nur hinsichtlich der Kündigungsbeschränkungen unterliegen.
 Verbindungsstelle zum WOHNFONDS WIEN – Fonds für Wohnbau und Stadterneuerung.
 Wahrnehmung der Anteilsrechte der Stadt Wien an der Wohnservice Wien Ges.m.b.H.

Magistratsabteilung 57 Frauenservice Wien

Mitwirkung bei frauenrelevanten Rechtsangelegenheiten, insbesondere bei der Ausarbeitung der die Bediensteten der Gemeinde (des Landes) Wien betreffenden Rechtsvorschriften.
 Beratung und Information für Frauen in individuellen Anliegen.
 Beratung, Information und Unterstützung für Frauen und Mädchen ab 14 Jahren, die von sexualisierter körperlicher oder psychischer Gewalt betroffen sind (24-Stunden Frauennotruf).
 Informations- und Öffentlichkeitsarbeit in allen Fragen der Gleichbehandlung von Frau und Mann sowie sonstigen frauenrelevanten Themen.
 Anregung von und Mitwirkung bei frauenrelevanten Projekten und Frauenförderungsmaßnahmen der Stadt Wien.
 Abwicklung der finanziellen Zuwendungen an die TrägerInneneinrichtungen von Frauenhäusern in Wien.
 Anregung und Durchführung von Projekten in den Bereichen Frauenforschung, Frauenförderung und Gleichbehandlung.

Feststellung des Ruhens und des Endens der Funktion als Gleichbehandlungsbeauftragte bzw. als Gleichbehandlungsbeauftragter und als Mitglied der Gleichbehandlungskommission; Vorbereitung der Bestellung der bzw. des Gleichbehandlungsbeauftragten.
 Koordinierung von und Mitwirkung bei Frauenförderungsmaßnahmen und frauenspezifischen Projekten mit den anderen Bundesländern, dem Bund und auf internationaler Ebene.
 Förderung von Fraueninitiativen und Betreuung von Modellprojekten.

Magistratsabteilung 64 Bau-, Energie-, Eisenbahn- und Luftfahrtrecht

Allgemeine und grundsätzliche Angelegenheiten des Bau-, Energie-, Straßen-, Luftfahrt- und Eisenbahnrechtes.
 Allgemeine und grundsätzliche Angelegenheiten des Telekommunikations- und Medienrechtes.
 Grundsätzliche rechtliche Angelegenheiten der Geodateninfrastruktur.
 Allgemeine und grundsätzliche Angelegenheiten des Grundverkehrsrechtes hinsichtlich des Verkehrs mit bebauten oder zur Bebauung bestimmten Grundstücken.
 Allgemeine und grundsätzliche Angelegenheiten des Bergrechtes; administrativbehördliche Angelegenheiten des Mineralrohstoffgesetzes, soweit die Landeshauptfrau bzw. der Landeshauptmann zuständig ist.
 Administrativbehördliche Angelegenheiten des Eisenbahnrechtes.
 Administrativbehördliche Angelegenheiten des Seilbahnrechtes.
 Administrativbehördliche Angelegenheiten des Luftfahrtgesetzes.
 Wahrnehmung der Aufgaben der Landeshauptfrau bzw. des Landeshauptmannes nach dem Kesselgesetz und dem Dampfkesselbetriebsgesetz, soweit keine andere Dienststelle dafür zuständig ist.
 Durchführung von Verwaltungsstrafverfahren nach der Bauordnung für Wien sowie nach jenen Rechtsvorschriften, deren Übertretung nach den Strafbestimmungen der Bauordnung für Wien zu bestrafen ist.
 Rechtliche Angelegenheiten der Feuerpolizei, soweit nicht andere Dienststellen zuständig sind, und des Energiewesens, soweit nicht andere Dienststellen zuständig sind oder soweit es sich nicht um gewerbebehördliche Angelegenheiten handelt.
 Entscheidung über Einwendungen von Nachbarinnen und Nachbarn nach Eintritt der Zulässigkeit des Baubeginns im Verfahren gemäß § 70a der Bauordnung für Wien.
 Vorbereitung von Verordnungen der Landeshauptfrau bzw. des Landeshauptmannes und der Gemeinde nach dem Bundesgesetz über ein Verbot des Verbrennens biogener Materialien außerhalb von Anlagen.
 Genehmigung von Grundabteilungen, einschließlich vermessungs- und bautechnischer Begutachtungen.
 Abfassung von Grundbuchseingaben, soweit die Magistratsabteilung 64 als Behörde tätig wird, sowie grundbücherliche Veranlassung der Eintragung und Löschung baurechtlicher Verpflichtungen.
 Durchführung von Enteignungsverfahren, Einlösungen, Umlegungen und Grenzberichtigungen, soweit nicht die Magistratsabteilung 58 zuständig ist.
 Behördliche Festsetzung von Entschädigungen, soweit nicht eine andere Dienststelle zuständig ist.
 Entscheidung über Beiträge gemäß § 11 Bundesstraßengesetz 1971, soweit keine privatrechtliche Vereinbarung zu Stande kommt.
 Behördliche Angelegenheiten des Stadterneuerungsgesetzes.
 Antragstellung an das zur Beschlussfassung nach der Wiener Stadtverfassung zuständige Organ der Gemeinde zur Genehmigung des Berichtes gemäß § 5 Abs. 2 des Stadterneuerungsgesetzes sowie die Weiterleitung dieses Berichtes an die Landesregierung.

Antragstellung des Magistrats an den Gemeinderat zur Erlassung oder Aufhebung von Assanierungsverordnungen nach dem Stadterneuerungsgesetz durch die Landesregierung.
 Vorbereitung der Antragstellung der Gemeinde an die Landesregierung zur Erlassung oder Aufhebung von Assanierungsverordnungen nach dem Stadterneuerungsgesetz.
 Vorbereitung der Benennung der städtischen Wohnhäuser und Wohnhausanlagen.
 Behördliche Angelegenheiten des Bodenbeschaffungsgesetzes.
 Handhabung des Elektrotechnikgesetzes 1992 bei der Errichtung, Abänderung und Abtragung von Elektrizitätserzeugungs- und -leitungsanlagen.
 Durchführung von legistischen Verfahren im Bereich des Katastrophenschutzes.
 Rechtliche Angelegenheiten des Strahlenschutzes, soweit keine anderen Dienststellen zuständig sind.
 Vorbereitung von Verordnungen und Bescheiden in Notfallsexpositionssituationen.
 Erlassung von Verordnungen über die Zulassung von Baustoffen, Bauteilen, Bauarten (Bauweisen) und dergleichen.
 Wahrnehmung der behördlichen Aufgaben nach dem Wasserrechtsgesetz 1959 bei Anlagen zur Lagerung, Leitung und zum Umschlag wassergefährdender Stoffe, soweit diese Anlagen auch einer Bewilligungspflicht nach dem Eisenbahn-, dem Rohrleitungs- oder dem Elektrizitätswirtschaftsrecht unterliegen.
 Erlassung von Bescheiden durch die Bezirksverwaltungsbehörde nach dem Mietrechtsgesetz, ausgenommen Straftamts-handlungen.
 Rechtliche Angelegenheiten des Ingenieurkammer- und ZiviltechnikerInnenwesens, insbesondere die Erstattung von Gutachten.
 Herausgabe einer Verordnung nach dem Wiener Prostitutionsgesetz 2011 über die erforderlichen baulichen Einrichtungen und Sicherheitsvorkehrungen in Prostitutionslokalen, die einer Gefährdung des Lebens oder der Gesundheit von Menschen sowie dem Entstehen von Bränden vorbeugen.
 Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen.
 Durchführung von teilkonzentrierten Genehmigungsverfahren nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz für Hochleistungsstrecken, sofern die Landeshauptfrau bzw. der Landeshauptmann eisenbahnrechtliche Vorschriften materiell anzuwenden hat.

Magistratsabteilung 69 Immobilienmanagement

Zentrale Angelegenheiten des städtischen Immobilienwesens.
 Umsetzung der Immobilienstrategie in Abstimmung mit den beteiligten Dienststellen, den Unternehmungen der Stadt Wien, den ausgelagerten Unternehmen sowie sonstigen Einrichtungen im Einflussbereich der Stadt Wien.
 Evaluierung und Vorbereitung der Weiterentwicklung der Immobilienstrategie in Zusammenarbeit mit der Magistratsdirektion.
 Kommunikation der Immobilienstrategie.
 Abstimmung von für die Gesamtinteressen der Stadt Wien relevanten immobilienwirtschaftlichen Vorgängen mit den jeweils beteiligten Dienststellen, den Unternehmungen der Stadt Wien, den ausgelagerten Unternehmen sowie sonstigen Einrichtungen im Einflussbereich der Stadt Wien; zentrale Koordinierung zwischen diesen Einheiten und der Stadtentwicklung zwecks strategischem Immobilienerwerb und Standortentwicklungsmaßnahmen, insbesondere für die Planung der kommunalen Infrastruktur.

Begutachtung der Zweckmäßigkeit von Ankäufen und der Nutzung von Immobilien.
 Sicherstellung der periodischen Überprüfung, ob die Immobilien für die Erfüllung der jeweiligen Kernaufgaben kurz-, mittel- und langfristig weiterhin benötigt werden.
 Begutachtung der Zweckmäßigkeit der Verwertung von nicht mehr für die Erfüllung der Kernaufgaben benötigten Immobilien.
 Erfassung aller Immobilien des Magistrats und jener ausgegliederten Organisationseinheiten, an denen die Stadt Wien zu mehr als 50% beteiligt ist, im Rahmen der Führung der zentralen Liegenschafts- und Nutzungsevidenz.
 Festlegung jener Daten betreffend die Immobilien und deren Nutzung, die seitens der Dienststellen evident zu halten sind.
 Funktion der Eigentümerinverterterin, insbesondere Wahrnehmung der folgenden Agenden für alle stadt-eigenen Immobilien, soweit nicht den Unternehmungen „Stadt Wien – Wiener Wohnen“, „Wiener Gesundheitsverbund“ oder „Wien Kanal“ übertragen:
 Zuteilung von Liegenschaften in die Verwaltung einzelner Fachdienststellen, Übertragung von Liegenschaften, die schon in der Verwaltung einzelner Fachdienststellen stehen, sowie Verwaltung der nicht an Fachdienststellen übertragenen Liegenschaften.
 Erwerb von bebauten und unbebauten Liegenschaften für die Stadt Wien sowie Veräußerung bebauter und unbebauter städtischer Liegenschaften, soweit nicht die Magistratsabteilung 28 zuständig ist, einschließlich die damit in Verbindung stehende Ausfertigung grundbuchsfähiger Vertrags- und sonstiger Urkunden, Abwicklung dieser Verträge bis zur grundbücherlichen Durchführung, soweit dies nicht anderen Dienststellen übertragen ist.
 Vertretung vor Behörden, insbesondere Finanzamt, und vor Grundbuchsgewichten, soweit dies nicht anderen Dienststellen übertragen ist.
 Abschluss von Immobilienleasingverträgen und sonstigen Verträgen, welche die Stadt Wien zum Erwerb einer Immobilie berechtigen.
 Erwerb von Superädifikaten für die Stadt Wien sowie Veräußerung städtischer Superädifikate.
 Erwerb und Veräußerung von Grundstücken für Anstalten, Stiftungen und Fonds der Stadt Wien auf Ersuchen der für die Verwaltung dieser Einrichtungen zuständigen Dienststellen.
 Verwaltung und Erhaltung von unbebauten Grundflächen, die sich im Eigentum von Stiftungen befinden.
 Erwerb und Einräumung von Dienstbarkeitsrechten, soweit dies nicht anderen Dienststellen übertragen ist.
 Bestellung und Verwaltung von Baurechten sowie deren Auflösung.
 Abschluss von Schadloshaltungsverträgen im Rahmen der Baureifmachung.
 Freimachung von Liegenschaften.
 Antragstellung auf Enteignung von fremden Liegenschaften und dinglichen Rechten für Zwecke der Stadt Wien, soweit nicht die Magistratsabteilung 28 zuständig ist, sowie Antragstellung auf Einleitung von Zwangstausch- und Umlegungsverfahren, soweit dies nicht anderen Dienststellen übertragen ist.
 Grundbücherliche Durchführung von Grundabteilungen bei städtischen Liegenschaften und Überwachung der grundbücherlichen Durchführung von Grundabteilungen bei fremden Liegenschaften, sofern diese im Zusammenhang mit der Veräußerung von städtischen Grundflächen stehen.
 Anlagenbuchführung für städtische Grundstücke.
 Wahrnehmung der Interessen der Stadt Wien in Angelegenheiten der Einheitsbewertung der städtischen Liegenschaften.

Koordination aller das städtische Kleingarten- und Erntelandwesen betreffenden Angelegenheiten (Koordinationsstelle für städtische Kleingärten), insbesondere Mitwirkung bei der Festlegung und Auffassung von Flächenwidmungen für Kleingärten und Gartensiedlungen; inklusive Mitwirkung bei der Projektierung und Aufschließung von Kleingärten und Gartensiedlungen.

Gewährung von Krediten an Siedlerinnen und Siedler, Kleingartenvereine und deren Verbände.

Wahrnehmung der Interessen der Stadt Wien nach dem Bodenbeschaffungs- und nach dem Stadterneuerungsgesetz, soweit nicht die Magistratsabteilungen 21 A und 21 B zuständig sind.

Magistratische Bezirksämter

Aufgaben, die den Magistratischen Bezirksämtern als Gemeinde oder Bezirksverwaltungsbehörde zugewiesen sind:

Gewerbeangelegenheiten, soweit nicht die Magistratsabteilung 63 zuständig ist.

Erteilung von Gebrauchserlaubnissen nach dem Gebrauchsabgabegesetz sowie von Bewilligungen nach § 82 Abs. 1 Straßenverkehrsordnung 1960 hinsichtlich Gastgärten (Schanigärten); Bemessung und Vorschreibung der Abgabe.

Bewilligung von Gehsteigauf- und -überfahrten vor gewerblichen Betriebsanlagen.

Angelegenheiten des Strahlenschutzes in Gewerbebetrieben, auch soweit die Landeshauptfrau bzw. der Landeshauptmann zuständig ist.

Beistellung von Sachverständigen auf dem Gebiet des Gewerberechtes bei der Überprüfung pharmazeutischer Erzeugungsbetriebe.

Handhabung des Berufsausbildungsgesetzes.

Erteilung von Behandlungsaufträgen oder unmittelbare Anordnung von Maßnahmen bei Gefahr im Verzug nach dem Abfallwirtschaftsgesetz.

Handhabung des Mineralrohstoffgesetzes.

Wahrnehmung der behördlichen Aufgaben nach dem Wasserrechtsgesetz 1959: Bei Anlagen zur Lagerung, Leitung und zum Umschlag wassergefährdender Stoffe, soweit diese Anlagen nach dem Gewerberecht einer Genehmigung der Bezirksverwaltungsbehörde bedürfen, einschließlich von Anlagen zur Beheizung von Gebäuden und bei der Gewinnung von Sand und Kies außerhalb wasserrechtlich besonders geschützter Gebiete, wenn das entsprechende Vorhaben nach den gewerberechtlichen Vorschriften durch die Bezirksverwaltungsbehörde genehmigungspflichtig ist.

Durchführung der wasserrechtlichen Bewilligungsverfahren gemäß § 356b Abs. 6 Gewerbeordnung 1994.

Behördliche Aufgaben der Bezirksverwaltungsbehörde nach dem Kesselgesetz und dem Dampfkesselbetriebsgesetz in Gewerbebetrieben.

Angelegenheiten des Produktsicherheitsgesetzes 1994.

Wahrnehmung des DienstnehmerInnenschutzes einschließlich der Erteilung von Betriebsbewilligungen nach dem ArbeitnehmerInnenschutzgesetz in nichtgewerblichen Betrieben, soweit keine andere Dienststelle des Magistrats zuständig ist.

Handhabung des Chemikaliengesetzes.

Bekämpfung sanitärer Übelstände und von Verunreinigungen von Privatgrundstücken einschließlich der individuellen Rechtsangelegenheiten der Rattenbekämpfung; Handhabung der Zwangsbefugnisse gemäß § 22 Wiener Feuerpolizeigesetz 2015, soweit es sich um die Beseitigung feuerpolizeilicher Übelstände handelt.

Handhabung der Pharaomeisenverordnung und der Schabenverordnung.

Handhabung der Verordnung des Magistrates der Stadt Wien betreffend Maßnahmen zur Vermeidung unnötiger Staubentwicklung.

Überwachung der Einhaltung der nach dem Ozongesetz angeordneten Maßnahmen, soweit nicht die Magistratsabteilung 46 zuständig ist.

Vollziehung von Maßnahmen für gewerbliche Betriebsanlagen nach dem Immissionsschutzgesetz-Luft einschließlich Kontrolle dieser Maßnahmen.

Durchführung von Verwaltungsverfahren in rechtlichen Angelegenheiten des Umweltmanagementgesetzes, soweit gewerbliche Betriebsanlagen betroffen sind, ausgenommen Abfallbehandlungsanlagen.

Erteilung von Ausnahmebewilligungen gemäß § 45 Abs. 4 Straßenverkehrsordnung 1960.

Maßnahmen, die gemäß § 27 Futtermittelgesetz der Bezirksverwaltungsbehörde zugewiesen sind; Erklärung des Verfalls gemäß § 32 Futtermittelgesetz.

Erlassung von Bescheiden über Beschlagnahmen und Durchführung von Verwaltungsstrafverfahren nach dem Tierarzneimittelkontrollgesetz.

Handhabung des Bäderhygienegesetzes, ausgenommen die Vollziehung der §§ 9 Abs. 5, 9a, 9c und 10a; Vornahme von Revisionen, soweit sie von der Stadt Wien oder Schulen, Universitäten und Kindergärten betriebene Hallenbäder, künstliche Freibäder, Warmsprudelbäder, Warmsprudelwannen (Whirlwannen) und Kleinbadeteiche betreffen.

Entgegennahme der Erklärungen über den Austritt aus staatlich anerkannten Religionsgesellschaften.

Handhabung des Buschenschankgesetzes.

Androhung oder Erlassung eines Verbots zur Haltung von Tieren sowie Ausspruch des Verfalls.

Wahrnehmung der Aufgaben der Bezirksverwaltungsbehörde nach den tierseuchenrechtlichen Bestimmungen, soweit nicht die Magistratsabteilung 60 zuständig ist.

Handhabung des Bienenseuchengesetzes und des Wiener Bienenzuchtgesetzes, ausgenommen die den Magistratsabteilungen 58 und 60 übertragenen Aufgaben.

Handhabung des Baumschutzgesetzes, einschließlich der Bemessung und Vorschreibung der Ausgleichsabgabe.

Einreichstelle für die Bewilligung des Pflanzenbaues zur Suchtgiftgewinnung nach der Suchtgiftverordnung 1947.

Ausstellung von Reisepässen, ausgenommen Notpässe (gemäß § 4a Passgesetz 1992) und weitere Reisepässe (gemäß § 10 Passgesetz 1992), und Personalausweisen.

Wahrnehmung der Aufgaben nach § 42a Sicherheitspolizeigesetz (Fundangelegenheiten), soweit dafür nicht andere Dienststellen zuständig sind.

Durchführung der An- und Abmeldungen bei Unterkunftnahmen in Wohnungen nach dem Meldegesetz 1991; Erteilung von Auskünften aus dem Melderegister ausgenommen Massenauskünfte sowie Ausstellung von Meldebestätigungen über aufrechte Meldungen.

Handhabung des Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetzes.

Erledigung von Rechtshilfeersuchen nach den sozialversicherungsrechtlichen und abgaberechtlichen Vorschriften.

Ausstellung von Bestätigungen, soweit dafür nicht andere Dienststellen zuständig sind.

Mitwirkung bei der Ausstellung von Staatsbürgerschaftsnachweisen.

Mitwirkung bei statistischen Erhebungen.

Durchführung der Verwaltungsstrafverfahren, soweit keine andere Dienststelle des Magistrats zuständig ist, ausgenommen die Erlassung von Organstrafverfügungen.

Mitwirkung bei der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen, Volksbegehren, Volksabstimmungen und Volksbefragungen.

Öffentliche Auflegung des Verzeichnisses der Geschworenen sowie Schöffinnen und Schöffen.

Führung der Bürogeschäfte der Disziplinarkommission.
Mitwirkung bei der Verwaltung des Bezirksamtshauses.
Führen der Bürogeschäfte der Bezirksvorsteherinnen und Bezirks-
vorsteher.

Impressum: Medieninhaber und Herausgeber: Stadt Wien – Kommunikation und Medien, Rathaus, Stiege 3, 1010 Wien. Vertretungsbefugte Organe: Dienststellenleiter Mag. Martin Schipany, MA. Koordination: Lea Hofmann, 1010 Wien, Rathaus, Stiege 3, Telefon 01 4000-810 26, Fax 01 4000-99-810 26, E-Mail: ab@ma53.wien.gv.at. Redaktion: Stadt Wien – Kommunikation und Medien, Bartensteingasse 13, 1. Stock, 1010 Wien. Verleger: Bohmann Druck & Verlag Ges.m.b.H., 1040 Wien, Rechte Wienzeile 31/1, Telefon 01 740 32-0. Herstellung und Druck: Stadt Wien – Kommunikation und Medien, Rathaus, Stiege 3, 1010 Wien. Blattlinie: Offizielles Publikationsorgan für amtliche Kundmachungen sowie zur Veröffentlichung von Vorschriften und Erlässen des Magistrats und anderer Behörden. Anzeigenannahme: N. J. Schmid Verlagsges.m.b.H., 1040 Wien, Rechte Wienzeile 31/1, Telefon 01 740 32-733, Fax 01 740 32-740, E-Mail: office@schmid-verlag.at. Abonnement: Stadt Wien – Kommunikation und Medien, 1010 Wien, Rathaus, Stiege 3, Telefon 01 4000-810 26, Fax 01 4000-99-810-26, E-Mail: ab@ma53.wien.gv.at, Bestellformular: wien.gv.at/medien/print/amtsblatt. Gedruckt auf ökologischem Papier nach den Kriterien von „ÖkoKauf Wien“: va-oekokauf.at